

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2.50 RM, monatlich 1.10 RM,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 RM pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Bezugnahme für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 RM, für das übrige Ausland
 4 RM pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle
 oder deren Raum 60 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Rechenschafts-Berichte 30 Pf.
 Kleine Anzeigen: das festgedruckte
 Wort 20 Pf. (zählbar 2 festgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenangebote und Geschäftsange-
 bote das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Nach dem 15. Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 8. April 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 1984.

Kein Schatten einer Begründung!

Die Heeresvorlage vor dem Reichstag.

Die größte Militärvorlage, die so plötzlich über das deutsche Volk hereingebrochen ist, war in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ganz nichtsfugend begründet worden. Die Ereignisse auf dem Balkan hätten eine Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse herbeigeführt, das war alles, was das Kanzlerblatt über die Notwendigkeit der Armeevermehrung zu sagen wußte. Um so gespannter mußte man auf die Begründung durch den Reichskanzler selbst sein. Gestern nun hat der Reichskanzler die Begründung gegeben, und sie ist eine treffliche Begründung in der Tat — für die Ablehnung der Vorlage. Herr von Bethmann Hollweg hat mit ziemlicher Ausführlichkeit und Klarheit über die internationale Situation gesprochen. Er hat in beinahe begeisterten Worten die Friedensarbeit gerühmt, die die englische Regierung in der Balkankrise geleistet hat. Er hat betont, daß Deutschland sich mit den Zielen der englischen Politik eins weiß und in demselben Sinne gearbeitet hat. Ja, derselbe Mann, der noch vor zwei Jahren unter Verlangen nach einer Verständigung mit England über die Einstellung des Wettbewerbs als utopistisch verhöhnt und jedes solche Anerbieten der englischen Regierung von vornherein jähzornig abgewiesen hatte, der fand gestern entgegenkommende Worte und bezeichnete den Vorschlag Churchills, ein Feiertag im Schiffsbau einzulegen, als großen Fortschritt.

Aber nicht nur von der Entspannung, die in unserem Verhältnis zu England eingetreten ist, sprach der Kanzler mit größtem Nachdruck. Auch mit der russischen Regierung stehen wir in freundschaftlichen, ja in offenen und vertrauensvollen Beziehungen. Direkte Interessengegenstände zwischen Deutschland und Rußland bestünden überhaupt nicht. Rassengegensätze allein aber führten zu keinem Kriege, und mit Recht wies der Kanzler die chauvinistischen Versuche ab, einen Zusammenstoß zwischen dem Slaventum und dem Germanentum als unausbleiblich hinzustellen. Auch daß es Wahnsinn sei, mit unserem russischen Nachbarn sich in ein Wettrennen einzulassen, hat der Kanzler erkannt. Nimmt man noch hinzu, daß der Kanzler unsere Beziehungen zur französischen Regierung gut nennen konnte, was bleibt dann übrig von jener Machtverschiebung, die so ungünstig sein, solch ungeheuerliche Opfer dem deutschen Volke auferlegen soll? Die Spannung zu England hat nachgelassen, weder von Rußland noch von Frankreich droht uns Gefahr, der Dreibund ist, wie der Kanzler meint, fester als je, es bleibt wirklich nichts übrig als Monotonie. Entspannung überall, nur die fürchterliche Macht der kleinen Balkanstaaten bedroht die stärkste Militärmacht Europas und zwingt uns die größte Heeresvermehrung auf, die dem deutschen Volke je zugemutet worden ist.

Man merkt es dieser Rede an, daß sie gegen die bessere Ueberzeugung des Redners selbst gehalten wurde. Denn alles Wesentliche, was der Kanzler sagen mußte, spricht gegen seine Schlussfolgerungen und nur mühsam sind einige Schatten dem Bilde beigefügt, das Herr v. Bethmann Hollweg von der internationalen Situation Deutschlands gegeben hat. Da sind die panslawistischen Strömungen, die der russischen Regierungspolitik Schwierigkeiten bereiten, und die chauvinistischen Agitationen in Frankreich. Der Kanzler hütelte sich zwar, auf die zähe und erfolgreiche Friedensarbeit unserer französischen Genossen hinzuweisen, auf die revolutionäre Entschlossenheit der russischen Arbeiter, jeder Friedensstörung ihrer Regierung entgegenzutreten. Aber er selbst mußte doch wenigstens das eingestehen, daß es sich nur um Agitationen von Minoritäten handelt. Als Hoffer der Demokratie stellte er freilich die groteske Theorie auf, daß mit der Demokratisierung die Macht der Minoritäten wachse, während man bisher der Meinung war, daß die Minoritätsherrschaft, die Vergewaltigung der Majorität das Wesen absolutistischer und Scheinkonstitutioneller Zustände ausmache. Aber gerade daß der Kanzler zu solchen Argumenten greifen mußte, zeigt die Schwäche seiner Position, zeigt, daß die Verschiebung der internationalen Lage nicht zu ungunsten Deutschlands erfolgt ist und beweist, daß die Regierung auch nicht den Schatten einer Begründung für ihre Vorlagen geben kann.

Und wenn es dafür noch eines Beweises bedurfte hätte, dann lieferte ihn die zehnminütige Rede des Kriegsministers. Fast könnte man meinen, daß im preussischen Ministerium zur Verhöhnung der Volksvertretung der Grundsatz aufgestellt sei, je größer die Vorlage, desto kürzer die Begründung. Einige nichtsfugende Worte, einige Umschreibungen der bereits bekannten Forderungen, das war alles, was Herr

v. Seeringen vorzubringen die Güte hatte. Aber was sollte dieser Mann, der erst im Vorjahre versichert hatte, daß nun alles Notwendige für den Militarismus bewilligt sei, auch sagen? Er hatte einfach einen ihm selbst überausgehend gekommenen Auftrag auszuführen und so entledigte er sich möglichst rasch der anbefohlenen Pflicht. Besonders würdig war es ja nicht, den Minister mit demselben Nachdruck die Notwendigkeit der neuen Forderungen behaupten zu hören, mit dem er im Vorjahre den Verzicht auf weitere verkündet hatte.

In einer klaren und gut aufgebauten Rede rechnete Genosse Haase mit der Regierung ab. Er wies aus der Gestaltung der internationalen Beziehungen nach, daß in diesen trotz aller Regierungserklärungen nicht der wahre Grund für die Einbringung der Vorlage gesehen werden könne. Diese sei vielmehr das Produkt der Agitation des Wehrvereins und der alldeutschen Blätter. Sie sei vom Generalstab der Regierung aufkotriert worden gegen deren eigenen Willen. Die Regierung selbst sei ja immer wieder mit Erklärungen an die Öffentlichkeit getreten, in denen sie sich gegen diese Treibereien gewandt habe, bis das Machtwort des Kaisers die Entscheidung brachte. Es stünde dem Reichskanzler wenig an, von den friedengefährdenden Minoritäten in anderen Ländern zu sprechen, in demselben Moment, wo er selbst der Sache eines kleinen Kreises unterlegen sei. Mit berechtigtem Stolz konnte Haase darauf verweisen, wie gegenüber diesem chauvinistischen Treiben der Patriotarden aller Länder der Friedenswille der Massen sich immer energischer und erfolgreicher bekundet.

Sodann begründete Haase unsere prinzipielle Stellung gegen den Militarismus. Wir fordern die Miliz aus Gründen der inneren Politik, um das Volk vom Kasernendruck zu befreien und es zu Herren seiner Waffenmacht zu machen. Als Uebergangsmassnahme verlangen wir die einjährige Dienstzeit, deren Möglichkeit schon durch das Einjährigenprivileg der Besitzenden erwiesen ist. Auch wir wünschen die Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht, aber nicht auf dem Boden des Militarismus, sondern innerhalb des Systems einer freien Volkswehr. Diese fordern wir ebenso aus Gründen unserer auswärtigen Politik, um Angriffskriege unmöglich zu machen, zugleich aber auch um unserem Lande die stärkste Verteidigungsmöglichkeit zu geben.

In einer besonders verunglückten Wendung hatte der Kanzler die Gymnasialenweise verzapft, daß Völker, die die Ausbildung ihrer Wehrkraft dem Gang zum Luxus und Genuß aufopfern, zugrunde gingen. Vor Wohlleben und Luxus glaubte der Kanzler das deutsche Volk warnen zu müssen in diesen Zeiten der Teuerung und des Steuerdrucks, in demselben Moment, wo der Militarismus neuerdings ungeheure produktive Kräfte brachlegt. Indem Haase gegenüber dieser Provokation auf das Masselend verwies, daß der Kapitalismus erzeugt, indem er statt militäristischer Vergewaltigung Fortführung der Sozialreform, statt immer neuer Rüstungen die Friedensarbeit der Völker für immer höhere Kultur und Zivilisation forderte, brachte er seine Rede zum wirkungsvollen Abschluß.

Haase hatte in seiner Rede auch kurz die Stellung der Parteien berührt, den Bewilligungseifer der Nationalliberalen und Konservativen, die zu Wortführern der Imperialisten geworden sind, die Wandlung der Fortschrittler, die zu Eugen Richters Zeiten einst viel geringere Forderungen rundweg verweigert hatten, jetzt aber jede Widerstandskraft eingebüßt haben, und schließlich die Haltung des Zentrums, deren führende Organe die ersten Meldungen von den neuen Vorlagen als Hirngespinnste hysterischer, verwirrter Fanatiker bezeichnet hatten. Die Rede des Zentrumsführers Spahn lieferte aber den Beweis, daß das Zentrum in der kurzen Zeit seine Meinung gründlich geändert hat. Es war die typische Zentrumsrede, ja und nein, und nein und ja. Weitere Aufklärungen seien noch notwendig, die Anforderungen seien groß, aber die Situation sei doch ernst. „Du sprichst vergebens viel, um zu versagen, der andere hört von all dem nur das — Ja.“

Der ersten Debatte folgte ein humoristisches Nachspiel. Herr v. Liebert produzierte Begeisterung. Spricht er sonst 70 Proz. Reichsverband und 30 Proz. Kriegerverein, so sprach er diesmal 70 Proz. Kriegerverein und 30 Proz. Reichsverband. Aber auch die 30 Proz. genügten bereits, um ihm eine persönliche Bemerkung des Genossen Wendel einzutragen, worin ihm — sehr parlamentarisch — objektive Unwahrheit nachgewiesen wurde.

Innere Grenzschutzpolitik.

Auf der dürftigen Wasserjuppe, die Herr v. Bethmann Hollweg gestern dem Deutschen Reichstag und dem deutschen Volk als „Begründung“ der ungeheuerlichsten aller Wehrvorlagen darzureichen wagte, schwamm in melancholischer Einkamkeit der Schaumstoff der „panslawistischen Gefahr“. Da ist es nun nicht ohne Interesse, zu lesen, was ein russischer Gewährsmann, der gut Bescheid weiß, einem Korrespondenten der Wiener „Neuen Freien Presse“ auf die Frage: „Will Rußland den Krieg?“ unter anderem mitgeteilt hat:

„Die russische Politik der letzten Jahre hat in dem russischen Volke gewurzelt, sie kannte nur Rußen und vergaß die anderen Nationen vollständig. Rußland besteht nicht mehr — das Rußland, wie es von Peter dem Großen geschaffen wurde. Wir haben jetzt ein russisches Reich, das aus Rußen und aus anderen Nationalitäten zusammengesetzt ist. Die „nicht-russischen Leute“ oder Inorodze, wie man sie nennt, machen ein Drittel der Bevölkerung unseres Reiches aus. Als Zar Peter Rußland schuf, war das rein russische Element maßgebend. Aber seit dem großen Jaren haben sich zahlreiche Nationen an Rußland angegliedert: vor allem die Polen, dann die Finnländer, Tataran, Armenier, Kalmden und Georgier, das südliche Rußland mit seiner nicht-russischen Bevölkerung, die alle diese erstarkenden Nationen sind nicht russisch, sie machen von den Millionen der Bewohner des russischen Reiches fast ein Drittel aus, ein Drittel Unzufriedener. Im Falle eines Krieges werden die Truppen, die zur Niederhaltung dieser Volksstämme verwendet werden müssen, der Verteidigungsarmee entzogen werden. Dazu hat es die russisch-nationale Politik gemacht, die im letzten Jahrzehnt mit Unterdrückung aller nicht-russischen Elemente geführt worden ist. Wenn in Preußen eine Aenderung der Außenpolitik eintreten würde, dann würde sich dieser ohnebedenkliche Zustand noch wesentlich zungunsten Rußlands verschieben und einen Krieg für Rußland noch schwieriger machen. Wie bedenklich wäre ein Krieg für ein Reich, das im Innern so zerklüftet ist!“

Was hier über die nationale Zerklüftung des russischen Reiches und ihre Rückwirkung auf seine Wehrfähigkeit gesagt wird, ist durchaus richtig. Noch richtiger aber ist die Beziehung auf die preussische Außenpolitik. In der Tat hängen Panslawismus und preussische Außenpolitik eng zusammen. Als Bismarck 1871 mit seiner „genialen“ Annexion Elsaß-Lothringens Frankreich in die Arme Rußlands getrieben und so den Zarismus zum allmächtigen Schiedsrichter Europas gemacht hatte, spukten die Geister der „panslawistischen Gefahr“ an allen Ecken und Enden um ihn. Deshalb unternahm er die gewaltsame Eindeutschung der Polen in den preussischen Provinzen, weil er für den Fall eines Krieges mit Rußland fürchtete, sie würden sich erheben und so den Heeren Bismarcks den Vormarsch nach Berlin erleichtern. Diese törichte Politik der Gewalt hat bekanntlich dahin geführt, daß einmal die preussischen Polen heute von der Abhängigkeit an den preussischen Völkern weiter entfernt sind denn je, und zum zweiten, daß sie wie auch die österreichischen und russischen Polen Anstoß an den Panslawismus, dem sie Jahrzehnte fernstanden, gesucht und gefunden haben. Die preussische Politik brauchte wirklich die Polen nach diesem Staat der Gleichberechtigung wäre so stark, Staatsbürger zu behandeln und die Gravitation der russischen Polen nach diesem Staat der Gleichberechtigten wäre so stark, daß diese Außenpolitik ein besserer Grenzschutz wäre als die Befestigung von Graudenz und ein paar neue Armeekorps.

Aber wer erwartet von preussischen Staatsmännern eine andere Politik als jene, die das Brot immer auf die Butterseite fallen läßt?

Parteipolitik in der Schule.

Der „Vorwärts“ hat mehrfach über den von der Zentrumspreffe Elsaß-Lothringens maßlos aufgeschwungenen „Fall Stadler“ berichtet. Herr Dr. Stadler war bisher wissenschaftlicher Hilfslehrer an der Forbacher Oberschule. Da er nach der Aussage der vorgesetzten Schulbehörde recht nachlässig im Dienst gewesen ist und sich allerlei Verfehle gegen die Schulordnung geleistet hat, wurde er entlassen. Dadurch fühlte sich das Zentrum tief gekränkt, denn Herr Stadler ist ein großer heroischer Politiker, der sich in der Zentrumsagitation besondere Verdienste erworben hat. Es infizierte deshalb im reichsländischen Landtag eine seiner bekanntesten Enttäuschungsreden. Zugleich wurde in der Zentrumspreffe der Oberrealschuldirektor Dr. Horst scharf angegriffen. Das hat diesen verdorren, und in seinem Verger macht er allerlei Enthüllungen über die heroische Parteipolitik in der von ihm geleiteten Forbacher Oberschule.

Wie er erzählt, hat sich sogar ein Religionslehrer, ein Vikar, nicht gehescht, mit zwölf- und dreizehnjährigen Jungen Zentrumspolitik zu treiben. Er hat zur Zeit der Reichstagswahl in der 3. Realklasse eine Probearbeit anfertigen lassen, in der die Verantwortung folgender Aufgabe verlagert wurde: „Pflichten eines Katholiken während der Wahlzeit.“ Im Klassenbuch wurde von dieser Arbeit nichts bemerkt; in der Rubrik „Durchgenommen“ ist nur angegeben: „A. Gebel“. Allen Anschein nach rechnet dieser würdige Seelsorger das Wählen eines Ultramontanen zu den Pflichten des vierten Gebotes.

In welcher Weise der Herr Bischof in der Religionsstunde die Jungen für sein Thema präpariert haben muß, zeigen folgende Stellen aus ihren Vorträgen, Probenarbeiten (genau wiedergegeben mit den Fehlern):

Schüler A.: Wir Katholiken sind schuldig, den Kandidaten des Zentrums zu wählen, und andere anzu-spornen, ihn zu wählen. (Dieser Schüler kam nach Hause und verkündete freudig: Nun will ich einmal sehen, ob ich nicht das nächste Mal nicht „gut“ in Religion bekomme; ich habe in der Probenarbeit geschrieben, man müsse Zentrum wählen.)

Schüler B.: Wir sind verpflichtet der geistlichen Obrigkeit zu ehren und gehorchen zu sein wie Jesu Christo selbst und die katholische Kirche zu verteidigen besonders in Wahlzeiten. In der Wahlzeit, die in letzter Zeit sehr oft stattfindet, sollen wir die kirchliche Partei Zentrum verteidigen, da noch viele andere Parteien gegen dieselbe sind, und der, welcher ungläubiger Partei zustimmt, ladet eine große Schuld auf sich.

Schüler C.: Der Katholik muß während der Wahlzeit wählen und zwar einen katholischen Kandidaten. Die Obrigkeit der Geistlichkeit hat das Recht in allen christlichen katholischen Gemeinden Gesetze zu geben.

Schüler D.: Der Katholik darf keinen Sozialisten wählen.

Schüler E.: 1. Er soll einen katholischen Mann wählen, 2. Keinen Katholiken den Worten nach, 3. Einen Mann, der das Wohl des Volkes im Auge hat.

Schüler F.: Jeder Katholik ist verpflichtet zu wählen, da es oft auf eine Stimme ankommt, damit der Ausgewählte gewählt sein soll.

Schüler G.: Man muß einen ehl. katholischen Mann wählen und keinen namens Katholiken. Schüler H.: Jeder kath. Bürger hat das Recht und die Pflicht zu wählen. Er muß gute Katholiken und keine Scheinkatholiken wählen, weil wir sonst eine große Verantwortung auf uns laden.

Schüler I.: Der Katholik soll immer das Zentrum wählen und immer wählen.

Schüler K.: Ein Katholik darf keinen Namenschristen während der Wahlzeit wählen, d. h. nicht einen solchen, dessen Name nur im Taufregister steht, sondern einen guten kath. Mann.

Schüler L.: Ein jeder christliche Mann muß in der Wahlzeit immer das Zentrum wählen.

Schöne Merkwürdige Erziehungsresultate! Aber, wird man vielleicht einwenden, solch ein Seelensorg kann doch nur eine Ausnahme sein, ein wirrköpfiger Fanatiker, von dem man nicht auf eine ganze Partei, ein ganzes System schließen darf. Doch Dr. Horst ist mit seinen Enthaltungen noch nicht zu Ende. Nachdem er weiter mitgeteilt hat, daß die Angelegenheit damals auf omtlichem Wege erledigt worden sei und er verhindert habe, daß die Zeitungen etwas von dem Vorfalle brachten, fährt er fort:

In dem katholischen Religionsunterricht der Oberklassen hat sich ein anderer Religionslehrer trotz dieses Vorfalles nicht enthalten können, ebenfalls Politik zu treiben. In diesem Unterricht dürfen die Schüler zu Wiederholungszwecken den Vortrag des Lehrers nachschreiben. Da findet sich in dem Heft eines sehr zuverlässigen Schülers, der in Religion stets die Note „gut“ hat, wörtlich folgendes:

„Wie ist der Sozialismus entstanden? Praktischen Sozialismus gibt es erst seit dem letzten Jahrzehnten. Er beruht auf dem Entsetzen des Liberalismus. Dieser wollte frei sein, keine Kirchengelübde anerkennen. Diese Ideen wurden notwendig, ins Volk gebracht. Dieses sagte sich, wenn die Herren so sind, kann ich auch so sein, ihr habt's Geld, wir wollen auch haben. Dieser Vorgang ist ganz natürlich. Die Literaten erkennen keinen Gott an, deshalb wollte sich das Volk auch glücklich machen auf Erden, und so kam die Idee der Enteignung auf.“

Und dieselben geistlichen Herzen, die in dieser Weise die Schule zur Parteilogik ausnützen und die junge Generation zu wilden katholischen Fanatikern heranzuziehen suchen, die blindlings jedem Geheiß des Alters folgen, stellen sich dann hin und verkünden mit frommem Augenaufschlag die angebliche entsetzliche Wirkung der sozialdemokratischen Agitation auf das deutsche Volksgemüt! Sicherlich die widerläufige Heuchelei!

Gegen die Forderungen des Militarismus.

Rundgebungen gegen die Wehrvorlagen.

Gegen die Kriegsheyer und Rüstungstreiber protestierte am Sonntag eine von über 2000 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung in Breslau. Redner war der Reichstagsabgeordnete für Breslau-West, Genosse Eduard Bernstein, der besonders begeisterte Zustimmung fand, als er darauf hinwies, daß unsere Bundesgenossen zur Erhaltung des Friedens die französischen und englischen Arbeiter sind, die ebenso wie wir Deutschen den Kampf gegen den Rüstungswahnsinn aufgenommen haben.

Eine gewaltige Demonstration veranstaltete die Arbeiterschaft von Eberfeld-Warmen auf dem in der Mitte der Stadt überfeld erhöht liegenden sogenannten Exerzierplatze. Es mögen hier 12-15000 Teilnehmer versammelt gewesen sein. Von verschiedenen Rednertribünen sprachen zu gleicher Zeit und abwechselnd die Reichstagsabgeordneten Ebert und Haberland, der preussische Landtagsabgeordnete Hirsch, sowie Genosse Wilhelm Gewehr-Eberfeld. Die Ausführungen aller Redner wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Jüngend welche Zwischenfälle wurden nicht verzeichnet, da sich die Polizei, die nur durch einzelne Beamte vertreten war, vollständig neutral verhielt.

Weitere Demonstrationen fanden teils unter freiem Himmel statt für den Wahlkreis Lennep-Kemscheid-Weitmänn in den Orten Velbert, Reivig, Weitmänn, Cronenberg, Haan, Kemscheid, Bousdorf, Burg, Dabringhausen, Lennep, Döppershöf, Krähenwiesbrücke, Dreißbümmen, Lüdinghausen, Rabsbornwald und Hülde-woagen. Von allen Orten wird gute Beteiligung berichtet. Ebenso aus dem Wahlkreis Hagen-Schwelm, wo in Bebelberg, Rilspe-Görde, Wommern, Herdeke, Wetter und Schwelm überall vorzüglich verlaufene Demonstrationen stattfanden.

In Essen-West und in Essen-Näthen wurden am Sonntag zwei imposante Volksversammlungen abgehalten. Die Polizei hatte unnötig große Vorbereitungen getroffen.

In Wittenberg fanden in den letzten Tagen in zahlreichen Städten ebenfalls zum Teil massenhaft besuchte Protestversammlungen gegen das aberwähnte Rüstungstreiben statt. In Stuttgart und in Cannstatt wurde in den zum Beschluß erdhobenen Resolutionen neben der entschiedenen Ablehnung der Rüstungsvermehrung auch die Verwerfung jeder Dedationsvorlage von der Reichstagsfraktion erwartet. In den übrigen Versammlungen wurde der Rundgebung der deutschen und französischen Parlamentsvertretung zugestimmt, wonach die Sozialdemokratie im Falle der Annahme der Rüstungsvermehrung durch die bürgerliche Mehrheit des Reichstags alle Kraft aufzubieten wird, um die Lasten der Besiegten aufzubürden. In den Dedationsvorlägen der Regierung wird keine annehmbare Besatzsteuerung erteilt.

Im Saalkreise protestierten unsere Parteigenossen am Sonnabend und Sonntag in sieben stark besuchten Versammlungen gegen den Bahnhofs des militärischen Auftrübens, sowie gegen die

daraus erwachsende neue, ungeheuerliche Steuerbelastung. Schon vorher wurden fünf, im ganzen also zwölf Protestversammlungen im Saalkreise mit bestem Gelingen abgehalten.

Die Blockade.

Der Reichskanzler hat in seiner Rede heute auch energische Worte gegen den „herausfordernden Widerstand Montenegros“ gesprochen und die rasche Durchführung der Londoner Beschlüsse gefordert. Dann werde sich auch für die ungelösten Fragen eine friedliche Lösung finden. So sehr man auch wünschen muß, daß dem nutzlosen Blutvergießen ein Ende gemacht werde, so läßt sich doch nicht verkennen daß durch die Flottenaktion, zu der die österreichische Regierung so sehr gedrängt hat, eine recht unbehagliche Lage entstanden ist, und Genosse Saale hat mit Recht darauf verwiesen, daß es ein frivoles und unverantwortliches Unterfangen wäre, wollte man wegen Skutari es zum Kriege kommen lassen. Auch in den anderen Staaten wächst die Verstimmung gegen eine Politik, die wegen einer so geringfügigen Frage den hohen Einfluß eines europäischen Krieges nicht zu vermeiden gewußt hat. Und es ist sicher bemerkenswert, daß die „Tribuna“, das offiziöse Organ der italienischen Regierung, vor jeder Ungeduld und Vereitelung warnt und für den Verzicht Montenegros auf Skutari einen anderen Ausgleich fordert.

Serbien an der Seite Montenegros.

Belgrad, 7. April. Die serbische Regierung hat gestern den Vertretern der Großmächte die Antwort auf das Begehren der Mächte betreffend die Räumung Albaniens und den Schutz der albanesischen Nationalität überreicht. In der Antwort wird erklärt, daß Serbien vor dem Friedensschluß seine Truppen aus Albanien nicht zurückziehen könne. Die Forderung nach einem besonderen Schutz der Albanesen könne die serbische Regierung mit Rücksicht auf die Landesverfassung und die Landesgesetze, nach denen alle Staatsbürger gleiche Rechte und Pflichten haben, nicht erfüllen.

Grey über die Flottendemonstration.

London, 7. April. Im Unterhaus beantwortete heute Sir Edward Grey eine Anfrage betreffend die Flottendemonstration. Seine Ausführungen haben folgenden Wortlaut: Zwei britische Kriegsschiffe haben sich nach der montenegrinischen Küste begeben, um an der internationalen Flottendemonstration teilzunehmen. Oesterreich-ungarische, französische, deutsche und italienische Kriegsschiffe befinden sich zu demselben Zwecke auch dort. Der rangälteste britische Marineoffizier ist angewiesen worden, sich mit den rangältesten Marineoffizieren des internationalen Geschwaders in Verbindung zu setzen und mit ihnen alle Schritte zu beraten, welche möglich sind, um auf die montenegrinische Regierung einen Druck auszuüben, daß sie die Entscheidung der Mächte annimmt. Eine Landung von Marineabteilungen und Feldgeschützen oder ein Bombardement wird nicht vorgenommen werden, ohne daß weitere Instruktionen erteilt sind. (Beifall.) Wir nehmen an der Demonstration teil, weil wir mit den anderen Großmächten an einem Uebereinkommen beteiligt sind, das dadurch aufrecht erhalten werden soll. Dies Uebereinkommen besteht darin, daß Albanien autonom werden soll. Wir sind willens, hieran teilzunehmen, weil die Albanesen in Rasse, Sprache und in großem Maße auch in der Religion ein Volk für sich bilden. Grey fuhr fort: Der Krieg, der gegen sie geführt wird, hat lange aufgedauert, von irgendeiner Tragweite für den Krieg zwischen der Türkei und den Verbündeten oder ein Befreiungskrieg zu sein. Die Operationen der Montenegrer gegen Skutari sind ein Teil eines Eroberungskrieges und es liegt kein Grund vor, warum die Sympathie, die für Montenegro oder für andere Länder, die für ihre Freiheit oder für ihre nationale Existenz kämpfen, nicht auch auf die albanesische Bevölkerung von Skutari und seiner Umgegend, die hauptsächlich aus Katholiken und Mohammedanern besteht, und die für ihr Land, ihre Religion, ihre Sprache und ihr Leben kämpft, ausgedehnt werden soll. Aus diesen Gründen hat die britische Regierung nicht geögert, an dem Uebereinkommen der Mächte betreffend Albaniens teilzunehmen. Das Uebereinkommen der Mächte ist nach langen, mühevollen diplomatischen Anstrengungen zustande gekommen. Es wurde entschieden, daß das Küstengebiet und Skutari Albanien zufallen sollten, während Ipek, Prizrend, Dibra und — nach vielen Verhandlungen — Djasova von Albanen ausgeschlossen werden sollten. Bei diesem Uebereinkommen bleibt ein weites Gebiet Landes als Frucht ihrer Siege zur Verteilung zwischen Serbien und Montenegro übrig.

Das Uebereinkommen ist zur rechten Zeit getroffen worden, um den Frieden zwischen den Großmächten zu erhalten. Daß das Uebereinkommen durch eine internationale Aktion aufrechterhalten werden soll, bleibt für die Fortdauer dieses Friedens wesentlich. Die britische Regierung hat kein direktes Interesse an den Einzelheiten des Uebereinkommens und wir werden uns aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einem Uebereinkommen widersetzen, welches die Zustimmung der näher interessierten Mächte gefunden hat. Aber weil wir glauben, daß das Uebereinkommen in seinen Hauptlinien in Uebereinstimmung steht mit Menschlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit und weil wir wissen, daß der Friede Europas auf der Aufrechterhaltung der Eintracht zwischen den Mächten beruht, die meistens in diesem Gebiet am nächsten interessiert sind, deswegen haben wir es für richtig gehalten, an der internationalen Aktion teilzunehmen.

Auf die Frage des Liberalen David Mason, wie Grey die Haltung der Regierung mit der Neutralitätserklärung vereinbaren könne, erwiderte Grey: Wie ich schon sagte, ist das, was in Albanien vor sich geht, kein Befreiungskrieg, sondern ein Eroberungskrieg und hat schon lange aufgedauert, von irgend einer Tragweite für den Krieg zwischen der Türkei und den Verbündeten zu sein. Die Großmächte haben sich über die Grenzen geeinigt, und wir sind willens und gebunden, an der internationalen Aktion teilzunehmen.

Mehrere Abgeordnete drangen in Asquith, er solle Gelegenheit zu einer Diskussion über die Lage geben. Asquith erwiderte: Es sei sehr zweifelhaft, ob eine Diskussion in diesem Augenblick im öffentlichen Interesse läge. Wenn im Hause allgemein der Wunsch nach einer Diskussion vorhanden sei, so könne sie am Donnerstag stattfinden. Wenn auch die Regierung weit davon entfernt ist, eine Diskussion vermeiden zu wollen, so glaube ich nicht, schloß Asquith, daß im Hinblick auf die großen und sehr heiklen Interessen, die auf dem Spiele stehen, sich ein Vorteil aus der Diskussion ergeben würde. (Beifall.)

Die Besiegten.

Aus Konstantinopel schreibt uns Genosse Sardus: Der Fall von Adrianopel bewirkte hier eine kurze Aufregung, und dann zog sich der Dampf wieder zusammen. Man ist abgestumpft. Ein Schlag folgt auf den anderen, man hat sich daran gewöhnt. Wo sind die Menschenhauften hin, die in den ersten Tagen des Krieges den Bahnhof umlagerten, um die angekommenen Ver-

wundeten mit einem Blick zu streifen; die erragten Grubben auf den Straßen und Plätzen, die die Kriegsmeldungen besprachen? Niemand bleibt mehr stehen; niemand interessiert sich mehr, welche traurige Botschaft wieder eingetroffen ist. Die Menschen sind müde des Krieges, der Tod, des Unglücks; sie beugen ihr Haupt vor dem Schicksal. Noch einmal flackerten die Gefühle in hohen Flammen auf, als die Jungtürken aufs neue an die Regierung kamen und der Krieg wieder begann. Viele gab es, denen es nahe ging, und ganz besonders den Frauen: ihre Gatten, Brüder, Söhne waren unter den Toten, den Verwundeten, unter denen, die im Felde standen. Neue Hoffnungen tauchten auf, und die erbitterten Herzen heißten Vergeltung. Aber Enttäuschung folgte auf Enttäuschung, und jetzt ist in den gemüllten Seelen der letzte Funke von Hoffnung und Widerstand erloschen. Es bleibt nur noch ein Gefühl der Niedererschlagenheit, der Daseinsleere und die Hilflosigkeit, wie bei Kriegsgefangenen, die hinter dem Triumphbogen des Siegers herziehen.

Die nichtmuselmanische Bevölkerung zeigte mehr Erregung wegen der Kapitulation von Adrianopel als die Türken. Es ging ihr nicht nahe, aber es war eine Sensation. Ich ging durch die türkischen Quartiere, durch die Straßen von Stambul. Jede und trostlos wie auf einem Kirchhof. Die Verzweiflung verbrodelt sich in die Häuser, weil sie von niemand mehr Beistand erhoffte, ihr Elend nicht zeigen wollte und ihr eigenes Ansehen scheute. So sah ich während der russischen Hungersnot in den tatarischen Dörfern an der Wolga und Kama die Bauern eines langsamen Hungertodes sterben, stumm hindrübend hinter den elenden Verschlägen ihrer Blockhäuser. So auch hier: die Rechnung ist geschlossen, man erwartet nur noch das Ende.

Und wie ich mit dem geistigen Auge auf einmal das ganze Gezirre von Konstantinopel überschaute, wurde es mir mehr denn je klar, daß die Türken bereits zu einem fremden Element in dieser Weltstadt geworden sind. Ginst haben sie dem Ganzen den Stempel aufgedrückt, jetzt passen sie nicht mehr hinein. Das türkische Stambul ist wie ein trübes Wasser innerhalb der Meeresströmungen. Die stürmischen Wellen schlagen darüber zusammen. Die Türken werden in dem Menschengehirn der modernen kapitalistischen Großstadt mit ihrem ungeheueren Gezirre untergehen, in ihr spurlos verschwinden. Diejenigen Elemente, die sich diesem modernen Gezirre nicht anpassen können, werden hinausgeschleudert werden, wie das Meer herausgeschleudert, was sich in der Tiefe nicht halten kann.

Vom belgischen Generalstreik.

Brüssel, 5. April. (Sig. Ver.)

Vorbereitungen und Maßnahmen der Sozialisten.

Bis jetzt sind 18 Suppenküchen für die Auspeisung in Brüssel und den Vororten in Vorbereitung.

Die Föderation der sozialistischen Gemeinderäte hat beschlossen, daß die sozialistischen Vertreter in den Gemeindevertretungen beantragen:

1. die Anschlagung von Plakaten, in welchen die Bevölkerung aufgefordert wird, sich während des Generalstreiks ruhig zu verhalten und

2. dahin zu wirken, daß die Besitzer der Wirtschaften usw. während der Streikperiode keinen Alkohol ausgeben und ihre Lokale mit einwirkender Nacht schließen;

3. wird an die Schulverwaltungen herangetreten werden, damit die Kinder der Streikenden in den Orten, nach denen sie gebracht werden, Schulunterricht erhalten.

Eine unter dem Vorsitz Anseles abgehaltene Generalversammlung der Center Parteiorganisationen ergab ein überaus günstiges Bild der Streikausfichten. Die Teilnahme der Arbeiter in der Metallindustrie wird beträchtlich sein. Bau- und Holzarbeiter, die Arbeiter in der Textilindustrie zeigen den besten Geist. Die Organisation der Hocharbeiter zählt auf 7 bis 8000 Streikende. Die Unternehmer dieser Branche zeigten sich entgegenkommend und manche erklärten, keine Maßnahmen nach dem Streik vorzunehmen. Auch in der Metallindustrie zeigen sich manche Unternehmer der Wahlrechtsbewegung eher günstig gestimmt. Die Schiffsverlader erklärten sich gleichfalls solidarisch. In drei Fabriken schlossen sich die christlichen Arbeiter bei der Ueberreichung der Kündigung den übrigen an. — Auch die Frauen zeigen, wie die Delegierten berichteten, denselben Kampfesgeist wie die Männer. Am Hafen wird vollständige Arbeitsruhe herrschen.

Was die städtischen Arbeiter anlangt, so haben diese beschlossen, in Arbeit zu bleiben, aber einen Teil ihres Lohnes den kämpfenden zu widmen. Alles in allem stehen die Ausfichten für Gent vorzüglich. — Die Gewerkschaftssekretäre haben täglich Zusammenkünfte; am Vortage des Generalstreiks, am 13. April, veranstalten die Gewerkschaften Generalsammlungen, denen eine Manifestation folgen wird. Am Streiktag selbst findet um 8 Uhr nachmittags eine große Demonstration der Streikenden mit Umzug durch die Stadt statt.

Der „Vorort“ hat verfügt, daß während des Streiks seine sämtlichen Lokitäten von 7 Uhr abends ab geschlossen bleiben. — Die Leitung des Streiks ist einem Komitee von ca. 100 Genossen anvertraut.

Im Vortage wird an die diversen Gemeindevertretungen das Ersuchen gerichtet werden, die Schließung der Cafés usw. von 10 Uhr abends ab anzuordnen.

Ueber das Gelingen des Generalstreiks in Antwerpen äußerte sich der dortige sozialistische Deputierte Terwagne in sehr optimistischer Weise, sowohl was die Metallarbeiter als auch was die Dockarbeiter anlangt. — Auch Antwerpen wird wie Brüssel und andere Orte seine eigene sozialistische Ordnungspolizei für die Streikzeit haben. In den nächsten Tagen werden die Delegierten dieses Komitees beim Bürgermeister der Stadt vorsprechen.

Die sozialistischen Volkshäuser in Lüttich und die genossenschaftlichen Lokale werden tagüber geöffnet sein; es werden dort keine alkoholischen Getränke verabfolgt werden. Für die Versorgung der Kinder der Streikenden wird auch in Lüttich thätig vorgefertigt. Die Kohle im Lütticher Gebiet ist bereits rar. Die „Stoß“ sind im Verschwinden. Besonders nach Hauslöcher war starke Nachfrage.

Auch sonst macht sich in Lüttich wie überall der bevorstehende Generalstreik in Handel und Industrie gründlich fühlbar. Die Handelstreibenden machen keine Geschäfte, der keine Handel macht. Seit Wochen wird in der Arbeiterschaft geparkt. Die sozialistischen Genossenschaften approvisionieren sich.

So man hinhört, hinstieht — alles ist mit dem Generalstreik befehligt, jeder hat seine Hoffnungen, Sorgen, trifft seine Vorbereitungen. Sogar der König ist jetzt zurückgekommen! Nur Herr von Broqueville sieht in Caug am Senfer See und träumt. Ob er sich in die Posten der französischen Schweiz verfenkt, wenn er an Throns romantischen Schloß am Senfer Ufer vorüberzweundet — oder mit irdischeren, vielleicht gar politischen Dingen beschäftigt ist — niemand weiß es. Und wie er, sind auch alle die anderen Herren Minister auf Urlaub, am Meer oder sonst wo. Hoffentlich seien die Herrschaften im jehigen Fieber des Landes wenigstens Zeitungen.

Die Propaganda.

Abgesehen von den gewöhnlichen Propagandaversammlungen für den Generalkreis in der Hauptstadt und in den industriellen Städten und Orten der Provinz gibt es am Sonnabend eine große Manifestation mit einem Meeting in Vättich. Im dortigen Volkshaus „La Populaire“ werden Vanderwilde und die sozialistischen Deputierten Vättich sprachen.

In Seraing — Sitz der berühmten Cockerillwerke — sprechen Sonntag unter freiem Himmel Vanderwilde und De Vroedre. — In Antwerpen ist für Montagabend eine Manifestation angesetzt. Sprechen Antjele, Huzsmans, der sozialistische Deputierte Antwerpen, Terwagne und Wauters, der Chefredakteur vom „Peuple“.

Die sozialistische Ordnungspolitik.

Die Parteiorganisationen treffen überall die ernstesten Vorbereitungen für eine ruhige, friedliche Abwicklung des Generalkreises, und eigens bestellte Komitees mit Hunderten von Ordnen werden für die Durchführung der von der Partei getroffenen Verfügungen wie auch behördlicher Maßnahmen Sorge tragen. Ihre Hauptaufgabe wird vor allem darin bestehen, gewisse Elemente, Lumpenproletariat oder den gut angezogenen geborgenen Böbel oder direkte Provolateure vom Streik fernzuhalten oder ihn von all diesen Elementen zu säubern, wo sie sich einschleichen.

Ueber die Brüsseler „sozialistische Polizei“, wie man mit Zug und Recht diese Organisationen nennen kann, haben wir bereits berichtet. Das Antwerpener Komitee wird 300—400 solcher Ordnen umfassen. Unter Führung des sozialistischen Deputierten für Antwerpen, Dr. Terwagne, hat gestern eine Abordnung des Streikkomitees beim Bürgermeister der Stadt vorgesprochen, um diesem Jura- und Maßnahmen des Ordnungskomitees, das aus Streikenden gebildet sein wird, auseinanderzusetzen. Der Bürgermeister dankte den Sozialisten für ihre Bemühungen, selbst für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sorgen zu wollen. Er würde glücklich sein, sagte er, wenn die Behörden keinen Anlaß zum Einschreiten haben werden. Die Delegierten erklärten auch, daß sie dafür sorgen würden, daß die behördlichen Anordnungen befolgt werden.

Vom Tage des Streikbeginnes an werden keine Manifestationen in Antwerpen stattfinden, nur Feste, Konzerte und was sonst dem Vergnügen und der Erholung der Teilnehmer zu dienen hat.

Die Streikenden werden lesen lernen.

Die von den Bildungsorganisationen Brüssels unternommene Aktion ist in vollem Gange. Vierzig Künstler haben bis jetzt zugesagt, in Konzerten usw. für die Streikenden mitzuwirken. Täglich dürfen drei bis vier Vorträge abgehalten werden. Fünf große „Plaines“, Wiesenspieleplätze sind vorläufig für die Sport- und gymnastischen Übungen in Aussicht genommen. Die Vorträge finden vormittags um 11 Uhr statt. Auch gemeinsame Spaziergänge der Streikenden unter Führung werden veranstaltet werden. Daß die Partei den Streik auch für erziehlische Zwecke ausnützen will, zeigt die Einrichtung der eigens für die Streikenden getriebenen Korortbibliotheken. Sie werden durch freiwillige Spenden zusammengestellt. Ein Spender sandte 500 Bände.

Die Bürgermeister drohen!

Unter dem Vorsitz des Brüsseler Bürgermeisters Rog hat gestern eine Konferenz der Bürgermeister sämtlicher Brüsseler Vororte über die Maßnahmen für die Streizeit beraten. Die Resolution des städtischen Oberhauptes klingt sehr schneidig. Es heißt darin, daß die Bürgermeister, „ohne die friedlichen Absichten der Organisatoren des Streiks in Zweifel zu ziehen“, „doch“ alle Vorbereitungen treffen müssen, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten und — über die berühmte „Freiheit der Arbeit“, die in Belgien bekanntlich durch einen verächtlichen Vorwurf sehr angelegentlich geschützt wird, zu wachen. Ferner hat sich die Konferenz einmütig dafür ausgesprochen, daß alle in städtischer Regie beschäftigten Arbeiter, die sich am Streik beteiligen oder Widersehligkeit im Dienst zeigen, ihre Entlassung zu gewärtigen haben. — Da schließlich alle Unternehmer, städtische oder nicht, bei Streiks diesen Ton lieben, wird er im allgemeinen auch in diesem besonderen Fall — einem Generalkreis für politische Zwecke — keine allzu abfärbende Wirkung ausüben. Oder sollte die Regierung, von der man sonst allerdings nichts sieht und hört in der trüben Zeit, wenigstens das eine getan haben, die Herren Bürgermeister scharf gemacht zu haben?

Kann man nicht, in wie grandioser, bewundernswürdiger, vom tiefsten Verantwortungsgefühl zeugender Weise die belgische Arbeiterpartei diesen Streik inszeniert, vorbereitet, organisiert. Ein Streik von solchem Umfang läßt sich gewiß in allen Phasen, ja in seinem Ende nicht absehen. Aber das eine steht fest, wird anerkannt werden müssen von jedem Menschen, der nicht gerade bösen Willens ist, von jenen insbesondere, die eine Ahnung von dem Riesenwerke der Vorarbeit, der Vorbereitung, dem Ernst, mit dem Hunderte und Tausende von Parteigenossen der Organisierung des Streiks obliegen, haben, das eine: daß alles unternommen wurde, dem Streik eine würdige, friedliche Bahn anzuweisen, ihm einen Charakter von zwingendster stiller Gewalt zu geben. Alle Maßnahmen, Drohungen, Schweligkeiten einzelner werden an dieser Tatsache nichts ändern. Die breite Öffentlichkeit aber sieht diese und würdigt sie schon heute. Der Verlauf des Streiks wird ihr weitere und endgültige Anerkennung abgewinnen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. April 1913.

Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus überwies am Montag die Vorlage betr. die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen an die verstärkte Gemeindefunktion. In der Debatte, die nicht allzulange Zeit in Anspruch nahm, gestellte Leinerer gebührend die politischen Ziele, die die Regierung mit dem Fortbildungsschulunterricht verfolgt, und stellte demgegenüber das sozialistische Ideal der Fortbildungsschule, deren Zweck einzig und allein darauf gerichtet sein muß, den jungen Leuten Wissen zu übermitteln und sie für den Kampf ums Dasein zu rüsten. Ihre endgültige Stellungnahme zu der Vorlage wird die sozialdemokratische Fraktion sich vorbehalten, bis sich übersehen läßt, welche Gestaltung sie erhält.

Nach Erledigung des Gesekentwurfes betr. die Bewilligung weiterer Staatsmittel (15 Millionen) zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern und gering besoldeten Staatsbeamten in erster und zweiter Lesung setzte das Haus die Beratung des Kulturbudgets beim Kapitel „Höhere Lehranstalten“ fort. Das Zentrum benutzte wieder einmal die Gelegenheit, unberechtigte Klagen über angebliche Zurücksetzung der Katholiken vorzubringen, und Herr v. Soller (kons.) glaubte den Untergang des preussischen Staates an die Wand malen zu sollen, weil im letzten Jahre zum erstenmal ein Jude als Direktor einer höheren Lehranstalt bestätigt ist. Gleich hoch war das Niveau, auf dem sich auch die übrige Debatte bewegte, die am Dienstag fortgesetzt wird.

Heppatrioten.

Man sollte meinen, es könnte nur eine Stimme restloser Verurteilung darüber herrschen, daß der tragikomische Auszug des neuesten, als Wunder militärischer Lufttechnik gepriesenen Zeppelinkreuzers nach Frankreich eine so glatte Erledigung gefunden hat. Insonderheit sollte man glauben, daß zweierlei außerhalb jeder Kritik stehen sollte: die Landung des Kreuzers in Lunéville, durch die dem Absteiger jeder Charakter einer Spionage genommen wurde, und das durchaus einwandfreie und entgegenkommende Verhalten der französischen Behörden.

Wer das voraussetzt, kennt freilich unsere Heppatrioten nicht. Gibt es doch Blätter, die der Leitung des Zeppelin einen schweren Vorwurf daraus machen, daß sie landete, als sie sich in Frankreich befand, um zu beweisen, daß nichts Völlerrechtswidriges geplant war. Die „Tägliche Rundschau“ mutet der deutschen Heeresverwaltung sogar zu, daß sie „dafür sorgen“ werde, „daß in Zukunft deutsche Offiziere nicht mehr in erster Linie sich den Kopf der Diplomaten zu zerbrechen und „auf internationale Höflichkeit“ bedacht zu sein brauchen“. Das Blatt empfiehlt also, daß in einem ähnlichen Falle deutsche Offiziere Frankreich bräutieren und den schwersten Konflikt heraufbeschwören. Und wie, wenn dann die Franzosen das tun würden, was ja die „Tägliche Rundschau“ früher schon französischen Miegern gegenüber angetragen hat, wenn sie auf den vermeintlichen Luftspion scharf schießen würden?

Eine Unberufenheit sondergleichen ist es auch, daß die „Tägliche Rundschau“ zu verstehen gibt, daß von einem Abgeordneten sein des Zeppelin keine Rede sein könne. Das Blatt will also an eine bewußte Grenzüberschreitung glauben machen, offenbar um noch nachträglich ein chauvinistisches Feuerchen zu entfachen! Demgegenüber ist es zu begrüßen, daß der Führer des „Z 4“ jetzt nochmals offiziell erklärt, daß das Luftschiff sich tatsächlich im Reibel und Schneetreiben verriet, habe und sofort zur Landung geschritten sei, als es seinen beauerlichen Jertum entdeckt habe. Auch stellt diese Erklärung von neuem das durchaus korrekte und liebenswürdige Verhalten der französischen Militärverwaltung fest. Was die Entschädigung der Zeppelin-Geheimnisse anlangt, so habe zwar Oberst Hirschauer mit einer Anzahl Offiziere eine Befestigung des Luftschiffes vorgenommen, doch seien die deutschen Offiziere der Meinung, daß man dadurch den Zeppelinkonstrukteuren nicht abzugeben abgedankt habe.

Man wird also beruhigt an den Bau von 20 oder 30 neuen Luftkreuzern gehen. Steht sich dann heraus, daß man trotzdem Frankreich nicht „über“ ist, so wird man — erst recht weiterbauen!

Noch eine Portion Luftmilitarismus.

Bekanntlich soll ein Teil der sieben Millionen betragenden Nationalflugspende zur Ausbildung von Zivilliegern verwendet werden, die sich für gewisse Militärdienste verpflichten. Jetzt werden die näheren Bestimmungen darüber bekannt. Es sollen zwanzig deutsche Flugzeugfabriken das Recht erhalten, je fünf Piloten auf Kosten der Nationalflugspende auszubilden. Nämlich: drei Herren mit abgeschlossener Bürger- oder Mittelschulbildung, die nach militärärztlichem Zeugnis voraussichtlich militärtauglich sind, noch nicht gedient haben und sich verpflichten, am 1. Oktober 1913 in die Fliegertruppe zur Ableistung ihrer Dienstpflicht einzutreten; zwei Herren im Alter bis zu 35 Jahren, die in ihrem militärischen Verhältnisse Gefreite, Unteroffiziere, Reserveoffizieraspiranten oder dergleichen sind und sich zur Ableistung von je 2 dreiwöchigen Übungen bei der Fliegertruppe in den nächsten zwei Jahren verpflichten. — Sobald einer dieser Schüler das Feldpilotenexamen besteht, erhält die Fabrik 8000 M. ausgezahlt.

Wenn die sämtlichen Flugpiloten ihre Vehrzeit überleben und sich sonst als tauglich erweisen, könnte unserem Luftmilitarismus damit bis zum 1. Oktober ein Freiwilligenkorps von 100 Fliegern zuwachsen.

Späte Erkenntnis.

Das „Berliner Tageblatt“ stellt dem national-liberalen Parteitag in Hannover folgende Zensur aus:

„Es kann gar keinem Zweifel unterliegen: die preussische Landespartei wird völlig beherrscht von Führern altnational-liberalen Geistes. Die Partei marschiert zum Wahlschlusse mit fliegenden Fahnen ins Lager der Reaktion — was sie natürlich nicht hindert, sich vom Fortschritt die linke Flanke decken zu lassen. Nachdem der Altnationalliberalismus im Lande Preußen einen so vollständigen Sieg errungen hat, daß sogar jungliberale Führer mit hörbarem Ruck umfallen, wird man auf die schönen Worte vom ersten Tage gewiß keine allzu großen Hoffnungen setzen. Die Tagung von Hannover hat den bündigen Beweis erbracht, daß sich die ehemals liberale Partei innerlich in völliger Auflösung befindet, und daß die Drahtzieher in Preußen auf das, was man einst die „Richtung Wassermann“ nennen konnte, nicht die geringste Rücksicht mehr nehmen.“

Schade, daß diese Einsicht des „Berl. Tagebl.“ so spät kommt. Was vom preussischen Nationalliberalismus zu erwarten war, hätte dem Freisinn nach den parlamentarischen Taten der jungen Leute des Freiherrn v. Jedlig, besonders nach ihrer Stellung zur Wahlreform, von vornherein nicht schleierhaft sein können. Trotzdem schloß der Freisinn nicht nur kein Wahlbündnis mit diesem fanatischen Segner einer wirklichen Wahlreform ab, sondern er lieferte sich sogar mit gebundenen Händen dem „altnational-liberalen Geheimklub“ aus. Warum hat denn das Moskelleb nicht schon damals mit gebotener Rücksichtslosigkeit gegen diese schmachtvolle Rollenrolle der Fortschrittspartei protestiert? Etwa um nicht zu verraten, daß es trotz seiner Viertelmillion Leser weniger Einfluss hat, als die unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinende Notizensammlung, die sich „Freisinnige Zeitung“ nennt?

Beamtenaufbesserung und Volksschulreform in Lippe.

Dem Lippeischen Landtag ist eine Gehaltsvorlage für Staatsbeamte und Volksschullehrer zugegangen. Die Gehälter der Staatsbeamten sollen um 10 bis 50 Proz., die der Volksschullehrer um 25 Proz. erhöht werden. — Der Entwurf des neuen Volksschulgesetzes hält sich im wesentlichen an die im Jahre 1908, vor dem Scheitern des damaligen Entwurfes, vom Landtag gefassten Beschlüsse. Die Staatsaufsicht über die Schule wird im Gesetz festgelegt. Die Kreisschulinspektoren sollen den Reiben der Volksschullehrer entnommen werden. Die Höchstzahl der auf einen Lehrer entfallenden Schüler wird von 120 auf 100 herabgesetzt. Die geistliche Volksschulaufsicht wird beseitigt; die kirchliche Aufsicht erstreckt sich nur noch auf den Religionsunterricht. Weibliche Lehrkräfte werden künftig zugelassen. Die Schulpflicht wird von sieben auf acht Jahre ausgedehnt.

Das Gesetz enthält ferner verschiedene Bestimmungen über Ausbau und Beschaffenheit der Schulhäuser.

Simon Kopper tot.

Das Gouvernement von Deutsch-Südwestafrika gibt bekannt, daß Simon Kopper am 31. Januar d. J. auf seinem Wohnsitz in

Beisuanaland gestorben ist. Die Leiche ist dem Gouvernement amtlich von dem High Commissioner von Südafrika zugegangen.

Der alte Dottenottenshäuptling hat ein Alter von etwa 70 Jahren erreicht. Seitdem er infolge des Ausflandes vom deutschen Boden verdrängt war, lebte er mit den ihm treu gebliebenen Dottenottens unter englischer Schutze in der Kalahari.

Oesterreich.

Krawalle im niederösterreichischen Landtag.

Der niederösterreichische Landtag wird von den Christlich-sozialen infolge des schlechten Wahlrechts vollkommen beherrscht. Es gehört ihm nur eine kleine sozialdemokratische Opposition an, deren Stellung man ganz gut mit der der „Roten Sech“ im preussischen Landtag vergleichen kann. In den letzten Tagen kam es, wie schon öfter vorher, zu großen Ständalzen. Die Christlich-sozialen hatten nämlich die Gehälter des Landmarschalls (Landtagsvorsitzenden) und der Landesauschüsse, die eine Art Landesminister darstellen, um je 6000 Kronen erhöht, dies jedoch durch einfache Erhöhung der betreffenden Etschüttel besorgt, ohne den hierzu notwendigen Landtagsbeschluss eingeholen, Nicht genug damit schritten sie unseren Genossen die Einzahlungen ab, Abänderungsanträge zu stellen, und der Landmarschall Prinz Liechtenstein führte selbst den Vorsitz, obgleich es sich doch um seine höchst persönliche Angelegenheit handelte. Das führte zu einer scharfen Brandmarlung der ganzen christlichsozialen Verwaltung durch unsere Genossen und zu wüsten Reden und Schimpfzügen, so daß schließlich selbst der milde christlichsoziale Dr. Heitinger den Landtag zum Schluß mit einer — Brandweinbude verglich. Das war das Ergebnis der Debatte!

Schweden.

Die „Pensionsversicherungsfrage“ im Reichstage.

Stockholm, 3. April. (Sig. Ber.) Die Regierung hat nunmehr die Vorlage betreffend „Pensionsversicherung“ dem Reichstage unterbreitet, nachdem die verschiedenen beherrschenden Interessentkreise (Gemeinden und Kreisvorstände, Reichsversicherungsanstalt und Sozialdepartement) sich zu dem Entwurf der Kommission haben äußern können. Große Änderungen sind nicht vorgenommen worden. Es bleibt bei einer organisierten Armenpflege, die teils hinter den bisherigen Leistungen zurückbleiben, teils auch den reaktionären Umwandlungen der Armenpflegeinteressen Rechnung tragen wird. So sind gewisse Klauseln über die Würde der Renteneinnehmer beziehungsweise ihre Fähigkeit, die horrenden „Pensionen“ in würdiger Weise zu berechnen, eingeflochten. Eine Konzeption ist allerdings dem Genossen Branding gemacht worden, dessen Wünsche auf Rentengewährung an Witwen und Waisen und eine Verschärfung der jetzigen Invaliden wenigstens zum Teil der Regierung beachtenswert erschienen. Dagegen bleiben alle Unzulänglichkeiten und reaktionären Bestimmungen des Kommissionsentwurfs bestehen, die Aufgaben, vorzeitiger Invalidität vorzubeugen, unberücksichtigt, die leistungsfähigen Schulkern, die 6000 Kronen und mehr befragen, werden von der Versicherung, d. h. Beitragszahlung, ausgeschlossen usw. Die Einteilung in drei Klassen und die Bevorzugung der zwei höheren Klassen werden unberührt gelassen. Dagegen ist den Frauen eine Apozession gemacht worden.

Das Sozialdepartement bzw. wie es damals noch hieß, die Arbeitsstatistische Abteilung des Kommerzkollegiums hat in scharf pointierter Weise die Notwendigkeit der Invalidität vorbeugenden Maßnahmen betont und die Opposition in Arbeiterkreisen, die gegen den ganzen Entwurf sehr scharf hervorgetreten ist, hat ebenfalls diese Auffassung vertreten. Allein die Regierung hat auf diese Wünsche der wirklich Sachverständigen (Arbeitsstatistisches Amt) und der wirklichen Interessenten (die Arbeiter) keine Rücksicht genommen. Ihr genägte offenbar, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter in einem schwedischen Parteiorgan erklärte, invalitätsvorbeugende Maßnahmen könnten mit dem Entwurf nicht verbunden werden, weil es sich um eine Versicherung des „ganzen Volkes“, nicht um eine Lohnarbeiterversicherung handelt. Die Lohnarbeiterklasse, die auch in Schweden die zahlreichste Klasse ist, hat natürlich keine Ursache, die Prinzipien der modernen Sozialversicherung verwässern zu lassen, nur weil es den herrschenden Klassen in den Sinn fällt, mit dem Begriff „Volk“ hat Arbeiterversicherung Schindluder zu spielen. Jedenfalls ist es eine ganz neue Spielerei sozialdemokratischer Arbeitervertreter, die offenkundig Interessen der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitermassen in den Wind schlagen, nur um das „ganze Volk“ verschleiern zu können. Hinlänglich ist auch der Einwand, die vorbeugenden Maßnahmen gehören zum Gebiet der Krankenversicherung und haben in der Invalidentversicherung nichts zu suchen. Dieser Einwand zeugt nur von der Verbländnislosigkeit seiner Verfasser.

Die Vorlage hat im Reichstage bereits die erste Lesung passiert, sie wurde einer besonderen Kommission überwiesen.

Die Opposition fordert Aufschub um ein Jahr, damit das ganze Projekt umgearbeitet und verbessert werden kann. Die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion ist noch unbekannt. Bei der ersten Lesung sprachen mehrere Genossen aneinander vorbei.

China.

Die Eröffnung des Parlaments.

Am 8. April tritt das erste Parlament der chinesischen Republik zusammen. Seine erste Aufgabe wird die Ratifizierung der Verfassung und im Anschluß daran die Wahl des Präsidenten sein. Könnte man nach dem Stärkeverhältnis der Parteien die Stellungnahme des Parlaments beurteilen, so würde der Grundton der neuen Verfassung Volksherrschaft im Reich, in Provinz und Gemeinde sein, und an Stelle des konservativen Quanshilais würde ein Mann von liberaler Anschauung treten. Allein bei der Entscheidung dieser Frage werden politische Erwägungen eine wichtigere Rolle spielen als die Mandatzahl der Parteien.

In den beiden Häusern des Parlaments werden sich zwei Richtungen gegenüberstellen: der Sunghotang und der Komingtang. Der erstere ist die Partei der „gloriosen Restauration“, der andere die der Nationalisten; im Sunghotang ist das konservative Element vereinigt, dessen Ziel Verhärtung der Macht der Zentralregierung und des Präsidenten ist, während bei den Nationalisten das liberal gestimmte Element herrscht, das ein parlamentarisches Regime und weitestgehende Selbstverwaltung der Provinzen und Gemeinden anstrebt. Die Nationalisten, deren geistiges Haupt Sunhsien ist, haben nichts gegen Quanshilai als zukünftigen Präsidenten, aber sie sind entschlossen, seine Nachbegernisse verfassungsrechtlich so weit einzuschränken, daß die Oberherrschaft des Parlaments gewahrt bleibt. Das aber ist es gerade, was Quanshilai um jeden Preis zu verhindern trachtet. Bei dieser Sache werden sich die Geister messen, und von ihrer Entscheidung wird sehr viel für das parlamentarische Regime, wenn nicht auch für den inneren Frieden Chinas abhängen.

Die Nationalisten verfügen in beiden Häusern des zukünftigen Parlaments über eine starke Mehrheit. Von den 506 Sitzen der Zweiten Kammer besitzen sie 368. Es diese Zahl nicht durch die nächsten Kämpfe im Parlament vermindert werden wird, ist freilich eine andere Frage. Das politische Leben der Republik ist noch viel zu jung und zu unentwickelt, als daß sich die Parteien sofort absondern und innerlich festigen hätten können.

Mit dem 8. April beginnt für das chinesische Volk eine neue Epoche. Sein erstes Parlament hat Aufgaben von beispielloser Größe und Vielseitigkeit zu erfüllen. Es wird von den Hoffnungen der 40 Millionen Wähler, nein, von der ganzen chinesischen Rasse begleitet.

Gewerkschaftliches.

Die Bilanz der Streikjustiz im Ruhrgebiet.

Es ist noch in aller Erinnerung, welche drakonische Urteile gegen die streikenden Bergleute beim letzten großen Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet gefällt worden sind. Scharfe Urteile gegen die um ihre Existenz ringenden Arbeiter sind in Preußen-Deutschland nichts Seltenes, eine Streikjustiz in diesem Umfange, in dieser Eile, in dieser Rücksichtslosigkeit, in dieser Härte des Strafmaßes haben wir aber selbst bei uns noch nicht erlebt. Bereits am 1. April 1912 meldete das Telegraphenbureau Hirsch, daß im Ruhrgebiet insgesamt 1500 Anträge wegen Streikvergehen anhängig gemacht worden seien. Diese Zahl ist später noch überschritten worden, denn nach einer Mitteilung, welche Minister Delbrück im Reichstage machte, sind über 2000 Streikdelikte im Ruhrgebiet gerichtlich verfolgt worden.

Soeben veröffentlicht der Bergarbeiterverband ein kleines Schriftchen, in welchem er alle diejenigen Strafverfolgungen zusammenstellt, in welchem der Verband Rechtshilfe gegeben hat. Wir entnehmen daraus das folgende:

Es haben vom Verbands 1380 Personen Rechtshilfe in Streifachen erhalten. Davon waren 930 Mitglieder des Verbandes und 450 Frauen oder Töchter von Verbandsmitgliedern. Der Ausgang dieser Streifprozeße ist bekannt in 1206 Fällen, unbekannt in 174 Fällen. In den bezüglich ihres Ausgangs bekannten Fällen sind 299 Männer und 81 Frauen zu Gefängnisstrafen und 274 Männer und 148 Frauen zu Geldstrafen verurteilt worden. 280 Männer und 92 Frauen mußten freigesprochen und in 29 Fällen mußte das Verfahren eingestellt werden. Es wurden verhängt an Gefängnisstrafen an Männer insgesamt 28 Jahre, 3 Monate und 2 Wochen. Ueber Frauen 2 Jahre, 8 Monate, 2 Wochen und 4 Tage; zusammen 30 Jahre, 11 Monate, 4 Wochen und 4 Tage.

Geldstrafen wurden verhängt über Männer 10 601 M., über Frauen 5744 M., zusammen 16 345 M. In einzelnen betrug die Gefängnisstrafe: bei Männern mehr als ein Jahr in 4 Fällen, mehr als ein Monat in 70 Fällen, mehr als eine Woche in 177 Fällen und weniger als eine Woche in 48 Fällen. Bei Frauen: Mehr als einen Monat in 5, mehr als eine Woche in 54, weniger als eine Woche in 25 Fällen.

Die durchschnittliche Höhe der Geldstrafen betrug bei Männern 38,60, bei Frauen 38,80 M. Die durchschnittliche Höhe dieser Geldstrafen läßt erkennen, daß unverhältnismäßig hohe Geldstrafen verhängt worden sind. Einzelne Strafen gehen hinaus auf 150 M., und wofür? Für ein „Pfeil“ oder für den Ruf „Streikbrecher!“. Auf die 1206 Fälle, bei denen der Ausgang des Prozesses bekannt ist, entfallen 372 Freisprechungen. In 29 Fällen wurde das Verfahren eingestellt, das sind insgesamt 401 Fälle oder 32 Proz., also fast ein Drittel aller Fälle. Diese Tatsache zeigt, wie leicht Anträge gegen Streikende zustande gekommen sind.

Auf die einzelnen Fälle hier einzugehen, erübrigt sich; wir haben seinerzeit ausführlich über die Streikprozesse berichtet. Aber eins möchten wir nochmals in die Erinnerung zurufen. Die Streikjustiz hat sich damit ein ganz besonderes Denkmal errichtet, daß sie „Sünden“ gegen den heiligen Profit und dessen „nützlichste Elemente“, die Streikbrecher, nicht nur an den sündigen Vätern und Müttern gerochen hat, sondern auch an deren Kindern. Nicht nur, daß die Kinder darunter mitleiden, wenn man ihre Väter und Mütter ins Gefängnis schiebt, oder wenn diese hohe Geldstrafen zu zahlen hatten, nein, die Streikjustiz hat unschuldige Kinder ins Gefängnis gesteckt, die noch keine Streikfunde gegen den heiligen Profit begehren konnten. Wenn zu Gefängnisstrafen verurteilte Frauen Säuglinge hatten, die mit Gefährdung ihrer Gesundheit und ihres Lebens von der Mutter nicht getrennt werden konnten, so schickte man sie kurzerhand mit ins Gefängnis! „Der Strafausschub ist unvereinbar mit dem Strafzweck“, dieser staatsanwaltschaftliche Bescheid ist einer Mutter geworden, deren Herz sich zusammenkrämpfte bei dem Gedanken, ihr Kind mit ins Gefängnis zu nehmen und die darum um Aufschub nachgedacht hatte. Es half ihr nichts, sie mußte samt ihrem Kinde ins Gefängnis.

Berlin und Umgegend.

Sackpeter und Polizei.

Wie schon kurz mitgeteilt, streifen die Kellner des „Original-Sackpeter“, Münzstraße (Inhaber Martin), nachdem längere Zeit zwischen diesem und dem Verband der Gastwirtsgehilfen Verhandlungen gepflogen worden waren zwecks Verlängerung des bis dahin bestehenden Tarifs sowie Erhöhung des Kellnerlohnes um 30 Pf. pro Tag.

Herr Martin lehnte indes nicht nur die geforderte Gehaltsaufbesserung ab, sondern weigerte sich auch, die Organisation der Gehilfen als deren Interessensvertretung anzuerkennen. Wohl deshalb, weil Herr Martin dem „Interessenverbande der Gastwirte“ angehört, der seinen Mitgliedern den Abschluß von Tarifverträgen verbietet. Zu gleicher Zeit mahregelte der Herr den Vertrauensmann der Kellner und stellte an dessen Stelle einen nicht organisierten Kellner ein.

Als alle Bemühungen, die Differenzen friedlich zu erledigen, von Herrn Martin glattweg abgelehnt wurden, blieb den dort beschäftigten Gehilfen weiter nichts übrig, als bis zur Klärung der Angelegenheit die Arbeit einzustellen. Der Streik brachte es mit sich, daß der „Original-Sackpeter“ am Sonnabend seine Pforten geschlossen hielt. Am Sonntag aber trat der Gelbe Verein aus der Landberger Str. 80 als Retter in der Not auf und stellte sein gelbes Arbeitsmaterial Herrn Martin zur Verfügung. Gleichzeitig erschien auch die Polizei auf dem Platze und trotz die weitgehendsten „Sicherheitsmaßnahmen“ zum Schutze der gelben Staatsdiener. Und was Jagow-Truppen tun, das tun sie gründlich. Von mehreren Reiteren trafen gleichzeitig Mannschaften in großer Anzahl ein. In Uniform und Zivil halten sie die Gegend um das Sackpeterlokal besetzt und wachen mit unerschütterlicher Strenge ihres Amtes. Wer noch nicht wußte, daß im „Original-Sackpeter“ gestreikt wird, dem wurde es durch die aufsehenerregenden Maßnahmen der Polizei ohne weiteres klar. Neue aber aus dem Publikum, die es wagen, etwa eine humoristische Bemerkung dem Gehege ihrer Zähne entlocken zu lassen, lernen einmal die ganze Furcht unserer Sicherheitsbehörde kennen — sofern sie dieselbe nicht schon bei früheren Gelegenheiten verspürt haben sollten. Am schlimmsten jedoch ergeht es den Flugblattverkäufern, die weiter nichts tun, als das, was jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter tun muß, nämlich sein Koalitionsrecht ausüben. Einzelne wurden gefaßt und an beiden Händen gefesselt, abgeführt.

Auch am Montag ereigneten sich wieder dieselben Szenen. Wenn es nicht zu blutigen Zusammenstößen kam, so lag das wahrlich nicht an der Polizei. Ein Streit, der in dem Lokal zwischen den arbeitswilligen Kellnern und Wägen entstand war, veran-

laßte die latentdürstigen Gesehächter, das Lokal zu „säubern“. Natürlich lockte dieser Vorgang auf der belebten Straße eine große Menge Neugieriger an, die sich aber bald wieder verließ, nachdem die Polizei das Schwert in die Scheide gesteckt hatte. Nichtdeftoweniger wurden dann aber noch einige Leute, die an der Haltestelle der Straßenbahn warteten, arretiert. Etwas weniger Aufgeregtheit der Polizei wäre auch hier sehr zu wünschen.

Zur weiteren Sicherung sitzen in dem Lokale des Herrn Martin an den Tischen verstreut Kriminalbeamte, um nötigenfalls in Funktion zu treten. Herr Martin soll übrigens erklärt haben: „Mit den roten Hunden will ich nichts zu tun haben, die brauchen mein Lokal nicht zu betreten.“

Parteigenossen, Wandrer! In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Agenten und Reisende der Zigarrenbranche das Publikum mit falschen und nachgemachten der grünen Plakate irreführen suchen. Laßt Euch nicht täuschen! Nur dort lauft Zigarren, wo die grünen Plakate, unterschrieben Alwin Schulze, aushängen oder vorgelesen werden können. Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Achtung, Friseurgehilfen! Den Lohnforderungen der Gehilfen ist in allen Zünften abweisender Bescheid zu geben, lautet der Bundesbescheid der Zünfte. Diesen Bescheid führen aber nicht bloß Zünfte, sondern auch Arbeitgeber durch, die der Zunft nicht angehören. Insbesondere ist das Verlangen der Gehilfen nach geregelter Arbeitszeit, welches den größten Widerspruch findet. Das Festhalten an den tariflichen Abmachungen ist daher vornehmste Pflicht aller Kollegen. Als Ausweis geregelter Arbeitsverhältnisse des Betriebes gilt nur die graue Kontrollkarte. Aufgelöst ist das Tarifverhältnis bei Köhler, Rögner Str. 16; Schönte, Gormannstr. 12. Bewilligt haben: Padke, Rögner Str. 25; Lorbeer, Gormannstr. 25; Amboss, Gubener Str. 3; Grundmann, Sonnenburger Str. 27. Verband der Friseurgehilfen.

Tarifbewegung der Rohrleger und Helfer.

Zu dem von uns in Nr. 78 gebrachten Versammlungsbericht der Rohrleger und Helfer geht uns folgende Berichtigung zu: Der Vorstand des Ortsvereins Berlin und Umgegend des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes hatte es entgegen der statutarischen Vorschrift — § 8 des Streikreglements — unterlassen, den Verbandsvorstand von dem Stande der Tarifverhandlungen in Kenntnis zu setzen. Der Verbandsvorstand ist verpflichtet, die Einhaltung der statutarischen Bestimmungen zu überwachen — § 16, Absatz 5 des Verbandsstatuts.

Da uns nur noch 12 Tage vom Ablauf des Tarifvertrages trennten, sah der Verbandsvorstand einstimmig den Bescheid, daß ich bei den Herren Obermeister Grün und Kamlau Erläuterungen über den Stand der Tarifverhandlungen einziehen sollte. Gemäß diesem Beschlusse hatte ich am 20. März mit den Herren Grün und Kamlau eine Rücksprache. Diese hatte keinerlei Verhandlung sachlicher Art zum Gegenstande, sondern beschränkte sich lediglich darauf, daß mir die Herren Grün und Kamlau über den Stand der Tarifverhandlungen Auskunft gaben. Den Inhalt der Unterredung teilte ich dem Verbandsvorstande mit.

Berlin, den 7. April 1912.
Carl Diesenthal.

Deutsches Reich.

Der Metallarbeiterverband im Jahre 1912.

Wie die bereits veröffentlichten Abrechnungen der übrigen Gewerkschaften, so erbringt auch die des Metallarbeiterverbandes erneut den Beweis von der eminenten Leistungsfähigkeit unserer Zentralverbände und ihrer Unentbehrlichkeit im gesteigerten Existenzkampf der Arbeiterklasse. Die Sprache der Zahlen zeigt uns eine geradezu glänzende Entwicklung des Verbandes im Jahre 1912.

Der Verband zählte bei 182 558 Beitritten 561 547 Mitglieder am Jahresabschluss (515 145 im Jahre 1911), das ist eine Zunahme von 46 402. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß im Jahre 1912 der Uebertritt des Schmiedeverbandes zum Metallarbeiterverbande erfolgte. Die Zahl dieser Uebergetretenen wird nach einer vorläufigen Zusammenstellung in Nr. 2 der „Metallarbeiterzeitung“ auf 14 875 angegeben. Die wirkliche Mitgliederzunahme des Metallarbeiterverbandes beträgt nach Abzug der Schmiede 31 527.

Die buchmäßige Gesamteinnahme und -ausgabe, also einschließlich des Kassenbestandes und der durchlaufenden Posten belief sich auf 18 694 111 M. Die Reineinnahme beträgt 17 934 098 M. (15 276 320 M. im Vorjahr), der eine Gesamtausgabe von 12 502 075 M. bei einem Vermögensbestand von 11 370 379 M. (6 360 419 M.) gegenübersteht. Der Vermögenszuwachs beträgt 5 009 960 M. Damit hat sich der Verband zu einem gewerkschaftlichen Großbetrieb sowohl im Hinblick auf die Zahl der ihm angehörigen Metallarbeiter wie auch in bezug auf den Geschäftsumsatz, die Inangriffnahme und Durchführung gewerkschaftlicher Aufgaben entwickelt. Im einzelnen wurden verausgabt für:

	1912	1911	+ mehr - weniger
Reisegeld	344 246	300 049	+ 34 596
Umzugsunterstützung	140 831	124 288	+ 16 562
Arbeitslosenunterstützung	1 690 529	1 468 324	+ 222 205
Krankentätigkeit	3 495 106	3 189 848	+ 295 658
Maßregelungsunterstützung	177 294	100 974	+ 76 320
Kostalunterstützung	70 871	64 120	+ 6 751
Sterbegeld	127 244	104 044	+ 23 200
Rechtshilfe	68 135	79 395	- 11 260
Streikunterstützung	2 342 257	4 247 067	- 1 905 411
Verbandsorgan, Bildungszwecke	438 821	408 256	+ 30 564
Agitation und Information	250 101	292 249	- 42 148
Hauptverwaltung	264 294	251 828	+ 12 466
Konferenzen	2 177	63 900	- 61 723
Für ausgesperrte Tabakarbeiter	43 173	21 500	+ 21 673
Steuern	21 224	13 818	+ 7 406
Sonstige Ausgaben (General-Kommission, internationale Verbindungen, Bureaueinrichtung, Versicherungsfonds etc.)	191 199	123 510	+ 67 689

Den Verwaltungskosten verblieb als Anteil an den Beiträgen die statliche Summe von 2 659 573 M. Hierbon sowie aus den Einnahmen von lokalen Extrabeiträgen bestreiten die Verwaltungsstellen ihre Verwaltungsausgaben, leisten aber nebenher aus diesen Mitteln noch beträchtliche Unterstützungen. Die Abrechnung der Lokalkassen, die 1911 eine Reineinnahme von 2 704 002 M. ergab und mit einem Vermögensbestand von 3 868 323 M. abschloß, liegt noch nicht vor. Auf Grund des günstigen Abflusses der Hauptkasse kann angenommen werden, daß die Rechnungsergebnisse der Lokalkassen nicht hinter dem Jahre 1911 zurückbleiben werden.

Besonders erfreulich ist an der Abrechnung, auch für die übrige Arbeiterklasse, die finanzielle Erhaltung der Organisation der Metallarbeiter. Sie war nötig! Stellt doch die feste Kampfbereitschaft angesichts der Entwicklung der Unternehmerverbände und deren Ausperrungsgelüste hohe Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes. Hingzu kommt, daß namentlich die Erwerbslosenunterstützung steigend große Mittel beansprucht. Hierfür allein sind für die Zeiten wiederkehrender Krisen beträchtliche Reserven erforderlich. Diesen Reserven- und Kampffonds zu erhalten und zu stärken muß das Ziel einer vorzüglichen Finanz- und Unterhaltungs-politik in allen Gewerkschaften sein. Die „Metallarbeiterzeitung“ hat sicherlich recht, wenn sie die Vermögensentwicklung des Verbandes wie folgt bespricht:

„Es wäre nur wünschenswert, wenn sich eine solche Stärkung des Vermögens noch längere Zeit durchführen ließe. Je besser wir gerüstet sind, desto weniger brauchen wir die Ausperrungsandrohungen zu fürchten, desto erfolgreicher kann unser Verband die Interessen seiner Mitglieder vertreten und desto weniger wird er genötigt sein, zum äußersten Kampfmittel, zur Arbeitsentziehung, zu greifen.“

Der Streik in der Pommerischen Eisengießerei und Maschinenfabrik ist für den Straßener Betrieb beendet. Es wurde eine allgemeine Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde bewilligt, die ungenügenden Akkordpreise sollen eine Aufbesserung erfahren, auch einige weitere Wünsche der Arbeiter sind berücksichtigt worden. Die Sperre über Straßand ist aufgehoben worden.

In Paris haben die Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen seit Beginn des Ausstandes noch nicht stattgefunden. — Der Zug nach dort ist noch fernzuhalten.

Streik der Bäcker und Konditoren in München.

Schon seit dem Jahre 1902 besteht mit dem Bäckerverbände und der Bäckerinnung in München ein Tarifvertrag, der zuletzt 1909 auf vier Jahre erneuert wurde und jetzt am 1. April d. J. abläuft. Die Gehilfen, die zu über 90 Proz. organisiert sind, stellen in der neuen Tarifvorlage neben durchschnittlich 2 M. Lohnforderung pro Woche auch den wöchentlichen Ruhetag als ihre hauptsächlichste Forderung mit auf. In vier Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Generoberichtes kam es zu keiner Einigung zwischen den Parteien, so daß ein Schiedspruch gefällt wurde, der in der Hauptsache bestimmte: Einen Ruhetag in jeder Woche in allen Betrieben mit vier und mehr Gehilfen, in den kleinen Betrieben zunächst auf zwei Jahre alle 14 Tage, dann ein Jahr alle 10 Tage und schließlich im vierten Tarifjahre jede Woche. Ferner eine sofortige Lohnhöhung von 1 M. wöchentlich, nach zwei Jahren eine weitere von 50 Pf.

Diesem Schiedspruch lehnten die Versammlungen der organisierten Bäcker und Konditoren einstimmig ab, weil er besonders in der Lohnfrage ein viel zu winziges Entgegenkommen zeigte. Einstimmig wurde in beiden Versammlungen der Streik beschlossen, der am 5. April zum Ausdruck kam. In den geregelten Großbetrieben konnten sofort 300 Bäcker und Konditoren zu neuen Bedingungen weiter arbeiten, während 1340 Bäcker und Konditoren im Streik stehen. Der Streik ist also ein allgemeiner. Es handelt sich dabei um die Erläuterung des wöchentlichen Ruhetages in allen Betrieben und um die geforderte Lohnhöhung von 1,25 M. jetzt und nach zwei Jahren weiteren 1,50 M. pro Woche. Zugunsten von Bäckern und Konditoren ist von München fernzuhalten!

Hustand.

Achtung, Fliesenleger und Töpfer!

In der Schweiz sind Differenzen mit den Unternehmern im Plattenlegergewerbe ausgebrochen. Der bisherige Tarifvertrag ist am 31. März abgelaufen, ohne daß es gelang, mit den Unternehmern eine Einigung herbeizuführen, und zwar deshalb nicht, weil die Unternehmer die Akkordarbeit einführen wollen.

Da die Schweizer Organisation die Akkordarbeit ablehnt, versuchen nun die Unternehmer, von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen, damit sie die einheimischen Arbeiter entlassen können. Dies sind nicht nur Vermutungen unsererseits, sondern wir haben bereits konstatieren können, daß zureichende Fliesenleger (Mitglieder des Schweizerischen Töpferverbandes) eingestellt wurden und dafür bester Fliesenleger entlassen wurden. Daß unter solchen Umständen die Organisation darauf dringt, daß die zugereisten Kollegen wieder abreisen müssen, ist wohl selbstverständlich. Es liegt also wohl im Interesse der Kollegen, die Plattenlegerschaft in der Schweiz zu meiden, um so mehr, als es von einem Tage zum anderen zum Streik kommen kann.

Ueber den Verlauf der Bewegung werden wir periodisch berichten, dürfen aber wohl erwarten, daß vor Beendigung des Konfliktes kein Fliesenleger oder Töpfer Arbeit in der Schweiz annimmt. Der Kampf gilt dem schlimmsten Ausbeutungssystem, der Akkordarbeit.

Arbeiterfreundliche Blätter sind um Nachdruck gebeten. Ganz besonders aber eruchen wir die Organisationsleitungen, unsere Mitteilungen in den Versammlungen bekannt zu geben.
Schweizerischer Bauarbeiterverband.

Letzte Nachrichten.

Serrurteile Abgeordnete.

Budapest, 7. April. In dem Prozeß gegen die gewesenen Abgeordneten, die gegen den Ministerpräsidenten und den Ackerbau-minister Tintenfasser und andere Gegenstände geschleudert hatten, wurde Zafarics zu 30 Tagen Gefängnis und 500 Kronen Geldstrafe, Hoffmann und Deß zu 15 Tagen Gefängnis und 300 Kronen Geldstrafe verurteilt. Vier andere Angeklagte wurden freigesprochen. Die Verteidiger und der Staatsanwalt haben Berufung eingelegt.

Neue Kämpfe zwischen Serben und Türken.

Belgrad, 7. April. (B. T. V.) (Von antilich serbischer Seite.) Zwischen serbischen und türkischen Truppen haben neue Kämpfe stattgefunden. Es handelt sich dabei um türkische Truppen Djahid Paschas. Der Kampf fand bei Klusme statt. Die Türken waren acht Bataillone, vier Geschütze, drei Maschinengewehre und einige Kavallerie hat. Nach einem sehr heftigen Kampfe flohen die Türken in Unordnung in der Richtung auf Fijeri. Die serbischen Truppen besetzten Klusme und nahmen mehr als tausend Soldaten und 18 Offiziere gefangen. Im Hospital fanden sie noch sieben Offiziere, etwa 60 Verwaltungsbeamte und 500 kranke türkische Soldaten vor. Die Bevölkerung begrüßte die serbischen Truppen mit großer Begeisterung. Der Gesundheitszustand der serbischen Truppen ist sehr gut.

Unruhen und kein Ende.

Paris, 7. April. Wie aus Utschda gemeldet wird, wurde dieser Tage eine französische Truppenabteilung in der Nähe von Baharidscha von berittenen Uarain angegriffen. Die Angreifer mußten sich nach kurzem Kampfe zurückziehen. Die Haltung der Beni Uarain läßt befürchten, daß der Kampf nach Tozza mit mancherlei Schwierigkeiten verbunden sein wird.

Nach einer Meldung aus dem Südsibirien soll der Präsident El Sibä abermals einige tausend Anhänger um sich geschart haben und weitere Verstärkungen von den Stämmen in der Gegend des Rumpfusses erwarten.

Ein deutscher Biermeister gefentert.

Zu dieser von uns an anderer Stelle gebrachten Notiz geht uns noch folgendes spätere Telegramm zu, worin die Zahl der Ertrunkenen etwas niedriger angegeben wird.

Bay City (Oregon), 7. April. (B. T. V.) Beim Kentern des Portlander Biermeisters „Mimi“ bei Astoria sind 18 Mann ertrunken. Nachdem die Rettungsmannschaft der Station Carlhaldt fast 24 Stunden vergeblich gegen den heftigen Sturm angekämpft hatte, gelang es ihr heute früh 5 Uhr, den Kapitän Westphal, den Kapitän Fisher, den Präsidenten der Portland Engineering Corporation und zwei Matrosen zu retten.

Die Wehrvorlage im Reichstage.

133. Sitzung. Montag, den 7. April 1913, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann Hollweg, v. See- ringen, v. Jagow, Kühn, Kraetzel, Delbrück, Solf.

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg:

Die Ihnen zur Annahme unterbreitete Wehrvorlage fordert die Verstärkung unserer Wehrmacht, welche nach dem einmütigen Urteile unserer militärischen Autoritäten notwendig ist, um die Zukunft Deutschlands zu sichern. Wir müssen gegenwärtig die Wehrfähigkeit unserer Bevölkerung nicht voll aus. Rund 280 000 Reservisten stellen wir jährlich ein, aber die militärtaugliche junge Mannschaft ist so stark, daß wir jährlich einige 80 000 Mann mehr einstellen können. Trotz der Verstärkungen, die wir periodisch und noch im vorigen Jahre vorgenommen haben, hat die Entwicklung unseres Heeres mit dem Wachstum der Bevölkerung nicht gleichen Schritt gehalten. Sollte uns jetzt

ein Krieg ausgenötigt

werden, so können und werden wir ihn schlagen in sicherem Vertrauen auf die Tüchtigkeit und Tapferkeit unseres Heeres. (Lebhafte Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.) Aber die Frage ist nur die: Können wir uns weiterhin den Luxus gestatten, auf Tausende von ausgebildeten Soldaten zu verzichten, die wir haben könnten, die wir jetzt aber nicht einstellen? (Sehr richtig! rechts.) Kein Mensch weiß, ob und wann uns ein Krieg beschieden sein wird, aber so weit menschliche Voraussicht reicht, wird kein europäischer Krieg entbrennen, in den nicht auch wir verwickelt sein werden, und dann werden wir um unsere Existenz zu kämpfen haben. Wer will die Verantwortung dafür tragen, daß wir bei einem Ringen auf Leben und Tod nicht so stark sind, wie wir stark sein können. (Sehr richtig! bei den bürgerlichen Parteien.) Diese Frage hat sich in den letzten vier Monaten einem jeden mit elementarer Gewalt aufgedrängt.

Von Anfang des Balkankrieges an sind die Großmächte bestrebt gewesen, den Krieg zu isolieren. Keine Großmacht hat an den territorialen Veränderungen auf dem Balkan teilhaben wollen, und doch hat monatelang eine Spannung bestanden, welche die zunächst interessierten Großmächte Oesterreich-Ungarn und Rußland zu außerordentlich militärischen Maßnahmen veranlaßte. Ich will nicht sagen, daß in irgendeinem Augenblick der Krieg unmittelbar vor der Tür gestanden hätte, aber wiederholt hat es den ganzen Verantwortlichkeitsgefühl der zunächst interessierten Kabinette bedurft, um Meinungsverschiedenheiten und Interessengegenstände diejenige Scharfe zu nehmen, welche zu einem gewalttätigen Ausbruch hätten führen können. Europa wird dem englischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Dank wissen für die außerordentliche Hingabe und den Geist der Versöhnlichkeit, mit der er die Londoner Vorkonferenzbesprechungen leitete und immer wieder Gegenstände zu vermitteln verstanden hat. Deutschland nimmt an diesem Dank umso innigeren Anteil, als es sich mit den Zielen der englischen Politik eins weiß und treu zu seinen Bundesgenossen stehend in demselben Sinne gearbeitet hat. (Bravo! bei der Volkspartei.) Sir Edward Grey hat im englischen Unterhause die bisherigen Ergebnisse der Londoner Vorkonferenzbesprechung der Öffentlichkeit bekannt gegeben, auf die sich die Großmächte geeinigt haben.

Jetzt handelt es sich darum, daß die Entschlieungen der Großmächte zur Geltung gebracht werden. Wir sind entschlossen, auf das energischste dabei mitzuwirken. (Bravo!) Nach dem Falle von Adrianopol hätte man annehmen können, daß es bald zum Frieden kommen würde. Das ist aber leider bisher nicht geschehen. Die Türkei hat die ihr von den Großmächten unterbreiteten Vorschläge für den Friedensschluß akzeptiert. Die Antwort der Balkanstaaten ist dagegen erst vorgestern eingegangen.

Diese Antwort interessiert gegenwärtig der Beschlußfassung der Gesamtheit der Großmächte. Ich muß mich daher enthalten, heute näher darauf einzugehen, denn hier, gegenüber dem

herausfordernden Widerstand von Montenegro

(Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) kommt es darauf an, daß das bisherige Zusammenarbeiten der Großmächte auch weiterhin Bestand hält. (Zustimmung.) An der Flottendemonstration nehmen alle Großmächte mit Ausnahme von Rußland teil, das indessen die Flotte an sich inkorporiert hat. Ich wiederhole: die Londoner Beschlüsse müssen inkonkret und mit Nachdruck durchgeführt werden, dann — der Reichskanzler macht eine kurze Pause — wird sich auch für die noch ungelösten Fragen eine friedliche Einigung finden. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Alle diese Vorgänge, die Beschlüsse und die Vorsicht, mit der die Londoner Besprechungen geführt werden, die Haltung, die die Großmächte gegenüber den kriegführenden Staaten und diese gegenüber den Großmächten einnehmen, zeigen doch sehr eindringlich, daß die Ereignisse auf dem Balkan die Beziehungen der Großmächte zu einander nicht nur sehr eng berühren, sondern auch verhängnisvoll stören können. Bis jetzt ist es vor allem die libanische Frage gewesen, die Interessengegenstände zwischen einem Teil der Großmächte hat hervortreten lassen. Für die Zukunft ist es entscheidend, daß an die Stelle der europäischen Türkei mit ihrem passiv gewordenen staatlichen Leben getreten sind, die eine ganz außergewöhnliche aktive Lebenskraft dokumentieren. (Sehr richtig!) Wir alle haben ein Interesse daran, daß sich diese Kraft in der Friedensarbeit ebenso bewährt, wie sie es im Kriege getan hat, und daß die Balkanstaaten einer Epoche langer Friedenszeit entgegengeben, die sie in wirtschaftliche und kulturelle Zusammenhänge mit ihren Nachbarn und der Gesamtheit der europäischen Staaten bringen wird. (Beifall.) Dann werden auch sie ein Faktor des Fortschritts und des europäischen Friedens sein.

Trotzdem bleibt das eine unabweisbar: sollte es einmal zu einer europäischen Konflagration kommen, die das Slaventum in dem Germanentum gegenüberstellt, dann ist es für uns ein Risiko, daß die Stelle im Gegengewicht der Kräfte, die bisher von der europäischen Türkei eingenommen wurde, jetzt zum Teil von slavischen Staaten besetzt ist. Diese Verhältnisse der militärpolitischen Situation auf dem Balkan hat sich vorbereiten. Jetzt, wo sie eingetreten ist, würden wir gewissenlos handeln, wenn wir nicht die Konsequenzen daraus ziehen. (Sehr richtig!) Ich sage dies nicht, weil ich einen Zusammenstoß zwischen dem Slaventum und dem Germanentum für unausbleiblich halte. Manche Publizisten vertreten das Gegenteil und das ist ein gefährliches Unternehmen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Solche Thesen wirken als in die Ohren fallende Schlagwörter suggestiv und dängen den Boden, auf dem mitleidige Volksleidenschaften in die Palme schießen. (Allseitige Zustimmung.)

Mit der Regierung Rußlands, unserem großen slavischen Nachbarn, haben wir in freundschaftlichen Beziehungen. (Beifall rechts.) Ich habe es, seitdem ich im Amt bin, für meine Aufgabe angesehen, mit dem russischen Kabinett offene und vertrauensvolle Beziehungen zu unterhalten, und aus dem Gang der Geschichte und aus meinen persönlichen Beziehungen zu den Staatsmännern, die nach dem Willen Sr. Majestät des Kaisers Nikolaus die russische Politik in den Bahnen guter Freundschaft erhalten, hab ich den Eindruck gewonnen, daß meine Bestrebungen nicht unerwidert geblieben sind. (Erneuter Beifall rechts.)

Direkte Interessengegenstände zwischen Deutschland und Rußland kenne ich nicht. Deutschland und Rußland können an ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Erflorung arbeiten, ohne sich gegenseitig ins Gehege zu kommen. Die Rassengegensätze allein werden zu keinem Kriege zwischen uns und Rußland führen. (Zustimmung.) Wir jedenfalls werden ihn nicht entfachen und die gegenwärtigen russischen Nachbarn werden es auch nicht tun — das glaube ich nicht! Aber den russischen Staatsmännern ist so gut wie unbekannt, daß die panslawistischen Strömungen, über die schon Bismarck geklagt hat, die schon Bismarck beunruhigten, durch die Siege der Balkanstaaten mächtig gefördert worden sind. Die bulgarischen Siege werden von diesen Kreisen zum Teil als Siege des slavischen Gedankens im Gegensatz zu dem germanischen Gedanken gefeiert. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich brauche nicht auf die erregten Äußerungen hinzuweisen, die zwischen einem Teil der russischen und der österreichisch-ungarischen Presse stattgefunden haben; sie sind allen bekannt. In diesen leidenschaftlichen publizistischen Fäden klingt die Erinnerung an alle Unstimmigkeiten wieder, die seit Jahren das Balkanproblem zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland entzünden ließ. Wir sind bemüht, diese Spannung zu mildern, soweit es möglich ist, aber den Kopf in den Sand stecken, dürfen wir trotzdem nicht. Denn, daß wir unsere Bundesgenossen auch über die diplomatische Vermittlung hinaus gewähren, ist selbstverständlich. (Beifall.) Durch die neue und akute Belebung der Rassengegensätze erhält aber die Verschärfung der militärpolitischen Situation, die durch den Balkankrieg entstanden ist, erhöhte Bedeutung. Wir sind gezwungen, sie in Rechnung zu stellen, wenn wir an die Zukunft denken.

Unsere Beziehungen zur französischen Regierung sind gut. Bismarck hat in seiner großen Rede vom 11. Januar 1887 diese Beziehungen geschildert, wie sie sich im Laufe der Geschichte entwickelt haben und wie sie sich durch den nationalen Charakter der Franzosen gestaltet haben. Er sagte damals, wenn die Franzosen solange Frieden halten wollten, bis wir sie angreifen, wenn wir dessen sicher wären, dann wäre der Friede für immer gesichert. Daran hat sich nichts geändert. Wir haben in diesem 40-jährigen Zeitraum auch in kritischen Momenten der Welt und Frankreich so viel Beweise davon gegeben, daß wir auch mit unserem westlichen Nachbar friedlich leben wollen, daß dieser unser Wunsch durch Worte nicht bekräftigt zu werden braucht. (Sehr richtig!) Im Vergleich zu der Zeit vor 25 Jahren sind, wie ich glaube, die Chancen dafür, daß die Kabinette der Großmächte den Mittelpunkt kriegerischer Aspirationen bilden, nicht gestiegen, sondern gesunken. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Von den Dimensionen eines Weltbrandes, von dem Glend und der Zerstörung, die er über die Völker bringen würde, macht sich kein Mensch eine Vorstellung. Alle bisherigen Kriege werden wahrscheinlich ein Kinderspiel dagegen sein. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Kein verantwortungsvoller Staatsmann wird gegonnen sein, leichtfertig die Punkte an das Pulverfaß zu legen; die Leigung dazu hat abgenommen. Zugewonnen hat aber die Macht der öffentlichen Meinung und innerhalb der öffentlichen Meinung der Druck derjenigen, die sich am lautesten gebärden. Das Pflegen, je demokratischer die Einrichtungen sind, in leidenschaftlich erregten Zeiten nicht Majoritäten, sondern Minoritäten zu sein. (Sehr richtig! rechts.) Das französische Volk, so kriegerisch und tapfer, so stolz auf Ruhm und Ehre, so vaterlandsliebend und opferwillig es ist, in seiner Gesamtheit glaube ich nicht, daß es zum Kriege drängt. Aber für weite Kreise der Franzosen, nicht nur für die Chauvinisten, nein, auch für die Ruhigeren und Ueberlegten, ist eingetreten, was Bismarck befürchtete: man glaubt, uns, wenn nicht überlegen so doch zum mindesten gewachsen zu sein im Vertrauen auf die Größe der eigenen Armee, im Vertrauen auf das Bündnis mit Rußland, vielleicht auch in der Hoffnung auf England.

Das ist die gefährliche Rehrseite des Wiedererstarrens des französischen Nationalempfindens. Die chauvinistischen Elemente zeigen uns die gegen Deutschland gerichtete Spitze zu häufig mit einer gewissen Ostentation. Die französische Armee ist gut, nach militärischem Urteil sehr gut. Sie ist die Hoffnung der Nation. Alle Parteien, das ganze Volk tut ihr zugute, was immer nur möglich ist. Aber jenseits der Vogesen ist eine chauvinistische Literatur entstanden, die, wenn sie gleich mit berechtigtem Stolz von dieser Armee spricht, es tut, um im Vergleich mit der deutschen Armee, unsere Ueberlegenheit in einem zukünftigen Kriege darzulegen. Dem lebhaften französischen Geiste erscheinen die Niederlagen der Türken bei Nikifisse und Lüle Burgas als Niederlagen der Deutschen, als Sieg der französischen Instrukturen gegenüber Deutschland. Der Anschluß der Balkanstaaten und der Anschluß Estons-Vorbringens wird im voraus angenommen. In der Illusion hat Frankreich schon einmal den Krieg gewonnen. Als Bismarck 1887 das Septennat forderte, hatte er die Möglichkeit der Gefahren eines zukünftigen Krieges für Deutschland im wesentlichen nach den Beziehungen Deutschlands zu den anderen Mächten abgeschätzt. Der Dreibund bestand, aber kein Zweibund und keine Triple-Entente. Die Friedensgarantien, die in unserem engen Bündnisse mit Oesterreich-Ungarn und Italien liegen, schätze ich hoch ein. Ueberzeugt vom großen Wert des Dreibundes für die in ihm vereinigten Völker haben wir ihn erneut und er steht so fest zusammen wie je. (Lebhafte Beifall.) Er dient nicht nur den verbündeten Völkern, sondern er dient der Welt. Diese Probe hat er doch wirklich abgelegt. (Sehr richtig.) Trotzdem bleibt Deutschland auch mit dem Dreibund und gerade als die gegen Osten und Westen vorgeschobene Macht des Dreibundes wie kein anderes Land eingeklinkt zwischen der slavischen Welt und den Franzosen. Der Herr Kriegsminister wird in der Kommission detaillierte Angaben über die militärische Stärke unserer Nachbarn machen, nicht als ob unserer Vorlage irgendwie der Gedanke des Wettrennens oder die rage do nombres (Zahlenwut) (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Ihre Heiterkeit beweist mir, daß ich recht habe — zugrunde läge. Diese Vorstellung ist von vornherein abzulehnen. Mit unserem russischen Nachbarn werden wir niemals um die Wette rüsten können. Der russische Jar wird immer sehr viel mehr Soldaten aufstellen können, als wir es je vermögen. Wir sehen für jeden Krieg, in den wir verwickelt werden können, unser Vertrauen auf den Mut und den Geist unserer Nation, wie er sich in unserem Heere verkörpert. Aber wir werden Ihnen doch mit Zahlen belegen müssen, daß unsere Nachbarn ganz außerordentliche große militärische Anstrengungen gemacht haben und machen.

In Rußland vollzieht sich eine staunenswerte ökonomische Entwicklung, und Hand in Hand damit geht eine Reorganisation der Armee, wie sie Rußland wohl noch nicht gekannt hat.

Frankreich hat uns in der Ausnutzung seiner Wehrfähigkeit längst überholt. Es stellt seit langem den letzten Mann ein. Jetzt will es, um sich militärisch stark zu machen, auf die dreijährige Dienstzeit zurückgreifen.

Kein Mensch kann eine Garantie dafür übernehmen, daß kein Krieg kommt. Es wäre verneinen, es hieße geradezu das Schicksal herausfordern, wollten wir sagen: Wenn ein Krieg kommt, sind wir stark genug! Wir müßten zwar sehr viel stärker sein, als wir sind, aber das kostet zuviel Geld; wir werden es auch so machen. Solche Stimmungen sind immer noch der Anfang des Unheils gewesen. (Sehr richtig! rechts!) So 1870 in Frankreich und schließ-

lich auch jetzt in der Türkei. Die Chancen eines Zukunftskrieges, in dem Millionenheere mit den modernsten Waffen ausgerüstet gegeneinander geföhrt werden, sind jetzt noch schwerer zu übersehen, als früher. Aber eins wird Wahrheit: Sieger wird immer nur das Volk bleiben, das sich in den Stand gesetzt hat, mit dem letzten Mann dann einzutreten, wenn die ehernen Würfel unseres Schicksals geworfen werden, das mit der ganzen Macht seines Volkstums dem Feinde die Spitze bietet. (Sehr richtig!) Wir machen Ihnen die Vorlage nicht, weil wir Krieg, sondern weil wir Frieden haben und weil — wenn Krieg kommt — wir Sieger bleiben wollen. (Beifall.) Die

große Wehrheit des Volkes

erkennt diese Bedeutung der Vorlage an. (Sehr richtig!) — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie will, daß die Vorlage Gesetz wird. Wir werden, auch wenn sie Gesetz geworden sein wird, so wenig ein Störenfried in der Welt sein, wie wir es bisher waren.

Ich habe schon betont, daß wir gute Beziehungen zur französischen und russischen Regierung pflegen, wie ich glaube, nicht ohne Erfolg. Dasselbe gilt von England. Von unserer gemeinsamen Tätigkeit bei den Londoner Vorkonferenzbesprechungen habe ich schon gesprochen. Nun hat Minister Churchill in der großen Rede, die er neulich gehalten hat, das Verhältnis der englischen Flotte zur deutschen Flotte beleuchtet und dabei einen Gedanken wiederholt, den er bereits im vorigen Jahre und zwar auch im Parlament ausgesprochen hat, den Gedanken, daß zur Verminderung der Rüstungen die Schiffswerften der großen Nationen von Zeit zu Zeit ein Jahr Feiertag machen. Minister Churchill hat diesen Vorschlag speziell an Deutschland und zwar für die Jahre 1914 oder 1915 gerichtet. Aber er hat selbst anerkannt, daß alle Großmächte an dieser Kontingentierung beteiligt werden müßten. Die Marine-sachverständigen, diesseits und jenseits der Nordsee, haben, wie mir scheint ziemlich übereinstimmend, auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich der Ausföhrung dieses Problems entgegenstellen. Aber die Tatsache, daß dieser Gedanke ausgesprochen worden ist, und die Formen, in die der erste Lord der englischen Admiralität sie gekleidet hat, bedeutet schon einen großen Fortschritt. (Sehr richtig!) Es gab eine Zeit, wo jede Form zu einem Vergleich der englischen und der deutschen Seestärke, des englischen und des deutschen Schiffbaues, zu einer Flottenhege führte, die immer wieder die Beziehungen beider Länder vergiftete. (Lebhafte Zustimmung.) Ich hoffe, daß diese Zeiten der Vergangenheit angehören. (Beifall.)

Wir alle kennen die Worte, mit denen Mr. Asquith und Sir Edward Grey die derzeitigen deutsch-englischen Beziehungen besprochen haben. Die Feststellung, daß diese Beziehungen zurzeit gut sind, kann ich nur bestätigen und freue mich, das tun zu können. Herr Churchill hat seine Rede mit Worten geschlossen, die die ganze Sicherheit einer selbstbewußten Stärke hatten, er hat die englische Seemacht gefeiert, daß keine andere Seemacht die politische Entwicklung in England ablenken oder einschränken könne. Er hat darauf hingewiesen, daß in diesen Monaten voll Besorgnis, Spannung und Gefahr es keine Großmacht gegeben habe, die nicht dankbar gewesen wäre, daß Englands Bedeutung im Konzert der Mächte eine Wirkung und sein Schatten sei, daß England frei und stark gewesen sei, um für den allgemeinen Frieden zu wirken. Nun, das ist nicht anders, als was wir wollen; auch wir wollen frei und stark sein, nicht um andere zu unterdrücken, sondern um uns frei und ungehemmt nach den Kräften der Nation zu entfalten und um, wenn es not tut, unser Wort mit dem ganzen Gewicht unserer Stärke für den allgemeinen Frieden in die Waagschale werfen zu können. (Lebhafte Beifall.)

Meine Herren, ich habe die Lage geschildert, wie ich sie sehe, ohne schön zu färben und schwarz zu färben. Wie alle sind nicht Herr darüber, ob in Zukunft der Friede bedroht werden wird, aber wir sind Herr darüber, ob wir einer ungewissen Zukunft mit gutem Gewissen entgegengehen können. An Ihnen, meine Herren, liegt jetzt die Entscheidung. Legten Endes liegt die Entscheidung bei den moralischen und physischen Kräften eines Volkes. Helfen Sie, daß uns die allgemeine Dienstpflicht, der Deutschland seine Wiedergeburt verdankt, unterflümmert erhalten bleibt. Die Werte, die wir zu schätzen haben, steigen von Jahr zu Jahr. Getragen von der Zustimmung der Parteien wird, wie ich hoffe, der Reichstag nicht vor der Größe der Forderungen zurückschrecken, die diese Vorlagen enthalten. Wir sprechen von schweren Opfern, von ungeheuren Lasten, wir hören die Klagen, daß diese fortgesetzten Rüstungen entweder den Frieden ruinieren oder zum Krieg führen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun, meine Herren, Sie, die hier sehr richtig rufen, beachten Sie, seit einem Menschenalter haben wir und auch unsere Nachbarn ungeheure Aufwendungen für unsere Rüstungen gemacht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und bei jeder deutschen Militärvorlage hat es geheißen: Jetzt kommt der Krieg. — Bisher ist der Friede erhalten geblieben!

Trotz der ungeheuren Aufwendungen, die wir für unsere Rüstungen gemacht haben, hat es niemals einen Zeitraum gegeben, in dem wir uns wirtschaftlich so stark geföhlt haben (Lebhafte Sehr richtig! rechts) und in dem wir so leistungsfähig geworden wären in der Erfüllung staatlicher Aufgaben für die kulturelle und soziale Entwicklung, wie in der Lebenshaltung des einzelnen. Die Weltgeschichte kennt kein Volk, das zugrunde gegangen wäre, weil es sich in seiner Wehrhaftmachung erschöpft hätte, wohl aber sehr viele, die verkommen sind, weil sie über Wohlleben und Luxus ihre Wehrhaftigkeit vernachlässigt haben. (Lebhafte Zustimmung rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ein Volk, das nicht reich genug zu sein glaubt, um seine Rüstung in Stand zu halten, zeigt nur, daß es keine Rolle ausgespielt hat. (Sehr richtig! rechts.) Ueber alle Schwierigkeiten hinweg halten Sie bitte an dem einen Gedanken fest: Wenn uns jemand Haus und Hof bedroht, da stehen wir bereit bis auf den letzten Mann! (Stürmischer Beifall rechts und bei den Nationalliberalen, Fischen bei den Sozialdemokraten. Erneutes Bravo rechts.)

Kriegsminister v. Deeringer: Es handelt sich bei den Gründen für die Verstärkung unserer Wehrmacht weniger um eine akute Gefahr, die heute bereits Deutschland bedrohen könnte. Bei der Einführung des Gesetzes von 1912 wies ich bereits darauf hin, daß die Ueberlegenheit der Armee über einen etwaigen Gegner nicht in der Hauptfrage zu suchen sei in der überwiegenden Zahl, sondern in der guten Organisation, Ausbildung und Führung. Aber schließlich kommt doch auch der ziffermäßige Vergleich unserer Wehrkraft gegenüber der anderer Staaten in Betracht. Was damals ausreichend war, ist es unter den heutigen und den heute in der Entwicklung befindlichen Verhältnissen nicht mehr. Deutschland bedarf, das ist die Ueberzeugung aller derjenigen Stellen, die für seine Verteidigung die Verantwortung tragen, notwendig einer besseren Ausnutzung der allgemeinen Wehrpflicht. Für eine Verstärkung des Schutzes unserer Grenzen bestehen zwingende Gesichtspunkte. Für unsere Telegraphentruppen werden vier neue Bataillone angefordert, um die Nachrichtenübermittlung im Ernstfalle so zuverlässig wie möglich zu gestalten. Das Luftfahrwesen ist aus dem Stadium vorläufigen Testens herausgetreten. Zur Verstärkung unserer Luftstreitkräfte enthält die Vorlage daher ganz be-

deutende Anforderungen. Der größte Teil der Erzeugung unserer Friedenskräfte an Mannschaften und Pferden soll aber dazu verwendet werden, die Erats der einzelnen Waffen zu erhöhen. Eine solche Erweiterung unserer Friedensarmee verlangt naturgemäß eine entsprechende Verstärkung an Offizieren und Unteroffizieren. Eine logische Folge dieser personellen Verstärkung ist eine ebenso ausgedehnte Verstärkung unserer materiellen Streitkräfte.

Der Kriegsminister schließt: Die Wehrvorlage ist keine Verdringung unserer Nachbarn. Wer die Vorlage vorurteillos prüft, muß erkennen, vorausgesetzt, daß er es überhaupt will, daß sie nichts anderes ist, als eine harte Würdigung für die Erhaltung des Friedens und für die Weiterentwicklung von Deutschlands Arbeit, Deutschlands Industrie und Deutschlands Handel. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Haase (Soz.):

Die Wehrvorlage fordert vom Volke ungeheure Opfer. Darüber gibt es im Lande nur eine Stimme. Sie übersteigt alles, was jemals einem Volke in Friedenszeiten von einer Regierung zugemutet worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts einer solchen enormen Vermehrung der personellen und finanziellen Last muß erwartet werden, daß die Regierung für eine so außergewöhnliche Maßregel auch außergewöhnliche Gründe beibringen würde. Aber was der Kriegsminister vorgebracht hat, ist im Grunde nichts anderes, als

allgemeine Redewendungen,

mit denen jede andere Militärvorlage hätte begründet werden können, und mit denen im wesentlichen auch frühere Militärvorlagen begründet worden sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ob es sich um 10 000 oder 136 000 Mann handelt, die Vergrößerung ist immer dieselbe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist charakteristisch für unsere Zustände, daß das bei einer Vorlage geschieht, die das Volk in seinen Tiefen aufwühlt, die das Ausland beunruhigt und von entscheidenden politischen Wirkungen ist.

In der Kommission wird wohl der Schleier des Geheimnisses gelüftet werden. Denn hier sind die dürftigsten Argumente von der Regierung vorgebracht worden, und ich glaube nicht, daß auch nur ein einziger hier im Hause davon überzeugt ist, daß die Regierung wirklich infolge der Lage aus allgemeinen Gründen genötigt worden ist, diese Vorlage einzubringen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat immer und immer wieder von der Veränderung der politischen Lage infolge des türkischen Krieges gesprochen und von den Vollstimmungen in Frankreich und in Rußland. Auf die angebliche Machtverschiebung infolge der Ereignisse auf dem Balkan komme ich noch zurück. Aber soweit der Reichskanzler mit großem Nachdruck auf die Vollstimmungen in den benachbarten Ländern im Osten und Westen hingewiesen hat, habe ich mich immer gefragt: Ist denn das etwas Neues? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Würde der Reichskanzler das nicht schon ebenso gut im vorigen und vorvorigen Jahre? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich werde später darlegen, daß bis vor ganz kurzer Zeit weder der Reichskanzler noch der Kriegsminister trotz der Vorgänge auf dem Balkan daran gedacht haben, eine solche Vorlage einzubringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ist denn Deutschlands Lage durch den Balkankrieg schlechter geworden? Der Reichskanzler hat auch heute wieder betont, daß unsere Beziehungen zu England sehr gute seien. Von Regierungsseite ist früher ausgeführt worden, daß die Beziehungen sogar vertrauensvolle seien — man hat selbst von einer Intimität zwischen der deutschen und der englischen Regierung bei den Verhandlungen über die Vorgänge auf dem Balkan gesprochen. Beide Regierungen haben, wie wir eben vernommen, im Einvernehmen gehandelt und einen Weltkrieg verhindert. Die Wollen des Vertrauens diesseits und jenseits des Kanals beziehen sich, das Vertrauen steigt, wurde ausgeführt. Sehr interessant war, daß der Kanzler auch zugab, daß ein Freijahr in den Marinebauten, wie es der englische Minister Churchill eingeführt wissen wollte, einen Fortschritt bedeuten würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Meine Partei hat wieder und immer wieder darauf gedrungen, die Regierung solle

Verhandlungen mit England

anknüpfen, um Vorschläge behufs einer Verständigung machen. Wir wurden als Nopisten deshalb verspottet; und heute muß derselbe Reichskanzler, der sich an diesem Spott beteiligte, zugaben, daß das, was in Richtung unserer Forderungen liegt, als Fortschritt zu bezeichnen ist. Die Zwangsvorstellung, daß der Krieg mit England unvermeidlich sei, schwindet immer mehr. Die Behauptung, daß England nicht nur mit seiner Flotte und überfallen wolle, sondern auch ein Expeditionskorps auf den Kontinent zu werfen beabsichtige, um Frankreich gegen Deutschland zu unterstützen, ist fast völlig verschwunden. Die Legende eines Geheimabkommens zwischen England und Frankreich ist von Sir Edward Grey vor dem englischen Parlament gründlich zerlegt worden.

Bei den früheren Militär- und Marinevorlagen kam oft der Gedanke zum Ausdruck, wir würden wohl in der Lage sein, unsere Rüstung einzuschränken, wenn es möglich wäre, eine Entspannung zwischen England und Deutschland herbeizuführen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Zustand ist eingetreten, wie mit allem Nachdruck hier sowohl wie in England die Regierungen betonen. Damit ist ein Moment, das immer wieder auch bei den letzten Militärvorlagen als störend und beunruhigend bezeichnet wurde, weggefallen. Man müßte also logischerweise erwarten, daß den Rüstungen Einhalt getan würde. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen erhalten wir eine Wehrvorlage von einer Maßlosigkeit ohne Gleichen. Der Militarismus hat eben seine eigene Logik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Eine Erklarung der Balkanvölker wird eine Schwächung des Dreibundes zur Folge haben. Das, was in Blättern untergeordneter Art wiederholt in den letzten Monaten gestanden hat, macht sich der Kanzler des Deutschen Reichs zu eigen, er führt und vor Augen die große Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen der slawischen und germanischen Welt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich habe nicht erwartet, daß der Reichskanzler seine Vorlage damit begründen würde. Hört man ihn so, so müßte man glauben, daß die Balkanvölker ein germanisches Volk in ihrem Kampfe niedergeschlagen haben und nicht das osmanische Reich. All den Prophezeiungen, daß die Balkanvölker und die anderen Slawen zusammen gegen uns vorgehen könnten, stehen wir skeptisch gegenüber. Zunächst steht nur das eine fest, daß der Sieg im Balkankriege für die Balkanvölker selbst

erschreckende Verluste an Gut und Blut

mit sich gebracht hat. Die Blüte der Völker ist in mörderischen Schlachten dahingerafft. Es wird viele Jahre erfordern, um diese Verluste auszugleichen, um die Völker zu kräftigen und die Staaten wirtschaftlich zu heben. Also diese Völker werden zunächst als Wachsfaktoren aus. Hebrigens ist mit keinem Worte erwähnt worden, daß Rumänien, der treueste Freund des Dreibundes, gefährdet dasteht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß die Reibungen zwischen Bulgaren und Griechen nicht aufgehört haben. Vorgestern erst hat der russische Ministerpräsident mitgeteilt, daß nach einem Friedensschluß die latenten Differenzen über die Teilung der Beute zwischen Serben und Bulgaren akut werden würden. (Hört! hört!) Wie kann man da gegenwärtig von einem neuen Staatengebilde des Balkanbundes sprechen, das sein Gewicht in die Waagschale werfen könnte im Gegensatz zum Dreibund. Aus allen diesen Ausführungen des Reichskanzlers konnte man auch gar nicht entnehmen, daß die Völker, um die es sich da handelt, auch keineswegs alle Slawen sind. Rechnet etwa der Reichskanzler die Griechen auch zu den Slawen und glaubt er, daß sie bei einem solchen Kampfe, der ja

eine rein phantastische Vorstellung

ist, etwa begeistert auf die Seite der Slawen treten würden. Und entwandelt sich wirklich der Bund zu einem einheitlichen Staatengebilde, so ist es durchaus nicht ausgemacht, daß er im Gegensatz zum Dreibund tritt. Das wird, soweit das Deutsche Reich in Betracht kommt, abhängen von der Politik der Regierung. Wenn Oesterreich die Verluste unterläßt, die Serben wirtschaftlich zu erwürgen, wenn es den Serben vor allem in ihrem eigenen Lande Freiheiten einräumt, so ist die Gefahr einer ernstlichen Verwicklung zwischen Oesterreich und Serbien beseitigt.

Ich möchte auch darüber keine Zweifel lassen, daß das deutsche Volk, und ich glaube die Stimmung der großen Massen zu kennen, es in seiner überwältigenden Mehrheit ablehnen würde, für die Machtgelüste der österreichischen Prestigepolitik in den Krieg zu ziehen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Fritolität eines solchen Unternehmens würde eine Empörung entfesseln, wie wir sie in Deutschland noch nicht erlebt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Man hat behauptet, wir müßten unser Heer verkleinern, weil Frankreich die dreijährige Dienstzeit einführt. Wer das behauptet, begeht Falschmünzerei. Ohne unsere Wehrvorlage würden die Franzosen nicht daran gedacht haben, die dreijährige Dienstzeit dem Parlament vorzuschlagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schon jetzt können wir, nachdem die erste Stimmung abgeklaut ist, feststellen, daß auch in Frankreich in den weitesten Kreisen des Volkes keine Lust besteht, neue persönliche und wirtschaftliche Lasten auf sich zu nehmen. Die Propaganda der französischen Hezer für die dreijährige Dienstzeit ist total einflusslos verlaufen, hatte vollständig Mißfolge gemacht. Erst als unsere Wehrvorlage in der „Vost“ angekündigt war, belamen die französischen Chauvinisten Wasser auf ihre Mühlen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was der Reichskanzler über chauvinistische Strömungen in Frankreich sagt, ist und allen bekannt. Gewiß gibt es in Frankreich Chauvinisten, der Reichskanzler hat nur vergessen hinzuzufügen: „wie bei uns auch.“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei uns sind es die Alldentschen und die mit ihnen an einem Strang ziehen. Aber der Reichskanzler überschätzt gewaltig die Bedeutung der französischen Chauvinisten. Auch die französischen Blätter, die, nachdem unsere Wehrvorlage bekannt geworden war, mit Ingeßüm vom Leder zogen, wie der „Matin“, haben versichert, daß sie nicht etwa an einen Angriff gegen Deutschland denken, sondern lediglich ein Frankreich von Deutschland drohende Gefahr abwenden wollen. Die Arbeiterklasse in Frankreich — über die geht die Regierung natürlich mit einer leichten Handbewegung hinweg — ist friedlich gesinnt wie die deutsche. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die ja für die Regierung in solchen Fragen nicht in Betracht kommt, obwohl sie doch, wie die letzten Reichstagswahlen beweisen haben, den

größten politischen Machtfaktor

darstellt. In einer machtvollen Rundgebung hat die sozialdemokratische Partei, haben die Gewerkschaften in Paris und ganz Frankreich für eine Verständigung mit Deutschland Stellung genommen, mit einer Entschiedenheit, die nicht übertroffen werden kann. (Zuruf rechts.) Der Erfolg, Herr Camp, hat sich schon darin gezeigt, daß die dreijährige Dienstzeit, auf deren Einführung vor Oesterreich gedrängt wurde, hinausgeschoben worden ist und daß der Widerstand gegen ihre Einführung immer größere Fortschritte macht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Am 1. März ist ein gemeinsames Manifest in Millionen Exemplaren in deutscher und französischer Sprache verbreitet worden, worin die deutsche und französische Sozialdemokratie gegen diesen Rüstungswahnsinn protestieren, ein Beseitigen, wie stark haben und drücken die Schuchst nach einem Einvernehmen dieser beiden großen Kulturnationen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Schlussworte dieses Manifestes lauten:

„Unter der Fahne der Internationale, die die Freiheit und Unabhängigkeit jeder Nation zur Voraussetzung hat, werden die deutschen und französischen Sozialisten mit steigender Kraft den Kampf fortführen gegen den unerfülllichen Militarismus, gegen den länderverwüstenden Krieg, für die gegenseitige Verständigung, für den dauernden Völkerverfrieden.“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichskanzler sagte, die Macht der öffentlichen Meinung habe zugenommen, aber gerade in demokratisch regierten Ländern könne eine Minderheit die Masse des Volks in den Krieg hineinziehen und die Regierung mit sich fortziehen. Der Reichskanzler scheint die Vorgänge, die sich bei uns in Deutschland seit einem Jahre abgepielt haben, nicht verfolgt zu haben, wenn er lediglich von einer französischen Minderheit sprach. Wie ist es denn bei uns? Diese Militärvorlage ist

ein Produkt der Agitation der Wehrvereine und der Agitation der alldutschen Blätter,

die seit der Annahme der letzten Wehrvorlage einsetzte und das forderte, was jetzt gekommen ist. Der Reichskanzler ist, wie ich noch nachweisen werde, bereits dieser kleinen Minderheit in Deutschland unterlegen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er sollte nicht an demokratisch regierte Länder denken, sondern zunächst an sich selbst, an unser Reich, und sich stark machen gegen solche Hezen, wie sie von einem kleinen Kreise hier in Deutschland ausgehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie es in das andere Land hineinschallt, so muß es naturgemäß zurückschallen. Nur einen Bruchteil von Zitaten als Beweis dafür, wie die chauvinistischen Strömungen in Frankreich von deutscher Seite gefährt werden. In einem alldutschen Blatt hat jüngst gestanden: „Auf die eine oder andere Weise muß mit Frankreich abgerechnet werden.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die erste Forderung einer gesunden deutschen Politik. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Da die französische Feindschaft auf friedlichem Wege nicht zu beseitigen ist, muß es durch Waffengewalt geschehen, muß Frankreich so völlig niedergeworfen werden, daß es uns nie wieder in den Weg treten kann.“ (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichskanzler das ernste Betreiben hat, den Frieden zu sichern, dann mag er erst einmal auf diese Hezer in eigenen Lande mit dem Finger weisen, und nicht auf die Chauvinisten in Frankreich. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dieses chauvinistische Verlangen, mit der brutalen Gewalt für die Weltpolitik des eigenen Landes sich die Elbogensfreiheit zu verschaffen, erklärt allein schon den Barozismus, der in diesen Kreisen ausgebrochen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es sei auch verwiesen auf den

Brandartikel der „Kölnischen Zeitung“,

die ja von Auswärtigen Amt gespielt zu werden pflegt. Wenn man sich das vor Augen hält, dann muß man auch einiges Verständnis dafür bekommen, daß es in Frankreich ausgeregte Kreise gibt, die glauben, Deutschland würde bei der ersten Gelegenheit über Frankreich herfallen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die aufgeregten Gemüter haben sich nun einigermaßen beruhigt, und zwar im wesentlichen infolge des Verhaltens der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen. Die Bevölkerung Elsaß-Lothringens aller Parteien hat in den letzten Wochen mit erfreulicher Deutlichkeit ausgesprochen, daß sie keinen Krieg will. Sie fordert eine Autonomie für das Elsaß, aber eine Autonomie im Rahmen des Deutschen Reichs. Die sozialistische Fraktion des elsass-lothringischen Landtags hat am 16. März an die Pariser Arbeiter eine Rundgebung gerichtet, die in Paris in einer Massenversammlung verlesen wurde. In der Rundgebung heißt es:

„Die Hezer diesseits und jenseits der Grenze sind uns gleich verhaßt. Als Feind Elsaß-Lothringens betrachten wir ebenjogut jeden Deutschen, der uns die Autonomie verweigert, wie den

Franzosen, der uns so heiß ans Herz drücken möchte, daß das Blut von ganz Europa dabei verspritzt wird. Wir fordern eine eheliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland.“ (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Diese Rundgebung hat, wie es scheint, auch auf die Revandepolitiker in Frankreich einigermaßen abkühlend gewirkt. Jedenfalls steht fest, daß niemals die Situation für Deutschland zu einer Verständigung mit Frankreich so günstig war wie jetzt. Auch der Reichskanzler hat unsere Beziehungen zu Frankreich gute genannt. Es sei auch verwiesen auf die chebalereise Art, mit der die französischen Behörden unter Billigung der französischen Regierung sich dem Luftschiff „Z. 4“ gegenüber verhalten haben. Also nirgends irgendwelche Verstimmung. Vor einigen Tagen hat sich in Bern ein Komitee gebildet, das an französische und deutsche Parlamentarier Einladungen zu einer gemeinsamen Konferenz hat ergehen lassen. Wir werden ja abwarten, wie viele bürgerliche Parlamentarier aus Frankreich und Deutschland zustimmend antworten werden. Jedenfalls geht auch aus der Rede des Reichskanzlers hervor, daß uns gegenwärtig von Frankreich kein Angriffskrieg droht. Unser Verhältnis mit England ist ein fast intimes geworden, und der Reichskanzler hat gesagt, dieses Verhältnis werde dauernden Bestand haben. Ja, wozu denn dann diese ungeheure Wehrvorlage? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Soll etwa wegen der Frage, wem Stutari gehören soll, ein Weltkrieg ausbrechen? Die Regierungen der westeuropäischen Staaten würden sich ja vor der Weltgeschichte bis auf die Knöchel blamieren, es würde

ein frivoles und unverantwortliches Unterfangen

sein, wollte man wegen einer solchen Lappalie einen Weltkrieg herbeiführen, dessen Schrecken der Reichskanzler selbst mit so bedrübten Worten geschildert hat. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch unsere Beziehungen zu Rußland sind nach dem Reichskanzler gute. Ich habe seinen Worten entnommen, daß die Potsdamer Entree noch fortbesteht des Inhalts, daß weder Deutschland noch Rußland gewillt seien, in irgendeine Kombination mit einer aggressiven Spitze gegen den anderen Staat einzutreten. Ist das aber richtig, daß Rußland an keiner solchen aggressiven Kombination gegen Deutschland und Deutschland an keiner aggressiven Kombination gegen Rußland teilnehmen darf, dann kann man uns nicht weiß machen, daß von Rußland die Gefahr eines Angriffskrieges droht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat allerdings gemeint, daß die friedliebende russische Regierung von den panslawistischen Strömungen fortgerissen werden könnte. Vom Panslawismus in Rußland gilt dasselbe, was vom Chauvinismus bei uns gilt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat diese Strömungen in ihrer Bedeutung gewaltig übertrieben. Er hat übersehen, daß in Rußland die Sozialdemokratie, die sich immer und immer wieder zu neuen großen Organisationen zusammenschließt, die entscheidende Organen des Panslawismus ist und einen Krieg gegen Deutschland wie gegen Oesterreich perhorresziert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen kann nach der ganzen russischen Entwicklung der letzten Jahre angenommen werden, daß Rußland sich nicht nach dem Westen, sondern nach dem Osten entwickelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Rußland betreibt jetzt in der Mongolei eine Raubpolitik, und diese Raubpolitik muß naturgemäß zu Reibungen mit England führen, was beim Abschluß des letzten Vertrages der Mongolei mit Tibet bereits eingetreten ist.

Die russischen Arbeiter denken nicht an einen Krieg, sie haben ganz andere Sorgen, zunächst die Sorge,

anzukämpfen mit dem aristokratischen absolutistischen Regime.

In den letzten Jahren sind diesem Regime 50 000 Menschen zum Opfer gefallen, Tausende von Politikern sind hingerichtet worden, Tausende schmachten in den Schreckenskammern der Katorga. Durch die ganze zivilisierte Welt müßte ein Aufschrei des Entsetzens gehen. Geschicht das nicht, so ist doch das eine sicher, daß in Rußland selbst ein solches Regiment die leidenschaftlichste Erbitterung bei all denen hervorruft, bei denen noch ein Funke für Freiheit und Menschenrecht blüht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aus dem blutgedünnten Boden Rußlands wachsen immer neue Streiter gegen den Absolutismus, und diese Kämpfer lassen sich nicht von ihren Freiheitsgedanken ablenken durch auswärtige Abenteuer. Der Reichskanzler sprach von der Stärkung Rußlands, er stimmte auf die politische Entwicklung, auf die militärische Machtvergrößerung Rußlands ein hohes Lied an. Sollte die russische Regierung es wagen, unter den von mir charakterisierten inneren politischen Zuständen einen Krieg heranzubekämpfen, so könnte sie sicher sein, daß es ebenso gehen würde, wie bei dem Kriege mit Japan, sie würde eine Revolution heraufbeschwören, und sie müßte mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie nach den Erfahrungen, die sie gemacht hat, danach lustern wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also, die Verdringung der Machtverhältnisse durch den Orientkrieg allein kann nicht der Grund für die Vorlage sein. Es müssen andere Gründe sein.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat angegeben, nicht Stimmungen, sondern die eingetretene Ueberzeugung der Notwendigkeit verlange diese Vorlage, wenn wir uns fernerkhin in der Welt durchsetzen wollen. Das ist das Entscheidende. Es soll Elbhogentfreiheit geschaffen werden für imperialistische Ausdehnung. Was der Kaiser 1896 sagte, soll jetzt die Sanktion erhalten, daß nämlich auch in der weitesten Ferne ohne Deutschland und ohne den Deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen solle. Die Rüstungen sollen auf das äußerste getrieben werden, damit wir ein Gewicht in die Waagschale werfen können, wenn etwa das türkische Reich in Kleinasien sich nicht regeneriert und zur Aufsteilung kommt. Es handelt sich also nicht um den Schatz unserer Grenzen, sondern um die Einschüchterung der anderen. Die ebenso wie unsere Imperialisten eine Eroberungspolitik betreiben. Es heißt ja in der Begründung, die Offensivkraft des Heeres soll verstärkt werden. Man hat es für unmöglich gehalten, was hier vorgeschlagen wird; der Friedensstand des Heeres soll fast auf die Kriegsstärke gebracht werden. Darin zeigt sich, daß von einer friedlichen Tendenz keine Rede sein kann, sondern daß andere Absichten im Hintergrunde liegen.

Daß die Wehrvorlage aus militärischen Gründen nicht unerlässlich ist, daß die Regierung erst nach Widerstreben ihre Zustimmung gegeben hat, beweist die

Entscheidung der Vorlage.

Der Reichskanzler hat davon gesprochen, es läre von der Regierung unverantwortlich, wenn sie nicht bis zum äußersten für den Krieg rüste. Im vorigen Jahre, am 23. April, hat der Reichskanzler ohne jede Einschränkung erklärt, Deutschland ist kriegsbereit, wenn ihm ein Krieg aufgegeben würde. Ja, wenn Deutschland kriegsbereit ist, dann ist es unverstänlich, weshalb diese enormen wohnwichtigen Opfer verlangt werden. Auch der Kriegsminister hat im Jahre 1911 gesagt, wenn die damalige Wehrvorlage angenommen würde, so sei die Sicherheit des Reiches garantiert. Wenn vor einem Jahre all das, was jetzt gefordert worden ist, einschließlich war, wenn die Sicherheit des Reiches voll garantiert war, so kann doch kein Mensch behaupten, daß das, was sich inzwischen ereignet hat, dazu geführt hat, unsere Sicherheit zu gefährden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch noch später, am 17. November 1912, veröffentlichte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mit aller Bestimmtheit, daß es sich in dem Nachtragsgesetz nur um Forderungen für Luftschiffe und Flugzeuge handeln werde, und fügte hinzu, daß andere Forderungen, solche für Kavallerie, für Erhöhung der Spannung der Artillerie, darin nicht enthalten sein werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Damit wurde dem deutschen Volk eine klare, präzise Zusicherung gegeben, denn ich nehme nicht an, daß die Regierung, die hinter dieser Veröffentlichung der

„Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ steht, das deutsche Volk hat sich nicht für unerlässlich gehalten. Und damals hätte sich die Verschlebung der Verhältnisse auf dem Balkan bereits vollzogen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung kann und also nicht glauben machen, daß diese Verschlebung der Grund für die Forderungen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auch noch später, als am 8. Januar 1913 die „Post“ jenen aufsehenerregenden Artikel brachte, daß die Erfüllung aller jener Wünsche der Vaterlandsfreunde unmittelbar bevorstehe, jenen Artikel, in welchem der wesentliche Inhalt der Vorlage angegeben wurde, da verbreitete am 10. Januar das Reichsische Telegraphenbureau die Nachricht, es sei im Kriegsministerium ein zuständiger Stelle ermächtigt worden, die Meldung der „Post“ als Erfindung zu bezeichnen. (Lebhaftes Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Nachricht ist nie dezentriert worden. Das kann doch nur geschehen sein, weil der Kriegsminister damals selbst diese Vorlage noch nicht einbringen wollte. Man sage uns also nicht, daß die Vorgänge auf dem Balkan zu dieser Vorlage haben führen müssen. Als dieses Dementi des Reichsischen Telegraphenbureaus kam, schrieb die „Post“, der „Reinischen Westfälischen Zeitung“, der „Täglichen Rundschau“ gegen den Reichskanzler und gegen den Kriegsminister ein. Da erschien jener Artikel der „Post“, es sei jetzt längerer Zeit bekannt, daß in den möglichen Stellen in Fragen, von denen Deutschlands Schicksal abhängt, erbitterte Kämpfe geführt würden, es herrsche in den möglichen Kreisen ein Lohwածဝေ, wie es größer nicht gedacht werden könne, es stünden sich da zwei Weltanschauungen diametral gegenüber, die eine, die sich auf den Krieg vorbereite, und die andere, deren Anhänger in einem traugrigen Friedenswahn befangen seien und aus Gründen bureaukratischer Sparsamkeit blind und taub gegen die militärischen Notwendigkeiten seien. Kaum war dieser Artikel erschienen, da erklärte die „Norddeutsche Allgemeine“ am 24. Januar, es sei seit längerer Zeit

eine Treiberei

im Gange, es werde behauptet, in der Regierung würden erbitterte Kämpfe um die Militärvorlage geführt. Es sei richtig, daß eine Militärvorlage kommen werde, die Vorarbeiten dazu seien im Gange, aber Kämpfe darum würden in der Regierung nicht geführt. Daraus geht mit zwingender Notwendigkeit hervor, daß erst in jenen Tagen der Reichskanzler und der Kriegsminister die Segel vor dem Wehrverein und dem Generalstab, der ja mit dem Wehrverein Hand in Hand ging, gestrichen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ja bekannt geworden, daß im Januar die Entscheidung von höchster Stelle gefallen ist, und zwar zugunsten des Generalstabes, und da haben der Reichskanzler und der Kriegsminister ihre Anschauungen geändert, da haben sie dem Generalstab nachgegeben und erklärt, alles das sei notwendig, was sie bis dahin in Übereinstimmung mit uns für nicht notwendig erklärt hatten. Ist das alles richtig, dann fallen alle Ausführungen des Reichskanzlers in Nichts zusammen. Und daß es richtig ist, zeigt die Dürftigkeit der vorgebrachten Gründe. Als der Kriegsminister mit seiner Rede zum Schluß kam (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Rede!), nahmen wir alle an, er würde nunmehr die Gründe vordringen. Noch nie hat ja ein Parlament ein Kriegsministerium mit einer solchen nichtsfahenden Paraphrasierung einer Vorlage diese zu begründen gesucht. Wir mußten doch erwarten, daß er sagen würde, warum im vorigen Jahre, warum im Dezember und im Januar diese Forderungen noch nicht notwendig waren zur Sicherheit des Deutschen Reiches, jetzt aber notwendig geworden sind. Der Kriegsminister hat diese Vorlage eben nicht mit dem Herzen vertreten können, weil sie einen völligen Bruch mit dem Programm darstellt, das er hier am 22. Februar 1911 vertretet. Damals sagte er, Militärvorlagen wachsen nicht aus dem Belieben, nicht aus den Bedürfnissen des Augenblicks, sie sind ein Niederschlag von jahrelanger Arbeit (Lebhaftes Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten), von jahrelangen Erfahrungen und Beobachtungen. Jetzt dagegen hat er sich nicht Zeit gelassen, auch nur ein halbes Jahr, um sorgfältig zu erwägen, sondern alles das, was der Wehrverein verlangte — und dieser ist genaugenommen nicht weniger — das hat der Kriegsminister im Gegensatz zu seinen damaligen Ausführungen bewilligt. Nun frage ich, wenn der Reichskanzler, wenn der Kriegsminister sich vor den Treibereien des Wehrvereins einfach gebeugt haben, soll auch die deutsche Volkvertretung die Segel streichen? Wenn die deutsche Volkvertretung selbständig urteilt, und sich nicht von untertanenwilligen Politikern ins Schlepptau nehmen läßt, so muß sie dieser Vorlage ein energisches Nein entgegenstellen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren vom Zentrum, wie haben Sie denn diese Meldung der „Post“ vom 8. Januar aufgenommen? Noch am 21. Januar bezeichnete sie „Germania“ als herborgegangen aus Sensationslust und Klammern. (Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie schrieb, man könne sich nicht vorstellen, daß es auch nur einen Menschen in Deutschland gebe, der es wagen könnte, eine solche Vorlage zu machen. (Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Zentrumsparlamentarier sahen in dieser Meldung der „Post“ nichts als Hirngespinnste. Die „Kölnische Volkszeitung“ sprach mit Bezug auf die Meldung der „Post“ von hysterischen verirrten Fanatikern.

(Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich werde abwarten, was Herr Spahn nach mir für Ausführungen machen wird. Welche Worte fanden früher die Preisfänger gegenüber Militärvorlagen von viel geringerem Umfange, und bei einer äußeren politischen Lage, die der heutigen ähnlich ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Daß die Nationalliberalen die Vorlage annehmen, versteht sich von selbst, von ihnen haben wir nichts anderes erwartet, hinter ihnen stehen ja die Kreise der rheinischen Großunternehmer, die die Profite aus dieser Militärvorlage ziehen werden (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), sie haben ja durch Herrn Wasserhann vor einigen Tagen verkündet, daß ihre Ziele bewußte imperialistische Ziele sind, und da müssen sie ja und Amen zu dieser Vorlage sagen, die aus ihrem Geiste stammt. Wer aber diesen Imperialismus nicht verfolgt, kann für diese Vorlage nur ein entschiedenes Nein haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre aber einseitig, zu meinen, nur solche imperialistischen Rücksichten seien für die Vorlage maßgebend gewesen. Es konnten auch innerpolitische Gründe. Die jungen Leute sollen, sowie sie ins militärpflichtige Alter kommen, Mann für Mann

in die Kaserne gesteckt

werden, sie sollen aus der freien Luft in diese dumpfe Kammer gebracht werden, wo das selbständige Denken aufhört. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir das nicht schon gewünscht hätten, so hat es die „Kreuzzeitung“ am 30. März gesagt, wo sie schrieb, in der Erziehung der Armee haben wir das härteste und unerlässlichste Gegenmittel gegen die revolutionären Strömungen im Volke; in diesem Sinne können wir die verstärkten Rekrutierungen als wichtigen nationalen Gewinn buchen. Darauf läuft schließlich alles hinaus, daß man das Heer als Instrument zur Wiederherstellung der vormaligen, und auswärtsstrebenden Arbeiterklasse gebraucht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es nur darauf ankomme, die Grenzen unseres Landes gegen einen Einfall zu schützen und den heimischen Boden zu verteidigen, dann brauchte man diese Militärvorlage und den ganzen Militarismus nicht. (Lebhaftes wiederholte Zustimmung bei den Sozialdemokraten; Värm rechts und im Zentrum.) Gerade wir Sozialdemokraten haben mit freudigster Bewunderung in diesem Jahre an die große Volksbewegung von 1813 gedacht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber

jene Männer, die den Sieg über den fremden Eroberer errangen, waren nicht militaristisch gesinnt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es damals nach der Regierung und nach den Leuten ihrer (nach rechts) Bestimmung gegangen wäre, dann wäre die große Befreiungsthat niemals Wirklichkeit geworden. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten — Widerspruch rechts.) Lesen Sie nach, was der damalige Kriegsminister v. Bogen geschrieben hat, daß Dillge es unerhört fanden, daß sie selbst an Kriegshandlungen teilnehmen sollten und daß sie deshalb die Sache der eigenen Landleute ebenso fürchteten wie die Sache Napoleons. In dieser Weise hat sich damals nicht ein Sozialdemokrat, wohl aber ein preussischer Kriegsminister gegen den Adel gewendet. (Abg. Ledebour: Das kommt jetzt nicht mehr vor! — Große Heiterkeit.) Es ist ihm auch damals schlecht bekommen: er wurde in die Wüste geschickt. (Heiterkeit.) Die Kämpfer von damals waren nur ein oder zwei Monate in den notwendigen Kenntnissen für den Krieg ausgebildet. Keinhilich lagen die Verhältnisse für die Kriegsteilnehmer in den nordamerikanischen Freiheitskriegen. Man hat so oft über die Miliz gesprochen. Es kann keine Rede davon sein, daß wir Sozialdemokraten die Schweizer Miliz nachahmen wollten. Immerhin hält die Schweizer Miliz jeden Vergleich mit den militärisch gedrückten Truppen aus. Ich habe vor einem Jahr gefragt, was wohl der Kaiser sagen würde, wenn er aus den Schweizer Manövern zurückgekehrt sei. Er hat sich bekanntlich anerkennend über die Leistungen der Schweizer Truppen ausgesprochen. (Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun kann man sagen, daß dieses günstige Urteil vielleicht aus Höflichkeit gefälscht sei. Aber Sie werden nicht behaupten wollen, daß auch das „Militärwochenblatt“ bei der Beurteilung dieser Manöver aus Höflichkeit etwas Unrichtiges sagt. Und das „Militärwochenblatt“ hat die Leistungen der Schweizer Truppen als ganz ausgezeichnet anerkannt. (Lebhaftes Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und wie sind diese Truppen vorgebildet? Die Infanteristen werden in 173, die Artilleristen in 133 und die Kavalleristen in 198 Tagen ausgebildet. (Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Soll da für uns wirklich eine zweijährige und bei der Kavallerie sogar eine dreijährige Dienstzeit notwendig sein, um die Leute wehrfähig zu machen? Ein Generalleutnant v. Pohlmann war es, der einmal gesagt hat, er könne in 16 Monaten bei uns jeden Soldaten vollkommen selbständig ausbilden. (Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und ein preussischer Kriegsminister erwiderte ihm, daß er es schon in 8 bis 10 Monaten könne. (Erneutes Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einer Denkschrift über führte derselbe Kriegsminister aus, daß die Disziplin und der blinde Gehorsam Dinge seien, die nur durch lange Gewöhnheit erzeugt würden und daß eine lange Dienstzeit notwendig sei, damit der Monarch im Augenblick der Gefahr sich auf die Truppen verlassen könne. (Stürmisches Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also wenn es

gegen den inneren Feind

geht, wenn auf Vater und Mutter geschossen werden soll. . . . (Großer Lärm rechts und im Zentrum — Stürmische Zurufe, die die nächsten Worte des Redners überderten.) Dieses Wort vom Schießen auf Vater und Mutter hat sich tief eingepflanzt in die Brust der deutschen Arbeiter. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nur für den Kampf gegen den inneren Feind ist dieser blinde Gehorsam notwendig, denn im Kriege kommt es nach dem Urteil aller militärischen Sachverständigen heute vor allem auf die Selbsttätigkeit jedes einzelnen Mannes an.

Daß zwei und drei Jahre zur Ausbildung eines jungen Mannes nicht erforderlich sind, wird bei uns selbst bewiesen durch das Institut des einjährig-freiwilligen Dienstes. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Will denn irgendein Mensch behaupten, daß die jungen Leute, die auf den Gymnasien oder auf der Presse ihre Zeit mit Büchern zugebracht haben, für den Militärdienst so viel geeigneter sind, als die Arbeiter, die mit dem Leben schwer ringen müssen, als die Söhne unserer Handwerker und vor allem als die Söhne unserer Bauern, die mit den Pferden aufwachsen. (Sehr wahr! links.) Da das Institut des einjährigen Dienstes aufrecht erhalten wird, wird zugegeben, daß zur Ausbildung nicht mehr als ein Jahr erforderlich ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und zu allem Ueberflus hat noch 1908 ein Sachverständiger aus den Reihen des Zentrums, der Generalmajor v. Pauesler, gesagt, daß sowohl der Kavallerist wie der reitende Feldartillerist in einem Jahr ausgebildet werden können. (Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das gilt dann doch erst recht für den Infanteristen. Was heute gegen die einjährige Dienstzeit vorgebracht wird, wurde in den Zeiten der dreijährigen Dienstzeit von den Militärs gegen die zweijährige Dienstzeit vorgebracht. Sie sollte die Schlagfertigkeit unseres Heeres gefährden. Heute haben wir die zweijährige Dienstzeit und kein Mensch wird behaupten, daß unter ihr unser Heer gelitten hat. Das Institut des einjährig-freiwilligen Dienstes ist ein Privilegium der Besitzenden. Würden die Söhne unserer Besitzenden auch drei Jahre in der Kaserne mit den anderen Soldaten zusammen dienen müssen, die Besitzenden selbst würden dafür eintreten, daß die Dienstzeit herabgesetzt wird. (Sehr wahr! links.)

Nun weist man zur Begründung einer längeren Dienstzeit bei uns darauf hin, daß Frankreich jetzt die dreijährige Dienstzeit wieder einführt. Aber die dreijährige Dienstzeit in Frankreich gilt für alle Wehrpflichtige. Das entspricht auch nur den Grundsätzen der Gerechtigkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir glauben, daß eine wesentliche Verbesserung der Dienstzeit eintreten könnte, wenn man die Jugend schon von früh an körperlich härten würde. Nicht mit Säbel und Gewehr soll die Jugend umgehen und nicht im Paradeanzug soll sie ausgebildet werden, aber die Geschicklichkeit und die körperliche Gewandtheit sollen schon frühzeitig gewendet werden. Kreilich, wie die preussische Regierung heute gegen die Arbeiterjugend vorgeht, mit welchen

Mitteln des brutalen Terrorismus

sie unter dem Schutze des Vereinsgesetzes gegen die Jugendvereine der Arbeiter vorgeht, das führt nicht zum Ziel. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dove: Sie dürfen der preussischen Regierung nicht vorwerfen, daß sie mit brutalem Terrorismus arbeitet.

Abg. Haase:

Mit diesem Vottrüben wird noch ein anderes bewirkt. Sie holen den letzten Mann in die Kaserne, nicht nur die Tagelöhner, sondern auch die nur zum Teil Tagelöhner. Scharen von Arbeitern aus den Großstädten kommen dadurch in die entferntesten Gegenden. Glauben Sie denn, daß diese Arbeiter, wenn sie in die Kaserne kommen, alles verlieren haben, daß sie nun auf einmal ganz andere Menschen werden? (Zuruf rechts: Leider!) Daß Ihnen das unangenehm ist, glauben wir. Wenn dieses Rülken so weiter geht, dann muß der Zeitpunkt kommen, wo diese Entwicklung über sich selbst hinausstreicht und wo es zu einem anderen System kommen muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Quantität muß in die Qualität umschlagen, aus dem Heeresystem muß das Milizsystem hervorgehen.

Sie können gar nicht auf die Dauer alle jungen Leute aufnehmen, weil dazu die Mittel fehlen. Diesmal soll es mit einem einmaligen Opfer gemacht werden. Glaubt heute auch nur noch ein einziger Abgeordneter, daß dieser Wehrbeitrag mit Begeisterung gezahlt wird? Ueberall zeigen sich Bedenken. Auf den Marsch folgte sofort der Regenhammer. Wenn man einen Weg wählte, man würde den Beitrag ablehnen. Geht es aber so weiter, dann kommt man zu Verlusten, die nicht aufgebrocht werden können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Windthorst hat seinerzeit eine Resolution eingebracht, in der die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die Regierung nicht alle wehrfähigen Mannschaften heranziehen würde, weil dadurch

unerschwingliche Kosten entstehen würden. Prinz Wilhelm, der spätere Kaiser, hat 1887 in einer Denkschrift denselben Gedanken dargelegt und verschiedene Kriegsminister haben in diesem Hause diesen Standpunkt vertreten. Gewiß ist der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht richtig, aber er läßt sich nur durchführen auf dem Boden der Miliz. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn man dem Volke diese ungeheuren neuen Lasten auferlegt, so sollte man annehmen, daß die Regierung wenigstens auf anderen Gebieten dem Volke entgegenkommt. Aber nichts davon! Keine Herabsetzung der Dienstzeit, keine Herabsetzung des Militärgerichtswesens, keine Vereinfachung all des überflüssigen Krums, der sehr viel Geld kostet! Wir werden in der Kommission mit aller Kraft dahin zu wirken suchen, daß die

Herabsetzung der Dienstzeit auf 1 Jahr

erfolgt, daß die jährige Militärgerichtsbarkeit beseitigt wird, so immer mehr eine Scheidewand zieht zwischen unseren Volksgenossen im bunten Tuch und dem gewöhnlichen Bürger. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Urteile der Militärgerichte widersprechen immer mehr dem Volksempfinden, sie werden für die Masse des Volkes immer unerträglich.

Die Kosten, die aufgebracht werden sollen, sind ungeheuer. Nach einer Statistik gibt Deutschland im Jahr sich schon

für Heer und Flotte aus 1 569 987 000 M.

England 1 467 800 000 M., Frankreich 1 236 830 000 M. Es ist charakteristisch, daß gegenüber diesen Zahlen sogar die „Reinisch-Westfälische Zeitung“, die in erster Reihe zu den Rüstungstreibern gehört, sich zu dem Geständnis bequemen mußte, die Belastung des deutschen Volkes mit diesen Rüstungsausgaben sei auf das höchste Maß gestiegen. Und zu diesen Kosten kommt nun noch die 1 Milliarde einmaliger Ausgaben und die 186 Millionen jährlich fortwährender Ausgaben. (Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man glaubt, daß man damit das Uebermaß über andere Staaten erzielen würde, täuscht man sich gründlich. Von England kam sofort das Echo. Die Regierung erwidert den Anschein, als ob die Kosten tatsächlich von den Besitzenden aufgebracht werden sollen. Wie wenig das wahr ist, wird bei den Redungs-vorlagen erörtert werden. Wenn immer wieder erklärt wird: Wir müssen rüsten, si vis pacem, para bellum (Wenn du den Frieden willst, rüste zum Krieg), so kann ich nur erklären, daß niemals in der Welt ein falscher Satz aufgestellt worden ist. Schon Reichensperger und andere Zentrumsgesandte haben im Reichstag ausgeführt, daß, wenn man den Krieg nicht wollte, man nicht rüsten dürfe; wenn man den Frieden wollte, solle man den Frieden bereiten. Es handelt sich hier um ein Wort, das der eine dem anderen nachspricht und das schließlich die Kraft eines Dogmas erhält. Aber die Wahrheit ist ganz anders. Jede Rüstung eines Staates erweckt im anderen Staate das Mißtrauen und das Mißtrauen ist die Quelle der politischen Herwidlung. Das Mißtrauen des anderen Staates treibt ihn zu Rüstungen und dies erweckt wieder auf der anderen Seite von neuem Mißtrauen. So bewegt man sich in einem circulus vitiosus (Trugschluß).

Wenn der Reichskanzler betont, daß zwischen den westeuropäischen Völkern seit 1870 bei diesem Grundgesetz kein Krieg ausgebrochen sei, so ist das ein Scheinargument: nicht wegen der Rüstungen, sondern trotz der Rüstungen ist es möglich gewesen, den Krieg noch hinauszuzhalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler meinte weiter, wir müßten rüsten bis zum Neuherten; denn ein Volk das in Wohlleben und Luxus dahinlebe, breche zusammen. Ich weiß nicht, an welches Volk er gedacht hat. Im deutschen Volke, in seinen breitesten Massen, ist von Wohlleben und Luxus nichts zu merken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht lange her, da hat derselbe Reichskanzler zugestanden, daß z. B. die Fleischpreise eine unerschwingliche Höhe erlangt haben, daß eine Gefahr für die Ernährung der breiten Massen bestehe. Unsere ganze Wirtschaftspolitik hat eine solche Verteuerung hervorgerufen, daß wahrlich das Volk an alles andere als an Wohlleben und Luxus denken kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichskanzler meint, daß die Wehrfähigkeit der beste Maßstab für die moralischen Kräfte des Volkes ist, so sage ich ihm: nicht bloß die physische Tüchtigkeit kann diesen Maßstab bilden, sondern die Tätigkeit, die das Volk auf dem Gebiete der Kultur und Zivilisation entfaltet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man Deutschland als das Volk der Dichter und Denker bezeichnet, dann ist diese Vorlage geradezu

ein Schlag ins Gesicht dieses Volkes.

Man hat gesagt, Kanonen und Offiziere wären wichtiger als Professoren an Universitäten. Wenn man erst dahin kommt, die Wissenschaft, die Kulturfähigkeit des Volkes so niedrig einzuschätzen, dann ist das Volk auf den Abstieg gekommen, auf dem es kein Halt mehr gibt. Nein, sorgen Sie dafür, daß das Volk wirtschaftlich besser gestellt wird in seinen Massen, bringen Sie einen besseren Arbeiterschutz, ein besseres Wohnungsgesetz, dann wird eine große Zahl von Personen tüchtig gemacht für den Militärdienst, die heute verkommen unter den ungünstigen sozialen Zuständen, und diese können dann, wenn wirklich Gefahr ist, den heimatischen Boden schützen.

Diese Zeit des Jubiläums erinnert nicht nur an den Gedanken des Volksheroes, sondern auch an die geistigen und politischen Kräfte, die vor 100 Jahren maßgebend waren. Wir stellen uns dieser Militärvorlage gegenüber mit den Worten Kants, der mit seinen Reden an die deutsche Nation nicht wenig getan hat, um den nationalen Geist aufzuklären zu lassen, um die Begeisterung wachzurufen: Wir wollen ein wahrhaftes Reich des Rechts, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, mit aller Begeisterung für Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblickten, für Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenanlich trägt. Wenn diese Gedanken uns erfüllen, dann werden wir uns nicht hart machen, übereinander herzufallen, sondern dann wird unser ganzes Streben dahin gehen, die Zivilisation zu fördern, den Frieden und die Freiheit der Völker! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): wie immer auf der Tribüne unverständlich —: Nach 42jährigem Frieden werden diese ungeheueren Opfer für die Vermehrung unserer Heeresmacht dem Volke zugemutet. Ich hatte erwartet, daß der Kriegsminister etwas eingehender die Notwendigkeit dieser neuen Vorlage begründet hätte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So müssen wir weitere Informationen in der Kommission abwarten. (Abg. und Värm bei den Sozialdemokraten.) Eine Verdrehung des Friedens haben wir allerdings mehrfach erlebt; ich erinnere an Agadir usw. — Daß unsere Beziehungen zu Rußland gut sind, ist bei den verwandtschaftlichen Beziehungen der beiden Herzogtümer zu erwarten. Aber durch die Allianz mit Frankreich hat sich Rußland doch gebunden. Frankreich schreibt fortwährend an der Verbesserung seiner Rüstungen. Daß England mitwirkt, um die Kriegslust in Frankreich zu stärken, ist auch zweifellos. Recht hat der Reichskanzler auch mit dem Hinweis, daß durch das Ausweichen der europäischen Türkei das bisherige Gleichgewicht verschoben ist; der Dreieund ist durch die Ereignisse auf dem Balkan zweifellos geschwächt. Gewiß, sind die Anforderungen groß, die an das Volk gestellt werden, aber größer als die Opfer, die hier verlangt werden, würden doch die Opfer im Falle eines großen europäischen Krieges sein. In einen Uebergang zur Miliz, wie sie der Abg. Haase empfahl, können wir allein von den großen europäischen Staaten nicht denken. (Die folgenden Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne gänzlich unverständlich.)

Abg. v. Liebert (Ap.): Im Gegensatz zu dem sozialdemokratischen Redner habe ich den Reichskanzler zu begrüßwünschen (Französisches Bravo! bei den Sozialdemokraten) zu dieser Vorlage, die wirklich die Läden unserer Rüstung ausfüllt und das Vermächtnis der großen Zeit vor hundert Jahren: die allgemeine Wehrpflicht, zur Durchführung bringt. Ich bedauere nur, daß

Diese Vorlage nicht vor 1 1/2 Jahren gekommen ist; wir hätten dann in der Karoloffrage anders abgeurteilt. (Sehr richtig rechts.) Die jetzigen großen Kosten für das Heer sind herbeigeführt durch das Abweichen von der Bismarckschen Politik, durch das Aufgeben des Rüstungsvertrages mit Rußland. (Sehr wahr! rechts.)

Sehr erfreulich ist, daß diese Vorlage getragen ist von der Volkstimmung. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie (zu den Sozialdemokraten) rechnen sich allerdings nicht zum deutschen Volke. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie schließen sich ja sogar von der Feier der Goldentate unserer Väter aus. Ihr Abgeordneter Wendel hat in diesem Jahre 1913 in Frankfurt a. M. einen Vortrag gehalten zur Verherrlichung Napoleons I., dieses größten Vorkämpfers und Ausbeuters. (Erneute große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Wenn auch schwere Gefahren uns von Osten und Westen bedrohen, so wird doch ein Volk von 68 Millionen mit unserer starken militärischen Organisation und unter der Oberleitung eines Monarchen aus dem Hohenzollernhaus seine Scholle zu verteidigen wissen. (Bravo! rechts und bei den National-liberalen.)

63 000 Rekruten sollen mehr eingestellt werden in jedem Jahr, das bedeutet in zehn Jahren mit dem durchschnittlichen Abgang 517 000 ausgebildete Soldaten mehr. Das kann und keine andere Großmacht nachmachen, denen geht der Atem aus. Und dabei werden bei und auch dann noch die militärischen Lasten noch nicht als Druck empfunden wie in anderen Staaten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Die Folgen zeigen sich zunächst durch die Wucht der großen Zahl, der liebe Gott ist ja immer mit den größten Katastrophen gewesen. (Große Heiterkeit.)

Aus Großbritannien erklingen denn auch weit friedlichere Töne als früher. Frankreich will die dreijährige Dienstzeit ohne Ausnahme, auch für die Gebildeten, einführen und damit das geistige Niveau seines Heeres herabsetzen.

Ein zweiter Vorteil der Vorlage ist die Verjüngung der Armee. Daß nicht mehr die älteren Leute so stark zum Heeresdienst herangezogen werden brauchen, ist ein Argument, das im Volke großartig durchgeschlagen hat (Lachen bei den Sozialdemokraten) und waffenhaft haben sich nach Vorträgen von Wanderrednern des Wehrvereins im Industriegebiet Rheinland-Westfalens Arbeiter zum Eintritt in den Wehrverein gemeldet. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Jura: Das glaubt Ihnen kein Mensch!)

Sehr hoch schätze ich die Folgen der Vorlage für die Gesundheit unseres Volkes. (Jura bei den Sozialdemokraten: Soldatennußhandlungen!) 63 000 junge Leute mehr sollen jährlich in die Schule der Armee kommen und dort Vaterlandsliebe und vaterländische Gesinnung lernen, so daß sie später nicht mehr den sozialdemokratischen Ärzten verfallen können. (Zustimmung rechts. Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Die Wünsche der Armee werden durch die Vorlage voll befriedigt; als Sachverständiger aber weiß man nicht, wo man etwa Abstriche machen könnte. Im Berliner Tageblatt schlägt freilich ein Major a. D. Moritz Ersparnisse vor; so wünscht er, daß Juden und Unteroffiziere Offiziere werden können. Wohin aber die Aufnahme fremder Elemente in ein Offizierskorps führt, zeigt der Zusammenbruch der türkischen Armee (Schallende Heiterkeit links), deren früher tüchtiges Offizierskorps Christen, Armenier und andere aufgenommen hat. Noch eine politische Bemerkung: Bei dem Balkankrieg vor 30 Jahren sagte Windthorst, es handelt sich in dem Balkankrieg um die große Frage, ob das slavische oder germanische Element vorherrschen soll, und für das germanische Element ist in diesem Kriege Oesterreich maßgebend.

Seine Freunde werden also die Vorlage annehmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Behrens (Wirtsch. G.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu der Vorlage, die den Wunsch des Volkes nach Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht erfüllt.

Die Debatte wird vertagt.

Abg. Wendel (Soz., persönlich): Die Behauptung des Abg. v. Siebert, ich hätte in Frankfurt den „Judbürtigen Ausbeuter“ Napoleon verberührt, entspricht nicht den Tatsachen. Ich habe lediglich betont, wie segensreich bei den damaligen Umständen in Deutschland Napoleon gewirkt hat. (Jura: rechts: Ralfo!) Mit noch größerer Entschiedenheit habe ich unterstrichen, daß wir vor der großartigen Volkserhebung des Jahres 1813 allezeit Achtung gehabt haben und haben werden. Herr v. Siebert hat also objektiv die Unwahrheit gesagt; allerdings sind ihm als Geschäftsführer des bekannten Verbandes mildernde Umstände zuzubilligen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung der Militärvorlage.)

Schluß 8 1/2 Uhr.

Verfammlungen.

Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Am Sonntag, den 6. April, fand im großen Saal der Brauerei Friedrichshain die Jahresversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Die Versammlung war äußerst stark besucht.

Den Tätigkeitsbericht für das Jahr 1912 gab Cohen, der einleitend bemerkte, daß das vergangene Geschäftsjahr als recht eigenartig bezeichnet werden müsse. Es liege sich nicht gut sagen, daß 1912 ein Jahr der Krise sei, doch könne man auch nicht davon reden, daß es ein Jahr stillen Geschäftsganges gewesen sei. Die Erschütterungen der politischen Weltlage haben nachteilig und störend auf die Produktion in der Berliner Metallindustrie eingewirkt. Als weiterer Faktor kommt in Frage die Lage des Baumarktes. Angehts der Tatsache, daß ca. 15 000 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes in der Berliner Bauindustrie beschäftigt sind, ist ohne weiteres zu erkennen, daß eine Störung auf dem Baumarkt wie im Jahre 1912 auch auf die Arbeitslosigkeit der Metallarbeiter nicht ohne erhebliche Wirkung bleibe.

Im Berichtsjahre ist auch das neue Verbandshaus in der Linienstraße bezogen, das sich bekanntlich notwendig machte, da die bisherigen Räume in der Charitéstraße nicht mehr den Anforderungen der stark anwachsenden Organisation entsprechen konnten.

Ueber den Mitgliederbestand ist zu berichten, daß die Zunahme im Jahre 1912 selbst nicht als eine erhebliche bezeichnet werden kann. Zwar ist die Mitgliederzahl auf 91 784 gestiegen, doch müssen davon abgezogen werden die 2388 Kollegen, die vom Schmiedeverband übertraten, so daß schließlich als reine Zunahme 1124 bleibt. Insgesamt waren am Jahresabschluss vorhanden 91 784 zahlende Mitglieder, darunter 8845 weibliche. Die Ursache dieser minimalen Zunahme von zahlenden Mitgliedern ist zweifellos in folgendem zu suchen: Gegen Ende des Jahres 1911 hatte der Verband bekanntlich eine große Aussperrung und als bekannte Begleiterscheinung aller größeren Aussperrungen eine große Zahl von Aufnahmen, die, weil es gegen Jahresabschluss war, am Jahresabschluss 1911 sämtlich als Mitglieder geführt werden mußten. Von diesen plötzlich zur Organisation gekommenen Unorganisierten sind sicher im Jahre 1912 eine große Zahl der Organisation wieder untreu geworden. Wenn diese trotzdem die gesamte Zahl der Mitglieder nicht nur halten konnte, sondern sogar eine Zunahme im Jahre 1912 zu verzeichnen hatte, so ist das Ganze ein Beweis dafür, daß zum Teil bei diesen keine Veranlassung vorliegt, sondern im Gegenteil mit alle Veranlassung haben, mit unserem Mitgliederbestand zufrieden zu sein.

Die Zahl der Kämpfe, die im Jahre 1912 mit dem Unternehmertum ausgefochten wurden, war nicht gering. Das Gesamtbild geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

	Anzahl der Betriebe bzw. Branchen	Zahl der Beteiligten		Zahl der am Streik beteiligten Mitglieder	
		männl.	weibl.	männl.	weibl.
1. Angriffsstreiks					
a) Einzelbetriebe	61	2237	137	1916	123
b) Branchen	6	1123	—	296	—
2. Abwehrstreiks					
a) Einzelbetriebe	45	2727	417	2719	800
b) Branchen	1	95	15	66	2
3. Aussperrungen					
a) Einzelbetriebe	2	27	14	23	14
Summa	115	6200	583	5020	439
4. Angriffsbewegung ohne Arbeitseinstellung					
a) Einzelbetriebe	162	9454	252	6533	171
b) Branchen	7	7955	357	5550	280
5. Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung					
a) Einzelbetriebe	82	6297	1103	4284	390
Summa	301	28706	1712	16867	841

Beim Punkt Rechtschutz ging Cohen des näheren auf die Versuche der Behörden, der Unternehmerorganisationen, der Handwerkskammern usw. ein, die allesamt dahin trachten, den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich zu machen. Zwar gehen alle, sie wollen den Arbeitern das Koalitionsrecht nicht nehmen, nur die Auswüchse sollen bekämpft werden. Unter Auswüchse verstehen die Herren unter anderem das Streikpostensystem. Dabei sieht aber fest, daß das Streikpostensystem so untrennbar mit der Ausübung des Koalitionsrechtes selbst zusammenhängt, daß man durchaus berechtigt ist zu sagen, wer uns das Recht des Streikpostensystems nimmt, der nimmt und die Möglichkeit der Ausübung des Koalitionsrechtes. Darum ist es von all den Leuten, die gegen das Streikpostensystem zu Felde ziehen, entweder Unkenntnis der Sachlage oder aber sie kennen die Sachlage, und wenn sie trotzdem gegen das Streikpostensystem zu Felde ziehen, ist es Heuchelei, wenn sie erklären, das Streikpostensystem soll verboten werden, aber das Koalitionsrecht wollen wir nicht antasten.

Was den Arbeitsnachweis anbelangt, so müsse auf dem Gebiet noch viel mehr getan werden, um diesen Zweig der Tätigkeit wirkungsvoller als bisher zu machen. Es sind im vergangenen Jahr 8056 Stellen vermittelt. Das ist zwar gegenüber anderen Radreisen in der Metallindustrie schon recht nennenswert, gegenüber der Zahl der in der Metallindustrie besetzten Stellen aber recht minimal.

Die Kaiserfeier war im Jahre 1912 erheblich stärker als im Jahre 1911. Im Berichtsjahr sind 11 292 Mitglieder, die in 290 Betrieben beschäftigt waren, als Kaiserfeiernde gemeldet. Das ist fast das Doppelte gegenüber dem Jahre 1911. Die Aussperrung infolge der Kaiserfeier war nicht erheblich. Es waren bei 28 Firmen 1046 Arbeiter ausgesperrt. Die Dauer der Aussperrung reichte in keinem Fall über 7 Tage hinaus und war deshalb auch ohne Bedeutung.

Ueber die Bibliothek konnte infolgedessen günstiges berichtet werden, als die Zahlen ein erfreuliches Steigen der Leserkraft aufweisen. Während im Jahre 1910 die Zahl der ausgeliehenen Bände 64 525 betrug, stieg diese Zahl im Jahre 1911 auf 73 000, im Jahre 1912 auf 82 303.

Die Summe der ausgezahlten Erwerbslosenunterstützung, die an sich zwar nicht unerheblich ist, erreicht frühere Krisenjahre nicht. Inmehrin beträgt sie rund 661 000 M. für Erwerbslose infolge Arbeitslosigkeit und rund 525 000 M. für Erwerbslose infolge Krankheit.

Auch auf eine äußerst interessante Statistik, die für das Jahr 1912 aufgenommen ist, solle hingewiesen werden, nämlich die Statistik über das Alter der Mitglieder. Während im Alter von 18 bis 20 Jahre 15 400 Mitglieder vorhanden sind, steigt die Zahl für das Alter von 20—25 Jahre auf 17 783 und für das Alter von 25—30 Jahre auf 20 635. Mit dem 30. Jahre fällt die Zahl bereits, und zwar für die Klasse von 30—35 auf 12 462, für die Klasse von 35—40 auf 9913 und so fortlaufend, bis schließlich im Alter von 55—60 Jahre nur noch 1141 Mitglieder da sind, und sinkt dann weiter für das Alter über 60 Jahre hinaus auf 531 Mitglieder. Daraus ist zu ersehen, wie verhältnismäßig niedrig das Durchschnittsalter der Metallarbeiter ist, und wie dringend notwendig ein ausreichender Schutz für Leben und Gesundheit der in der Metallindustrie beschäftigten Personen ist.

Für das Jahr 1912 ist auch zum erstenmal eine Zusammenstellung aller durch Funktionäre des Metallarbeiterverbandes veranstalteten Konferenzen und Versammlungen gemacht worden. Diese Zusammenstellung zeigt folgendes Bild:

	Von den Bezirken 1—25	Von den Branchen	Zusammen
Bezirks- und Branchenkommissionssitzungen	483	545	978
Vertrauensmännerkonferenzen	398	308	641
Bezirks- und Branchenversammlungen	258	249	507
Öffentliche Versammlungen	4	24	28
Werkstattversammlungen	13 436	6 414	19 850
Sitzungen d. mittleren Ortsverwaltung	—	—	54
Sitzungen der engeren Ortsverwaltung	—	—	83
Sonstige Sitzungen	168	15	183
Insgesamt	14 687	7 550	22 234

Ueber Einnahme und Ausgabe der Haupt- und Lokalfasse im Jahre 1912 ist folgendes zu berichten: Die Einnahmen der Hauptfasse betragen insgesamt 2 745 549,13 M. Bei den Ausgaben der Hauptfasse waren als hauptsächlichste Posten angegeben: 525 598,90 M. für erkrankte Mitglieder, 661 140,85 M. für arbeitslose Mitglieder, 222 427,90 M. für Streikunterstützung, 43 459,40 M. für Gewahrgeltemunterstützung, 8520 M. für Unterstützung in besonderen Notfällen, 22 400 M. für Unterstützung in Sterbefällen, 23 184,50 M. für Reiseunterstützung, 13 521,25 M. für Umzugsunterstützung. In die Hauptfasse sind im Jahre 1912: 406 000 M. überwiesen.

Die Lokalfasse hatte inf. des Verbandes am Anfang 1912 im Berichtsjahr eine Einnahme von 1 630 520,44 M. Einige wichtige Posten aus den Ausgaben der Lokalfasse sind folgende: Für Streikunterstützung 131 638,50 M., für Gewahrgeltemunterstützung 12 849,95 M., für Unterstützung in besonderen Notfällen 5457,20 M., Der Bestand der Lokalfasse am Schluß des Jahres betrug 1 430 182,96 M.

Ueber den Bericht wurde wesentliches in der Debatte nicht diskutiert. Lediglich der Beschluß der Ortsverwaltung, wonach den Angehörigen gegen Schluß des Jahres 1912 eine Teuerungszulage gewährt wurde, zeitigte eine längere Debatte. Dabei kam zum Ausdruck, daß man zwar im allgemeinen gegen derartige Zulagen nichts einzuwenden habe, doch müßten solche Beschlüsse von der Generalversammlung sanktioniert werden. Eine Resolution, die dies für die Zukunft festlegte, also verlangte, daß derartige Dinge der Zustimmung der Generalversammlung unterliegen, wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung: Neuwahl usw., wurden der vorgeklärten Zeit wegen vertagt. Es gelangte nur noch ein Antrag zur Annahme, der folgendermaßen lautet:

Die Generalversammlung möge beschließen, an alle ausgefertigten arbeitslosen Mitglieder eine weitere wöchentliche Unterstützung in Höhe der ihnen zuzurechnenden Erwerbslosenunterstützung auf die Dauer von 4 Wochen zu zahlen.

Die erstmalige Auszahlung der Unterstützung erfolgt in der Woche nach der Beschlußfassung durch die Generalversammlung, und wird die Unterstützung bis zum 30. Juni 1913 gezahlt.

Berichtigung. In unserem Bericht von der Dreherversammlung der A. G. war als Redner der Bevollmächtigte Siering angegeben. Genosse Siering bittet uns um die Mitteilung, daß nicht er, sondern Müller, Branchenvertreter der Dreher, über die Mißstände in der A. G. berichtet hat.

Aus aller Welt.

Theorie und Praxis.

Während in den Parlamenten die Zentrumsbereiter über mangelnde Toleranz der Andersgläubigen jekteln und Anträge stellen, den Religionskult vor Drangalierung zu schützen, gehen die Schwarzröcke im Lande mit den argsten Mitteln des religiösen Terrors gegen jede ihnen unbecommene Anschauung vor. Reichstuhl und Kanzel sind beliebte Waffen im Kampfe gegen politische Gegner. Einen lehrreichen Vortrag zu diesem Kapitel bringt wieder das „Neue Schwarzwälder Tagblatt“ in Furtwangen. Es schreibt: „Beim Abhören der Beichte hat sich hier folgendes Zwiegespräch zwischen einem beichtenden älteren Mann und einem hier anwesenden Missionspatres entwickelt. Nach allgemeinen Fragen, ob der Beichtende Missionspredigten besucht habe, die er bejahren konnte, fragte der Vater: „Was für eine Zeitung halten Sie?“ — Der Beichtende: Den „Schwarzwälder Boten!“ — Der Vater: „Sie haben aber auch sonst noch eine Zeitung?“ — Der Beichtende: „Ja! Das „Schwarzwälder Tagblatt.“ — Der Vater: „Das ist ein katholischem Feindliches Blatt, das dürfen Sie nicht halten. Wenn Sie das Blatt nicht abschaffen, dann kann ich Sie nicht absolvieren.“ — Der Beichtende gab darauf keine Antwort. Nach einer Pause sagte der Vater: „Ich möchte nicht an Ihrer Stelle sein! Wissen Sie, was mit Ihnen geschieht? — Sie reißt der Teufel an Ihren roten Haaren in die Hölle!“ — Es trat eine längere Pause ein, wonach der Vater nochmals fragte: „Wollen Sie mir versprechen, das Blatt abzugeben?“ — Darauf erfolgte ein lares und deutliches „Nein“, und der Vater antwortete: „Dann gehen Sie, dann absolvieren ich Sie nicht!“ — Der Beichtende ist jederzeit bereit, diese Aussagen zu beidigen.“

Und das sind Diener der christlichen Lehre, deren höchster Grundlag heißt: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!

Ein deutscher Viermaster gekentert.

Das deutsche Segelschiff „Rimi“, das vor einiger Zeit an der Küste des Staates Oregon (N. St. v. A.) auf einen Felsen aufstieß, sollte am Sonntag abgeschleppt werden. Das Schiff legte sich auf die Seite und kenterte. Der Kapitän und dreißig Mann der Besatzung der „Rimi“ fanden dabei in den Wellen den Tod.

Sechs Menschen ertrunken.

Auf der Saale ertranken am Sonntag infolge Kenterns eines Bootes ein Musikant des Bernburger Infanterieregiments und fünf Kinder, drei Mädchen und zwei Knaben im Alter von 13 Jahren. Der Soldat hatte die Kinder auf der Fahrt vor Adersfeldt nach Gröna auf ihre Bitten an einer Anlegestelle in sein Boot aufgenommen. Auf der Rückfahrt ereignete sich dann das Unglück, wahrscheinlich infolge Beschleus der Blöße. Der Soldat ertrank bei dem Versuche, die Kinder zu retten.

Eisenbahnkatastrophe in Kroatien.

Ein furchtbares Eisenbahnunglück hat sich in den ersten Morgenstunden des Montag in der Nähe der Station Ogulin zugetragen. Ein von Budapest nach Fiume fahrender Schnellzug stieß in voller Fahrt mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Lastzuge zusammen. Beide Lokomotivführer, beide Heizer und der Zugführer des Lastzuges wurden getötet. Auch unter den Passagieren befanden sich Tote und Verletzte, doch ist deren Zahl noch unbekannt.

16 000 Todesopfer bei einem brasilianischen Eisenbahnbau.

Das italienische Auswanderungsamt gibt der Presse bekannt, daß eine nordamerikanische Gesellschaft umläuft eine Eisenbahnlinie durch die Staaten Mato Grosso und Amazonas in Brasilien längs der Flüsse Mabeira und Ramore fertig gestellt hat. Die Arbeiter fanden unter so ungünstigen klimatischen und allgemeinen Bedingungen statt, daß von den ersten 300 angeworbenen Arbeitern, die sämtlich Deutsche waren, nicht ein einziger am Leben blieb. Die Regierung des Deutschen Reichs mußte damals eingreifen, um weitere Einschiffungen nach dem Unglücksort zu verhindern und für die Heimfahrt der in Brasilien bereits Angekommenen sorgen. Diese Tatsache wurde damals auch von dem italienischen Auswanderungsamt bekanntgegeben, ohne aber daß es gelungen wäre, die heimliche Anwerbung neuer Arbeitskräfte in Italien zu verhindern. So sind weiter zahllose Auswanderer am gelben Fieber und an der Malaria zugrunde gegangen: im ganzen gibt der Bericht die Zahl der Todesopfer für den Bau einer Strecke von 300 Kilometer auf 16 000 an, ungerichtet dazwischen die Kranke die Arbeit verließen, um in den Hospitälern der umliegenden Städte zu sterben. Diefelbe Aktiengesellschaft, die diese Katastrophe auf dem Gewissen hat, schickte sich jetzt an, auf dem bolivianischen Gebiete am linken Ufer des Flusses Ramore eine neue Linie zu bauen. Das Amt hat in Erfahrung gebracht, daß eine Massenwerbung in Italien bevorsteht, und fordert daher alle italienischen Behörden auf, mit jedem geeigneten Mittel den Agenten der Gesellschaft entgegenzutreten.

Kleine Notizen.

Schweres Brandunglück. Im Markt Reitenbach (Baden) brannte Sonnabendnacht das Anwesen des Bauers Abrell nieder. Bei dem Versuch, seine drei im Alter von 6—8 Jahren stehenden Kinder zu retten, verbrannte Abrell mit diesen. Frau Abrell ist infolge des Unglücks schwer erkrankt.

Saturnmord aus Eifersucht. In dem braunschweigischen Dorfe Hempenrode erschof der Landwirt Hermann Schröder seinen Vater und richtete dann die Waffe gegen sich selbst, verwundete sich aber nur im Gesicht. Er sollte sofort in das herzogliche Krankenhaus nach Braunschweig übergeführt werden, starb aber bereits auf dem Wege dorthin. Der Grund der Tat ist darin zu suchen, daß der ältere Schröder fortgesetzt der jungen Frau seines Sohnes nachgestellt hat.

Europer in Viktoria-See ertrunken. Wie aus Luzern mittels Funkpruch über Dar-es-Salaam gemeldet wird, ist ein der dortigen Station gehöriges Fahrzeug bei einer Fahrt auf dem Viktoria-See gesunken. Neben einer Anzahl Eingeborener fanden dabei drei europäische Beamte der Station den Tod in den Fluten. Es sind dies der Kanalarbeiter Vogel, der Lokalfassistent Rörz und der Stationsdienergeant Müller.

Abgeordnetenhaus.

159. Sitzung, Montag, den 7. April, vormittags 11 Uhr. Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer.

Die ländliche Pflichtfortbildungsschule in den ländlichen Provinzen.

Abg. Ernst (Sp.) ist gegen Kommissionsberatung und obligatorischen Religionsunterricht.

Abg. Kloppenborg (Däne) protestiert gegen den Ausnahmeharakter der Sonderbestimmungen für Schleswig-Holstein gegen die Dänen.

Abg. Reinert (Soz.)

verwirft ebenfalls diese Sonderbestimmungen, die ihr Vorbild in der Einschränkung der Befugnisse der Gemeinden in polnischen Gegenden Schlesiens bei Errichtung von Fortbildungsschulen gefunden haben.

Verrohung gewisser Vanner und Marburger Studentenkreise nicht erfährt heran. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Angeblich soll die ländliche Pflichtfortbildungsschule landwirtschaftliches Wissen vermitteln, aber von führenden Agrariern ist oft genug als ihr Zweck „patriotisch-nationale“, d. h. antisozialistische Erziehung angegeben worden.

für den Kampf ums Dasein rüste,

bekämpfen aber alles, was in die Schule nicht hineingeht und behalten uns unsere endgültige Stellungnahme zum Gesetz für die zweite Lesung vor. (Zust. h. d. Soz.)

Landwirtschaftsminister Dr. Frhr. v. Schorlemer: Es muß verhindert werden, daß etwa dänische Gemeinden von den Vorteilen des Gesetzes keinen Gebrauch machen. Die Schule muß national tätig sein.

Abg. Reinert (Soz.): Nur, wenn Sie sich nach rückwärts entwickeln!

Auf Antrag v. Pappenheim (Konf.) geht die Vorlage an die veränderte Kommissionsberatung.

15 Millionen für Staatsarbeiterwohnungen.

In der Debatte über die Vorlage wünschen die Abg. Deltus (Sp.) und Dr. Schröder-Cassel (Nat.) strenge Prüfung der Wirtschaftlichkeit der vom Staat zu unterstützenden Baugesellschaften; eine Verzinsung von 5 1/2 bis 6 Proz. sei unbedingt notwendig.

Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Kleines feuilleton

Die Organisation der Künstler. Am Sonnabend hat sich eine Künstlerversammlung im Berliner Rathaus nach sieben Referaten für eine wirtschaftliche Organisation ausgesprochen.

Die Absicht ist verständlich; das Kohldampfziehen im kalten Atelier macht es unangenehm, ein Träger des Genies zu sein. Nun sieht man, wie allenthalben durch das Jaubermittel der Organisation die Lebenslagen bestimmter Produktionschichten sich heben.

Deutlich: es kann sich nur um Regelung bestimmter Momente im Verkehr des Künstlers mit dem Kunsthändler, den Ausstellungsleitungen, dem Auftraggeber handeln. Es können die Künstler sich als Einkaufende gegen die Farbenfabrikanten, die Leinwandhändler und Spektreure zusammenschließen.

Durch eine freilich können sie sich radikal helfen: durch ein Zusammen der Akademien auf fünfzig Jahre.

Ohne Zweifel: die Künstler sollen leben und sollen, wenn sie mit Verlegern, Reproduktionsanstalten und Händlern zu tun haben, soviel wie möglich dem Kapital abzwacken.

Die drei Jahre. Die Stimmung, die im französischen Volke jetzt in der Zeit der Aufrüstung und der Rückkehr zur

Der Kultusetat. — 5. Tag. — Höhere Lehranstalten.

Abg. v. Gohler (Konf.) befürchtet von der Bestätigung eines Juden als Direktor einer höheren Lehranstalt eine Schwächung der Disziplin und ist gegen eine Erleichterung des Abiturientenexamens, da die höheren Schulen von manchen nicht hinreichenden Elementen besucht werden.

Abg. Dr. Gohler (Zentr.) beschwert sich über Begünstigung der Realanstalten gegenüber den humanistischen und klagt über unparteiliche Behandlung der Katholiken bei Besetzung von Lehrstellen, die ein Regierungskommissar bestreitet, zu welchem Zwecke er eine lange Statistik vortrug.

Abg. Fromme (Katl.) führt aus, daß der Kampf der humanistischen und realistischen Ideale nicht mit der Niederlage der einen Richtung enden dürfe. Bei der Besetzung muß in den oberen Klassen möglichst rigoros verfahren werden, um den starken Zudrang zum Hochschulstudium einzuschränken.

Abg. Dr. Wagner (freil.) wünscht Alumnate für die Schüler in kleineren Städten.

Dienstag 11 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Groß-Berliner Zweckverbands-Versammlung.

Sitzung vom 7. April 1913.

Der Vorsitzende Oberbürgermeister Wermuth-Berlin eröffnete die Sitzung mit Reden auf die verstorbenen Vertreter Oberbürgermeister Schuchterus-Charlottenburg, Stadtverordneter Weber-Charlottenburg, Stadtverordneter Brade-Berlin. Er gedachte auch des so unerwartet aus dem Leben geschiedenen Verbandsbeamten Baurat Kiehl, der „der Last seiner Pflichten erlegen“ sei.

Für den verstorbenen Bürgermeister Russel-Tempelhof wurde als stellvertretendes Mitglied des Verbandsausschusses der Amt- und Gemeindevorsteher Wiesener-Tempelhof durch Zutritt gewählt.

Über die Prüfung einiger Wahlen von Vertretern und Erfahrmännern berichtete die Wahlprüfungskommission durch Baurat Licht-Schöneberg. Sie beantragte, die Wahl des Stadtkammerers Böhm-Berlin zum Vertreter für Berlin für unzulässig zu erklären. Böhm war zum Vertreter für Berlin gewählt worden, nachdem er in Berlin Stadtkammerer geworden war, aber noch ehe er seinen Wohnsitz aus Schöneberg hierher verlegt hatte.

Stadtrat Hirsfeld-Berlin bestritt, daß das Bürgerrecht erforderlich sei. Es genüge, seinen Wohnsitz in der Gemeinde zu haben. Sein Antrag auf Zurückverweisung der Sache an die Wahlprüfungskommission wurde unterstützt vom Stadtverordneter Vorsteher Lüdke-Spandau und vom Stadtverordneten Stadthagen-Berlin. Die Versammlung beschloß Zurückverweisung.

Dem Etat für 1912 waren die Mittel zunächst als Darlehen von Berlin zur Verfügung gestellt worden. Sie sollen jetzt in Höhe von 235 000 M. durch Umlage aufgebracht werden, wobei das Jahressteuereinkommen aus 1912 (Grundsteuer, Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, Betriebssteuer) den Maßstab abgibt.

Die genehmigte auch den im Entwurf vorgelegten Etat für 1913, der in Einnahme und Ausgabe mit 241 558 M. abschließt. Die Ausgaben betreffen hauptsächlich in Gehältern der Verbandsbeamten. Die Einnahmen sollen wieder durch Umlage herbeigeschafft werden, wobei die Anteile der einzelnen Gemeinden sich nach dem Steuerfall aus 1912 nur wenig ändern.

Zugestimmt wurde einigen Straßenbahnprojekten. Die „Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft“ will durch die

trügerischen Barbarei herrscht, schildert uns ein gelegentlicher Mitarbeiter. Er schreibt uns aus Rennes:

Die wenig wirkt dort der Zeitungslärm im Volke nach. Es locht die „gute Suppe“ Maggi, beleuchtet mit Auer-Gaslicht die Gassen und Fabriken, fährt mit deutschen Lokomotiven, seine Cafés halten alle das Schild an der Tür „Choucrout garni“ (Sauerkraut mit Frankfurter oder Halberstädter Würstchen), die Stadt veranaltet ihren Schumann-Abend, das Theater bereitet als Kostüm „Hänfel und Gretel“ von Humperdinck vor und läßt die „Action française“ sich den „patriotischen“ Hals aufschneiden, über diese „Invasion“, über diese 80 000 Deutsche, die sicher alle Espione seien, die man aber nicht unter Polizeiaufsicht bringen könne, denn der, dem solche Maßnahme zu übertragen wäre (der Polizeiminister), sei selbst ein Deutscher, der Sohn eines deutschen Pastors.

Ein Dialog, der sich bei Einkäufen Dmal wiederholt: „Der Herr ist kein Franzose, nicht wahr?“ — „Deutscher.“ — „So. — Nicht wahr, wir werden doch keinen Krieg haben, es wäre schrecklich!“ Eben liegen in den Gassen die ersten Hefte des an sich gut illustrierten Werkes über Deutschland von dem traurig bekannten Sensationschreiber Huret auf, die unsere Welt den Franzosen mit den Augen eines Scherenspreizers zeigt, also „le Kaiser“ in den hundert Fesen als Gipfel und Mittelpunkt deutschen Lebens, dazu die unsondere Reklameprobe des Verlegers, der die Konjunktur nützen will: „Jede Kenntnis von Deutschland ist uns eine Waffe mehr.“ Da nun die Woge des Chauvinismus nach den Erklärungen der Gläser zurückgeht, wird er das Eiseit wechseln: „Nede Kenntnis uns, befestigt die Freundschaft der beiden großen Völker.“

Vor diesen Zeitungsläden, die die Hauptblätter anheften, sammelt sich jede der vielen Parteien, die es in der Stadt gibt. Der Oberst im Dolman geht zornig weiter, wenn er vom Türkenkrieg liest. Wozu lebt er, wenn es nicht „los“ geht? Studenten lesen im „Matin“ von ihren wegen der drei Jahre verübten Delikten und übersehen die Fortsetzung und Rückseite, die ein anderes Blatt bringt, übersehen auch gern das hübsche ihnen gewidmete Blatt Steinlens, des Pariser Künstlers, der die Jüglinge der Kleinfinderschule einmütig eine leidenschaftliche Petition an den Präsidenten wegen der drei Jahre unterzeichnen läßt. Sie übersehen die beiden Zeichnungen der „Guerre Sociale“ (Der soziale Krieg), in denen gezeigt wird, wie diese „Patrioten“, diese Söhne der Familien ihr drittes Jahr leisten werden (als Kriegsschüler, als Reservelieutenants, an Stelle der Kasernen in eigenen Wohnungen in der Stadt usw.) und — wie die Söhne des Volkes. Sie vergehen sich erst, wenn ein Radon von Arbeitergruppen erhält. Man kennt sich. Das ging so: Die Gruppe sozialistischer Studenten der Universität verbreitet ein Manifest, in dem sie über die Morde der deutschen Militärbehörden aufklärt und für die Entente der drei Kulturvölker eintritt. Die „guten“ Blätter rufen, die höheren Schüler und Studenten ziehen die Sünden vor ihr Standesgericht. Die kleine Gruppe erscheint heroisch, verteidigt sich mit allen Kräften und wird von den 300 Patrioten niedergestimmt. Umzug mit Bahnen, Anerkennung des „Matin“ und dadurch erzeugter Größenwahn. Anderen Tags antworten auf dieses Rebergericht die Arbeiter (vor allem die Arsenalarbeiter), die in großen

mit ihr vereinigte Gesellschaft der „Südlischen Berliner Vorortbahnen“ Straßenbahnlinien von Britz nach Rudow bauen und betreiben, die für diese Orte seit langem gewünscht werden. Die Stadt Berlin will Gleise in der Universitätsstraße legen, die ein Stück der einzigen Verbindung ihrer nördlichen und südlichen Linien (auf dem Wege des Oprenhaupttunnels) sein sollen.

Der durch Kiehls Tod veranlaßte Posten des Stadtbauers soll baldmöglichst neu besetzt werden. Zu dieser Vorlage gab Verbandsdirektor Steiniger einen Heberbrief über das „geradezu ungeheure Arbeitsquantum, das Baurat Kiehl mit tiefem Fleiß und außerordentlicher Sachkenntnis erledigt habe“. Man dürfe die Zahlreichen von den Gemeinden erlangten Bebauungspläne, die zum großen Teil von Kiehl schon bearbeitet seien, nicht länger liegen lassen.

Bürgermeister Reiche-Berlin beantragte, von einer erneuten Ausdehnung des Postens abzusehen und auf die früheren Bewerber zurückzugreifen. Stadtverordneter Bruns-Berlin hielt für unzulässig, das jetzt schon zu beschließen, ehe der zur Vorbereitung der Wahl eingehende Ausschuss geigt habe. Dieser Antrag wurde dann abgelehnt. Der Ausschuss wurde sofort ernannt.

Es folgte dann das Hauptstück der Tagesordnung, die Beratung und Beschlußfassung über Spandaus Stadtwald.

Die Kommission, die im Januar zur Vorbereitung des dem Verband vorgelegten Abkommenentwurfes eingeholt worden war, berichtete durch den Stadtverordneten-Vorsteherdirektor Heinitz-Bilmersdorf. Von erneuten Verhandlungen mit Spandau habe man sich Erfolg versprochen, aber es sei nur Klarheit darüber geschaffen worden, was mit Spandau auf gutlichem Wege sich erreichen lasse. Nicht erreicht habe man die Freilassung des Habelufers; sie wäre nach Spandaus neuesten Forderungen nur möglich gewesen gegen völligen Verzicht auf den Wald, der nur seinen 3000 Morgen dann doch wertvoller sei als der schmale Uferstreifen. Der Versuch, gegen die industrielle Ausnutzung des Ufers den Bezirksausschuss mobil zu machen, sei nicht sehr aussichtsreich. Die Mehrheit der Kommission wünscht gütliche Verständigung mit Spandau, dessen besondere Interessen man nicht unberücksichtigt lassen dürfe. Dabei müsse der anfänglich vorgelegte Abkommenentwurf zur Annahme empfohlen werden.

Um diesen Beschluß zu verhindern oder wenigstens in seinen Folgen zu mildern, wurden von den sozialdemokratischen Vertretern und auch von einer Gruppe bürgerlicher Vertreter und westlichen Vororten mehrere Anträge eingebracht. Unsere Genossen beantragten unter anderem, den Verbandsausschuss um eine Vorlage zu ersuchen, die für das Ufergelände einen Fischlinien- und Bebauungsplan aufstellt. Bei industrieller Ausnutzung seien die Interessen des Verkehrs, der Wohnungsfürsorge, der Volksgesundheit zu sichern. Bis zur Erledigung solle die Beschlußfassung über das Waldabkommen ausgesetzt werden. Für den Fall der Annahme des Waldabkommens beantragten unsere Genossen, von dem Ufergelände alle solche gewerblichen Anlagen fernzujagen, die die Luft verpesten. Die Anträge der bürgerlichen Vertreter wünschten Freilassung des Ufers und ungeschmälerte Benutzung des Waldes.

Die Anträge unserer Genossen begründete Stadtverordneter Stadthagen-Berlin. Unmöglich könnte der Verband, wie jener jetzt aufs neue zur Annahme empfohlene Abkommenentwurf es ihm zumute, sein Recht der Beteiligung an der Feststellung von Fischlinien- und Bebauungsplänen preisgeben. Dieses Recht sei eine Pflicht des Verbandes, die ihm durch das Gesetz auferlegt werde und von der nicht er selber durch Verzicht sich freimachen könne. Genosse Stadthagen wies darauf hin, daß der industrieller Ausnutzung des Habelufers, wie die Stadt Spandau sie plane, Arbeiterwohnungen in der Nähe geschaffen werden müßten. Er erinnerte daran, daß der Mangel an Arbeiterwohnungen in Spandau vor einigen Jahren auf Betreiben der Militärbehörde durch eine Kommission festgestellt worden ist. Aufgabe und Pflicht des Zweckverbandes sei, hier einzugreifen und einer Wohnungsnot vorzubeugen, wenn Spandau nichts zur Verhütung einer solchen tue. Ueber das Abkommen mit Spandau könne nicht eher Beschluß gefaßt werden, als bis durch Aufstellung eines Fischlinien- und Bebauungsplanes die Möglichkeit, in der Nähe des geplanten Industrieviertels die nötigen Arbeiterwohnungen zu schaffen, gesichert sei.

Bei Annahme dieses Antrages sei, erwiderte Oberbürgermeister Köhler-Spandau, die Sache für Spandau völlig er-

Waffen erscheinen, die Sähe jenes Flugblattes aufnehmen und den Klambim der Patrioten verdammen. Die Sieger von gestern dürften nach neuen Vorbeeren. Wieder ziehen sie mit ihren Fahnen an, dringen in die Versammlung und fordern die 3 Jahre. Man bringt sie zur Kasse und scheidet sie zu ihren Schularbeiten zurück. Seitdem sind sie weit friedfamer. „Ces gosses“ (diese Kinder) — sagt ein Corporal — „wie sie danach schreien; wenn sie nur erst drei Tage in der Kaserne sind, singen sie nicht mehr.“ — „Drei Jahre?“ fragt in der „Guerre Sociale“ ein anderer, „um was zu machen? Man weiß schon nicht, was man sie im zweiten Jahre tun lassen soll, wie soll es im dritten werden?“ Der dritte fährt schärferes Geschwätz gegen die Kriegsspieler auf. „Daß die Herrschaften es nur wissen, 500 000 Soldaten stehen in den Kasernen bereit, warten auf das Zeichen der Arbeiterführer, um zu marschieren.“

Notizen.

Prof. Adolf Slaby ist am Sonntag in Charlottenburg gestorben. Er ist in weiteren Kreisen bekannt geworden durch die Uebernahme und Ausbildung der Marconischen Entdeckung der drahtlosen Telegraphie. Seit der Mitte der siebziger Jahre wirkte Slaby — ein geborener Berliner — als Dozent an der Gewerbeschule in Berlin, später erhielt er eine Professur für Elektrotechnik an der Technischen Hochschule in Charlottenburg. Seine wissenschaftlichen Arbeiten hatten sich auch mit den Kleinmotoren, besonders der Gasmaschine, beschäftigt, aber zu „nationaler Bedeutung“, zum Spezialprofessor für den Kaiser, dem er in keinem Kreise Vorlesungen hielt, kam er erst durch die mit kaiserlicher Unterstützung ermöglichte Ausbildung des Telefunken Systems. Sein System, an dessen Ausarbeitung u. a. auch Arco und Braun mitbeteiligt sind, wurde in besondere nationale Gut getan und der praktische Anwender einer Erfindung, die trotz aller deutschen Vorarbeiten (Gery) schließlich doch der Italiener Marconi gemacht hatte, flog rasch zu den höchsten Ehren des preussischen Systems: bis ins Herrenhaus. Die nationalen Interessen des neuen Systems waren natürlich inzwischen längst in die zeitgemäße kapitalistische Form umgewandelt worden.

Repertoireänderung im Deutschen Opernhaus. Wegen schwerer Erkrankung eines Mitglieds wird am Donnerstag statt des „Mädchen aus dem goldenen Westen“ die zweite Vorstellung von „Lante Simona“ und „Schleier der Pierette“ gegeben, dagegen am Freitag statt dieser das „Mädchen aus dem goldenen Westen“.

Abschiedsvorstellungen im Fesling-Theater. Das Brahmische Ensemble, das nur noch im April und Mai spielt, wird zum Beschluß eine Audwahl aus seinen markantesten Auführungen in geschlossener Reihe bieten. Ein Zyklus wird zwischen dem 19. April und 10. Mai sechs Hauptmann und sechs Jbsenstücke bieten. Auf diese Vorstellungen wird ein Abonnement (auch für jede Serie besonders) zu ermäßigten Preisen eröffnet.

Neue Dramen. Max Halbe hat ein neues Drama: „Freiheit“ vollendet, das in der nächsten Saison in Berlin zur Uraufführung kommen wird.

ledigt. Die Aufstellung eines Nachmittags- und Besauungsplanes könne mehrere Jahre erfordern, so lange werde aber der um das Gabelufer sich bewerbende Unternehmer schwerlich warten wollen. Röhre bestritt, daß in Spandau ein Wohnungsmangel bestehe. Ledrigens sei der Zweckerwerb in dem vorliegenden Falle gar nicht berechtigt, durch ein Verfahren zur Aufstellung eines Nachmittags- und Besauungsplanes einzugreifen. Durch den Zweckerwerb werde die Stadt Spandau schwer beeinträchtigt und in ihrem Recht der Selbstverwaltung gehindert. Bei dem Abkommen sei sie die Gebende und der Verband der Empfänger. Die Verbandsversammlung könne unbedenklich zustimmen.

Gegen die von Bürgermeister Raier-Charlottenburg begründeten Anträge zum Schutze des Gabelufers wendete Stadtbaurat Bender-Spandau ein, daß alle derartigen Beschränkungen eine Einigung mit dem Unternehmer unmöglich machen würden.

Für die Annahme des Abkommens und Ablehnung aller einschränkenden Anträge sprachen sich Stadtbaurat Cassel-Berlin und Verbandsdirektor Steiniger.

Die Abstimmung bedeutete eine vollständige Kapitulation vor den Forderungen Spandaus. Alle einschränkenden Anträge wurden abgelehnt und es wurde dann das Abkommen mit Spandau nach dem Vorschlage der Kommission angenommen.

Aus der Partei.

Innere Bauarbeiten aus Stuttgart.

Vor den Schranken des Stuttgarter Schöffengerichts haben sich am Freitag für die Partei wenig erbauliche Sachen abgespielt. In zwei Fällen standen Parteigenossen vor dem bürgerlichen Gericht, die sich gegen Anschuldigungen von Parteimitgliedern zu verantworten hatten. Zunächst kam die Privatbeschuldigung des Gewerleiters vom Gemeindefabrikantenverband, Genossen Altvater, gegen den Genossen Westmeyer zur Verhandlung. Die angebliche Verleumdung ist in einer geschlossenen Parteiverammlung des Bezirksbezirks erfolgt, wo es sich um die Kandidatenaufstellung zur Bürgerausschusswahl handelte. Altvater kandidierte; seine Kandidatur wurde von Westmeyer scharf bekämpft, mit der Motivierung, die Rolle, die Altvater im Parteileben Stuttgarts gespielt habe, mache es notwendig, daß er für einige Zeit aus der Parteifamilie verschwinde. Die persönlichen Angriffe beantwortete Westmeyer absonnend mit dem Hinweis auf die anonyme Verleumdung der Abschriften eines Briefes, den er (Westmeyer) anlässlich der Gemeinderatswahl 1911 an den Verbandsvorstand der Organisation Altvaters geschrieben habe. Weiter warf Westmeyer dem Genossen Altvater vor, daß er, um einen unbedenklichen Kandidaten aus dem Arbeiterausschuss der Gemeindefabrikanten Stuttgarts zu entfernen, den von der zuständigen Arbeiterversammlung beschlossenen Zettel unbedenklich abgeändert und zur Verteilung gebracht habe. Altvater hatte nun wegen dieser letzten Bemerkung Klage erhoben. Westmeyer erklärte vor Gericht: da die von Altvater unter Klage gestellte Verleumdung Parteiangelegenheiten nicht betreffe, sondern mehr gewerkschaftlicher Natur sei, könne er sich über die Angelegenheit äußern. Der Angeklagte Westmeyer hielt dann seine Klagen vollständig aufrecht. Altvater gab zu, daß in der Nacht nach der Versammlung auf seinem Bureau und mit seinem Einverständnis ein Teil der Stimmzettel geändert und an einige Vertrauensleute hinausgegeben worden sei; doch sei das im Einverständnis mit der Ortsverwaltung geschehen, da der von der Versammlung aufgestellte, von ihm aber getrichene Kandidat moralisch nicht intakt gewesen sei. — Die Verhandlungen wurden schließlich, da das Gericht noch eine genauere Nachprüfung der einzelnen Fragen für geboten hielt, auf unbestimmte Zeit vertagt. Westmeyer erklärte, daß er, um eine rasche Erledigung des Falles zu erzielen, dahin wirken werde, daß seine Immunität als Landtagsabgeordneter für diesen Fall aufgehoben werde.

Im zweiten Fall hatte Genosse Heymann gegen Genossen Heingelmann Strafantrag gestellt. Heingelmann hatte in einem Zirkular, in dem er aufforderte, Heymann von dem Zettel zu trennen, den letztgenannten als „Boruch“ bezeichnet und ihm vorgeworfen: er müsse persönliche Freundschaft aus, um sich in der Partei vorzubringen. In einer sich anschließenden Preßfehde hatte Heingelmann weiter den Vorwurf erhoben: Heymann habe sich bei der Sonntagswahl 1906 sein Mandat durch abgeänderte Stimmzettel erschlichen. Daraufhin hat Heymann Klage beim Schöffengericht Stuttgart-Stadt erhoben. Zur Verhandlung war Heingelmann nicht erschienen. Er ließ durch seinen Rechtsbeistand erklären: aus Gründen der Parteidisziplin und im Parteinteresse lehne er es ab, sich wegen dieser Angelegenheit vor einem bürgerlichen Gericht zu verantworten. Er sei aber bereit, jedem Parteigericht Rede und Antwort zu geben und den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten. Heymann erwiderte dem Sinne nach: Auch ihm sei es peinlich in der Angelegenheit vor einem bürgerlichen Gericht zu klagen. Aber Heingelmann habe seine Verleumdung öffentlich getan, er habe ihn darum auch öffentlich verklagen müssen. Er könne auch jetzt nicht die Klage zurückziehen und die Angelegenheit einem Parteigericht überweisen, da er nicht die Gewissheit habe, daß bei einer Behandlung der Angelegenheit durch ein Parteigericht die Sache so in die Öffentlichkeit komme, wie er es wünsche. Als Abgeordneter müsse er maßlos dastehen. Nach einer kurzen Replik der beiden Verteidiger führte Genosse Heymann noch aus: Es sei nicht wahr, daß zur Landtagswahl 1906 abgeänderte Zettel ausgegeben worden seien. Sechs Mandate seien damals zu besetzen gewesen. Die Parteiverammlung habe beschlossen, fünf Kandidaten auf den Zettel zu nehmen, den Genossen Altvater mit zwei Stimmen. Es sei nun so verfahren worden, daß in Konsultation der Genosse Vossler-Cannstatt auf dem Stimmzettel beiseite gelassen sei, während in Stuttgart der Genosse Altvater auf den Zettel genommen worden sei. (Altvater war bei der Abstimmung an die sechste Stelle gekommen, war also, da nur fünf Genossen aufgestellt werden sollten, bei der Abstimmung durchgefallen.) Zu seinen (Heymanns) Gunsten sei nichts unternommen worden. — Der Vertreter Heymanns beantragte, das Urteil in allen sozialdemokratischen Blättern Württembergs zu veröffentlichen. Das Urteil ging dahin: Heingelmann wird zu 100 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt; dem Kläger wird die Publikation des Urteils in der „Tagwacht“ zugesprochen. Der weitergehende Antrag wurde abgelehnt.

Die Sozialdemokratie Niederösterreichs

hielt in Wien ihren Landesparteitag ab, der mit einer Trauerkundgebung um ihren besten Mann, den ermordeten Genossen Franz Schumacher eingeleitet wurde. Aus den Berichten ergibt sich u. a., daß unsere Stimmengabe bei den Gemeindevahlen in Wien seit 1900 von 36 000 auf 118 000 gestiegen ist. Die Partei besitzt zurzeit 151 Gemeindevorsteher im „Stammhaushalt der Monarchie“. Die 21 Bezirksorganisationen Wiens hatten am 30. Juni 1912: 42 536 männliche und 3863 weibliche Parteimitglieder gegen 39 617 männliche und 3746 weibliche im Jahre 1911. In der Provinz sind 8399 Parteimitglieder organisiert. Das Landesorgan „Volkstribüne“ hat eine Auflage von 60 200 Stück, das Wochenblatt „Gleichheit“ in Wiener Neustadt 8000, der „Volksbote“ in Floridsdorf 7500. Die politischen Verfolgungen haben sich ungemein verschärft, namentlich im Zusammenhang mit den Leuzerungskrawallen von 1911, bei denen bekanntlich fünf Menschen erschossen und eine Fülle langjähriger Haftstrafen verhängt wurden. Der „Jugendliche Arbeiter“ erscheint monatlich in mindestens 16 000 Exemplaren. Ueber die nichtgenügende Verbreitung der Wiener „Arbeiterzeitung“ wurde auf dem Parteitag gründlich debattiert.

Parteiliteratur.

Der Wahrheitskampf vor dem Reichstage. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. S. P., Berlin SW 68. Preis 10 Pf. Enthält die wesentlichen Ausführungen der Reichstagsrede des Ab-

geordneten Otto Wels vom 12. Februar d. J. Die Broschüre ist zur Massenverbreitung bei den bevorstehenden Landtagswahlen sehr geeignet.

Für Organisationen steht eine Ausgabe ohne Umschlag zu ganz geringen Preisen zur Verfügung.

Landtagskandidaturen. Für die Sozialdemokratie kandidieren in Breslau-Land die Genossen Schölich und Schüb; in Grünberg die Genossen Reichstagsabgeordneter Davidsohn und Walter Baron; in Waldenburg die Genossen Osterreich, Schönwälder und Peiz.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafbare Kritik.

Zu 200 M. Geldstrafe verurteilte die Waldenburger Strafkammer den Verantwortlichen der „Schließischen Bergmacht“, Genossen Franz. Es handelt sich bei dem angeblich beleidigenden Artikel, der unter der Überschrift: „In der Richter zum Köchen oder zum Richten da?“ durch eine ganze Anzahl Parteiblätter ging, um eine wissenschaftliche Kritik eines Urteils des Schöffengerichts Puer in Weiskalen gegen einen Streikenden, der einen Arbeitswilligen Streibbrecher nannte.

Jugendbewegung.

Die bayrische Regierung gegen die Arbeiterjugend.

Die oberfränkische Kreisregierung hatte sich zu einer Beschlusse zu äußern, die sich gegen einen Erlaß der Bayreuther Schulbehörde richtete, durch den den Fortbildungsschülern verboten wird, ohne Erlaubnis der Schulleitung an den Veranstaltungen im Jugendheim, den sonntägigen Ausflügen usw. teilzunehmen. Man wies sich dabei auf eine frühere Verfügung, die den Fortbildungsschülern die Teilnahme an Vereinen und deren Veranstaltungen verbietet, daß es sich aber im vorliegenden Falle um keinen Verein, sondern um zwanglose Veranstaltungen von Einzelpersonen handelt, machte den Staatsrath weiter kein Kopierbrechen. Die Oberfränkische Regierung hat das ungelegliche Vorgehen mit folgender Entschlieung gebilligt:

Die angefochtene Verfügung der Vorstandschaft der allgemeinen Fortbildungsschule Bayreuth ist eine schulaufsichtliche Maßregel, welche von diesem Organ nach Lage der Verhältnisse nicht nur erlassen werden konnte, sondern nach Anschauung der Kgl. Regierung erlassen werden mußte, da die Schulleitung darauf zu sehen hat, daß die Schüler auch in ihrem Verhalten außerhalb der Schule sich nicht in Widerspruch mit den Erziehungszielen derselben setzen und weil die Schulleitung die Pflicht besitzt, schädlichen Einflüssen, welche sie bei Erfüllung der Erziehungsaufgabe wahrnimmt, mit entsprechenden Maßregeln — nötigenfalls auch ohne Zustimmung der erziehungsberechtigten Angehörigen — entgegenzutreten. Die Frage, ob die Bayreuther Arbeiterjugendbewegung ihre vorwiegend auf Verschärfung des Klassenkampfes gerichteten Bestrebungen in Form eines politischen oder nichtpolitischen Vereins oder in zwanglosen Versammlungen und Veranstaltungen zu erreichen sucht, ist für die in der Schulaufsicht gelegene Berechtigung der Schulvorstandschaft zur Erlassung der angefochtenen Anordnung nicht ausschlaggebend. Der Beschlusse kann demnach keine Folge gegeben werden.

Es ist also in der schönen Wagnerstadt Bayreuth, die eine liberale Leuchte als Bürgermeister regiert, rechtens, daß ein fortbildungsschulpflichtiger Arbeiter in den Karzer gesperrt wird, wenn er sich im Jugendheim einen lehrreichen Vortrag anhört oder Sonntag in Begleitung Erwachsener einen Ausflug macht, ohne erst die Erlaubnis der Schulleitung eingeholen, die er natürlich niemals bekommt. Es ist auch ein Gewaltthat sondergleichen, daß man auf solche Art Arbeitern das Erziehungsrecht über ihre eigenen Kinder zu rauben sucht.

Spielerprozeß Stallmann.

8. Verhandlungstag.

In der jetzigen Sitzung wurde der Kriminalkommissar v. Kanteuffel vernommen. Er bezeugt, daß er seit dem Jahre 1892 Leiter des Spielerbezirks in dem Berliner Polizeipräsidium ist. Der Zeuge schildert, daß er zuerst durch ein Buch „Taschen-Spielerliteratur“ auf das hier in Frage kommende Spiel „r ouge et noir“ gestoßen sei. Bei diesem fast ausschließlich von internationalen Falschspielern angewendeten Spiel, welches sich von dem bekannten Bauernfängerspiel „Kümmelblättchen“ nur dadurch unterscheidet, daß es noch leichter als dieses sei, lasse sich durch eine leichte Fälschung der roten oder auch der schwarzen Karten ein betrügerisches Spiel bewerkstelligen. Als der Zeuge an der Hand der ihm von der englischen Polizei überlieferten Werkstätte mit Photographie mittel, daß der Kapitän Newton in England als Falschspieler bekannt und schon mit 30 Monaten Gefängnis wegen Betrugsverbrechen verurteilt ist, erklärt der Angeklagte Stallmann, daß diese Behauptung der englischen Polizei unrichtig sei.

Zu längeren Auseinandersetzungen kommt es, als Zeuge angibt, daß nach seinen Erfahrungen das Zerreißen der Karten immer auf Falschspiel hindeute.

Der Zeuge äußert sich dann ausführlich über die Personalien derjenigen Personen, welche bei den in- und ausländischen Polizeibehörden als gewerksmäßige Spieler und als Falschspieler bekannt sind. Zu diesen Personen gehören u. a. Kohler, der Holländer Kroth, der Wundhändler Maringer, der jetzige Angeklagte Kramer usw., letzterer sei auch schon einmal, da er in den Verdacht des Falschspiels geraten war, aus Lugano ausgewiesen worden. — Staatsanwaltstrat Weismann: Es ist hier wiederholt mit Emphase darauf hingewiesen worden, daß in dem Hause des Stallmann ein deutscher Chronologer verkehrt habe. Ich erkläre hier, daß dies der Graf Ostheim ist, der durchaus nichts mit einem registrierten Hause zu tun hat und sogar in dem Verdacht steht, mit diesen Dingen hier unter einer Decke zu stehen. Demgegenüber erklärt Rechtsanwält Dr. Meyer I., daß es sich gar nicht um den Grafen Ostheim, sondern um einen anderen Prinzen aus einem registrierten Hause handelt.

Auf dem Zeugentisch wird im Anschluß an die Vernehmung dieses Zeugen von dem Staatsanwalt ein neues Spiel Karten ausgebreitet. Der Staatsanwalt selbst spielt die Rolle des Falschspielers und macht jede unzulässige Karte vorher namhaft. Der Angeklagte Kramer steht kopfschüttelnd, gewissermaßen als Oberquader, dabei und äußert sich dann mit großer Lebhaftigkeit.

Die Angeklagten befragen Herrn v. Dippe nochmals als Zeugen zu hören. Niemals sieht auf dem Standpunkte, daß es für ihn von größter Wichtigkeit sei, daß er erst von Herrn von Dippe dem als Falschspieler bekannten Mahmann Cartiere im Adlon-Hotel vorgestellt worden sei. Durch diese Tatsache werde der Vorwurf, den er Herrn v. Dippe gemacht habe, dieser habe ihn „mit solchen Leuten“ erst bekannt gemacht, erklärt. Ein Zeitschriftler hebt hervor, daß Herr v. Dippe selbst den Vorwurf Niemels nicht in dessen Sinne aufgeföhrt habe.

Das Gericht beschloß, Herrn v. Dippe telegraphisch zu laden. Die Verhandlung wird heute (Dienstag) 9 Uhr in dem Sitzungssaal 377 fortgesetzt.

Die Darlegungen des Kriminalkommissars enthalten eigentlich nichts, was nicht schon längst bekannt ist. Ebensovienig kann das Ervaten der Karten aus der Rückseite überraschen. Es gehört etwas, oder nicht allzuviel Übung dazu, um aus der Rückseite, auch wenn die Karten in nicht gezeichnet sind, die Karte selbst zu „erraten“. Die übermeisten Kartenzücker werden in den meisten Fällen maschinenmäßig so hergestellt, daß jede Karte derselben Wertes (z. B. Treff-Ach) in allen Spielarten dasselbe Zeichnung oder Schraffierung erhält. Es ist ein ganz bekanntes Scherzstück, auf diese Weise aus einem unbedenklichen Spiel die Karten zu erraten. Etwas schwieriger ist das „Erraten“ bei Karten, die so hergestellt sind, daß die Schraffierungen oder Zeichnungen variieren. Solche „Kartenzücker“ sind so bekannt, daß sich eine Beweisnahme eigentlich erübrigt hätte.

Aus Industrie und Handel.

Die Geschäftslage der Maschinenindustrie

behandelte Kommerzienrat Ernst Klein auf der Generalversammlung deutscher Maschinenbau-Anstalten am 4. April. Nach einem Bericht der „Post“ führte er aus: Die wirtschaftliche Lage des deutschen Maschinenbaues, die in den letzten Jahren eine allerdings nur geringe Besserung aufgewiesen habe, habe sich auch im Berichtsjahre weiter gütig entwickelt. Es komme dies sowohl in einer Vermehrung der Arbeiterzahl der Werke, als auch in einer starken Steigerung der Maschinenausfuhr des Deutschen Reiches zum Ausdruck. Die Verhältnisse im Maschinenbau schloffen sich damit der gesamten wirtschaftlichen Lage an, die im vergangen Jahre trotz der kriegerischen Verwicklungen durch eine starke Steigerung des Welthandels gekennzeichnet sei. Die guten Ernten des vergangenen Jahres hätten eine erheblich gesteigerte Einfuhr in den überseeischen Absatzgebieten und einen gesteigerten Umschlag in den drei am Welthandel in erster Linie beteiligten Ländern, Großbritannien, Vereinigte Staaten und Deutschland zur Folge gehabt. Die vermehrte Nachfrage in Verbindung mit der durch die kriegerischen Ereignisse herbeigeführten Geldknappheit hätten aber die Rohstoffpreise, die Löhne und die allgemeinen Unkosten aller Art in die Höhe schnellen lassen. Die Preise im Maschinenbau seien aber trotz der zahlreichen vorliegenden Aufträge immer noch gedrückt; nur in einzelnen Geschäftszweigen sei es möglich gewesen, durch Zusammenfluß angemessener Preise zu erzielen. Dazu komme, daß in neuester Zeit infolge der unklaren politischen Verhältnisse eine Zurückhaltung der Besteller von Maschinen eingetreten sei, die es der Maschinenindustrie erschwere, Aufträge in dem ihrer gesteigerten Leistungsfähigkeit entsprechenden Umfange herbeizuholen. Wenn auch im Augenblick der Auftragsbestand noch als ausreichend zu bezeichnen sei, so werde doch die geschäftliche Lage nur dann gesund bleiben, wenn die politische Lage beruhigt und der die gewerbliche Unternehmungslust stark einbüßende Geldmangel beseitigt werde.

Die allgemein gesteigerte Tätigkeit, die aus diesen Mitteilungen hervorgehe, sei in erster Linie auf die vermehrte Aufnahme des Inlandmarktes zurückzuführen, wenn auch die Ausfuhrfähigkeit in entsprechendem Maße gestiegen sei. Bemerkenswert sei, daß bei den der Massenerzeugung zugänglichen und ohne besondere Erschwerung herstellbaren Maschinen der Ausfuhrpreis sich verhältnismäßig wenig über den Inlandspreis erhebe, daß aber, sobald es sich um Sonderausfertigungen handle, die deutschen Maschinen auf dem Auslandsmarkt noch sehr gute Preise erzielen könnten, weil die ausländischen Wettbewerber nichts Ebenbürtiges entgegenzustellen hätten. Die Bestrebungen zur Besserung der Preislage müßten also zugleich auf die Besserung der Güte der Erzeugnisse gerichtet sein. Ein Hauptgrund für das Mißverhältnis zwischen der guten Beschäftigung und den ungenügenden Verkaufspreisen sei darin zu suchen, daß zahlreiche Maschinenfabriken infolge nicht genügend genauer Feststellung ihrer Selbstkosten bei der Abgabe von Angeboten auf Grund unrichtiger Kalkulation zu niedrigen Preisen abgeben, oder sich später auf Preise zurückdrängen ließen, bei denen ein Gewinn ausgeschlossen ersehe. Es sei daher immer wieder auf die Notwendigkeit besser Einrichtungen für Selbstkostenberechnung und Kalkulation hinzuweisen.

Sodann betonte der Redner die Klagen, die sich im Verkehr mit den Abnehmern von Maschinen eingebürgert haben. Die den Maschinenfabriken auferlegten Zahlungsbedingungen hätten dazu geführt, daß sich die Hersteller Erweiterungen ihrer Betriebe auf Kosten der Maschinenfabriken beschaffen und sie erst aus den späteren Betriebsergebnissen bezahlten, indem die Zahlungsströme bis lange nach der Ablieferung verhöben würden. Vor allem sei bedauerlich, daß die langfristigen Zahlungsbedingungen infolge der allgemeinen Geldknappheit auch bei Lieferungen im Auslande sich einbüßern drohten.

Jedenfalls geht aus diesem Bericht mit genügender Deutlichkeit hervor, daß nicht die angeblich hohen Löhne, sondern rein innere, allein von den Unternehmern abhängige Bedingungen (Kredit- und Zahlungsverkehr, mangelnde Kalkulation, Notwendigkeit besserer Qualität u. a.) die Klagen über Preisdruck erklären, soweit diese Klagen überhaupt berechtigt sind.

Gesundbrunnen—Kaufplan.

Die Konzeption für die elektrische Bahn Gesundbrunnen—Kaufplan ist vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten der kaiserlichen Genehmigung unterbreitet worden. Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Siemens u. Halske bilden zum Bau und Betrieb der Bahn eine besondere Aktiengesellschaft. Die Hälfte des Kapitalbedarfs dieser Aktiengesellschaft wird durch eine vertraglich vereinbarte Jinsgarantie der Stadt Berlin gesichert; für den verbleibenden Betrag ist die Ausgabe von Vorzugsaktien und Stammaktien in Aussicht genommen. Um ihren Kapitalanteil aufzubringen, hat die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft an ihr Konfitorium 30 000 000 M. zum Nennwert rückzahlbare Schuldverleihen begeben, die mit 5 Proz. p. a. für die ersten fünf Jahre ausgestattet sind und nachher in gleicher Weise wie die früheren Emissionen 4 1/2 Proz. p. a. erbringen werden. In dem hollen Jinsfuß für die Schuldverleihen kommt die Geldnot am Kapitalmarkt zum Ausdruck. Vor kurzem hat der Siemens-Schuckert-Konzern noch 4 1/2 prozentige Obligationen ausgegeben.

Zusammenschluß in der Metallindustrie.

Die westdeutschen Emailierwerke haben sich zu einem wirtschaftlichen Verband zur Förderung und Wahrung ihrer Interessen, mit dem Sie Hagen, zusammengeschlossen. Ähnliche Bestrebungen, wie sie bei den Emailierwerken zu diesem Zwecke geführt haben, sind auch laut Klein, Westf. Zeitung“ noch bei anderen Metallindustriezweigen im Gange. In der Messingindustrie, die ihren Schwerpunkt in Westfalen (Wenden, Lüdenscheid, Altena) hat, sind die Kandidaten immer wieder gefallen. Als Gründe dafür wirken die verschiedene geographische Lage bei den einzelnen Werken und die oft grandverschiedenen Erzeugungs- und Absatzverhältnisse. Vor kurzem hat in diesem Zusammenhang eine Besprechung der Metallinteressenten stattgefunden, in der man prinzipiell zu dem Entschluß gekommen ist, zunächst einen wirtschaftlichen Verband der deutschen Metallindustrie zu bilden, um die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zu gründen. Für später ist beabsichtigt, eine rheinisch-westfälische Gruppe, eine mitteldeutsche, eine ostdeutsche und eine süddeutsche zu bilden. In die Spitze der Bestrebungen hat sich der Generaldirektor der Firma Woffe u. Selvo, Herr Adhoff, gestellt.

Stahlwerksverband. Der Verband des Stahlwerksverbandes hat im März d. J. nach den vorläufigen Ermittlungen erheblich zugenommen und betrug im Durchschnitt eines Arbeitstages 23 400 gegen 21 080 Tonnen im Februar d. J. Ingesamt stellte er sich im März auf 563 000 gegen 506 417 Tonnen im Februar. Im Vergleich mit März v. J. bleibt die Ziffer um 43 346 Tonnen zurück. Dieser Rückgang beruht aber nur auf Minderungen rein technischer Art.

Preisermäßigung für Metalldrahtlampen. Namentlich haben auch die Bergmann-Elektrizitätswerke die Bruttopreise der Metalldrahtlampen unter Regulierung der Abolations, ähnlich wie die A. G. S., Siemens u. Halske, Siemens u. Schuckert u. a., ermäßigt.

Soziales.

Arbeitgeber gegen die guten Sitten.

Der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Ralexgewerbe ist kurz vor der Aussperrung auf den Gedanken gekommen, mit den Gehilfen, bei denen es ihnen glückt, einen Vertrag „abzuschließen“, nach welchem sie sich verpflichten, keiner von den drei genannten Organisationen als Mitglieder anzugehören oder ihnen beizutreten. Diese drei Organisationen sind der freigewer-

schaffliche Zentralverband der Maler und Lackierer (Hamburg), der Zentralverband der christlichen Maler (Düsseldorf) und der Gewerkschaft der Maler und Lackierer (Berlin). Der Vertrag enthält die Vereinbarung, daß die Unterzeichnung „völlig aus freier Entschiedenheit“ erfolgt ist und daß der Gehilfe „auf sein Ehrenwort“ erklärt, keiner der genannten Organisationen anzugehören. Sollte er aber im Laufe des Arbeitsverhältnisses doch einer derselben beitreten, so ist er verpflichtet, dem Unternehmer dies sofort zu melden. Des Weiteren verpflichtet sich der Gehilfe, während des Tarifkampfes weder die genannten Organisationen noch deren einzelne Mitglieder moralisch noch mit Geld zu unterstützen. Zur Aufrechterhaltung der in dem Vertrag angeführten Erklärungen verpflichtet sich der Gehilfe schließlich „aus freier Entschiedenheit“, einen Gelddbetrag von 20 M. zu hinterlegen, der als Vertragsstrafe dem Unternehmer zur „eigenen Verfügung“ verfallen soll, wenn der Arbeiter den Vertrag nicht einhält. Die Hinterlegung soll auch an zwei Lohnzahlungstagen mit je 10 M. bewirkt werden können. Mit diesem Vertrage hatte sich das Gewerbeamt in Bremerhaven in seiner Sitzung vom 4. April 1913 zu beschäftigen. Der Maler-gehilfe K. war bei dem Unternehmer H. in Arbeit getreten und hatte folgenden Vertrag unterschrieben. Der Abschluß war kurz vor der Aussperrung zustande gekommen. Nachdem die Aussperrung erfolgt war, schloß sich K. seinen ausgesperrten Kollegen an und legte die Arbeit nieder. Er hat aber sowohl vor dem Abschluß des Vertrages als auch während der Arbeit dem Zentralverband der Maler angehört. Bei seinem Austritt wurden ihm von seinem Lohn die 20 M. abgezogen.

Hiergegen wurde Klage erhoben. Der Arbeitersekretär wendete ein, der Vertrag verstoße gegen die guten Sitten (§ 138 B. G. B.), er sei daher nichtig. Ein Verstoß gegen die guten Sitten liege auch dann vor, wenn ein wichtiges Staatsbürgerrecht durch einen Vertrag aufgehoben oder illusorisch gemacht werden soll. Ein solches Recht ist aber das Koalitionsrecht. Es handelt sich hier aber nicht um die Einbehaltung einer hinterlegten Vertragsstrafe, sondern um eine Lohnentziehung. Eine Hinterlegung ist eine freiwillige Eingabe. Hier aber wurde der Betrag gegen den Willen des Klägers einfach abgezogen, so daß der Abzug den Charakter einer Strafe annehme. Dadurch verstoße der Unternehmer aber gegen die Gewerbeordnung § 134b Ziff. 4 und § 119a, nach welchen Bestimmungen Strafen durch die Arbeitsordnung zu regeln sind und die Strafe bei einer Lohnzahlung nicht höher als ein Viertel des fälligen Lohnes sein darf. Eine Arbeitsordnung bezieht sich auf den Betrieb des Bestagten, Strafbestimmungen enthält sie aber nicht. Dem Kläger sind die 20 M. von seinem Lohn mit einem Male abgezogen worden, der fällige Lohn betrug nur 23,50 M. Nach längerer Beratung verkündete das Gericht das folgende Urteil: „Der Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 20 M. zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.“ Das Urteil ist rechtskräftig, da es nicht berufsungsfähig ist. Eine Begründung wurde nicht gegeben. Das Gericht scheint sich die Einwendungen des Klägers zu eigen gemacht zu haben. Es wird nunmehr Aufgabe der Malerorganisation sein, dafür zu sorgen, daß überall die einbehaltenen Beträge ausgeklagt werden.

Bankbrüche und Konjunkturaussichten.

Die Flottendemonstration der europäischen Großmächte gegen Montenegro in der vergangenen Woche hat die Unsicherheit der politischen Situation von neuem vermehrt. Juridicalhaltung und Kursrückgänge an der Börse sind aber nicht mehr die einzigen sichtbaren Folgen des nun ein halb Jahr lang währenden kriegerischen Streits auf dem Balkan. Neben der weiterverarbeitenden Industrie spürt jetzt auch die Schwerindustrie die lähmenden Wirkungen des Balkankrieges. Noch bis in den Februar und März hinein berichtete die Kohlen- und Eisenindustrie, die in erster Linie von dem Konjunkturaufschwung des vergangenen Jahres profitierten, daß weder ihre Produktions- noch Absatzfiguren irgend eine Schwächung erfahren hätten. Wenn auch die Aufträge etwas zögernder einliefen, so trafe das nicht die nächstliegende Zeit, für die noch reichliche Beschäftigung vorliege, und mit einer Aenderung der politischen Situation sei sofort ein neuer kräftiger Aufschwung zu erwarten. Inzwischen scheint auch in schwerindustriellen Kreisen anstelle dieser optimistischen Auffassung eine weit vorsichtigeren getreten zu sein. Die Frühjahrbestellungen haben längst nicht die erwartete Höhe erreicht. Vereinzelt sind bereits die Preise gesunken; das macht sich besonders auf den Eisenmärkten geltend. Dazu kommt die Einsicht, daß mit einer Beendigung des Krieges noch nicht die Ursache der Verzwickungen auf dem Balkan schwindet. Zudem sind sämtliche Balkanstaaten derart geschwächt, daß der Absatz dorthin nicht sofort die alte Höhe erreichen kann. Bereits meldet der Walzdrahtverband einen Verhandlungsgang für den März und auch die Stöckung im internationalen Eisenabsatz (insbesondere nach Oesterreich) läßt sich nicht mehr leugnen. Am schlimmsten wirken jedoch die hohen Geldsätze, die den Kreditverkehr und den Warenumsatz erheblich lähmen. Sobald die politische Situation geklärt, werden zunächst die Staaten und Kommunen mit ihren lange aufgeschobenen Geldbedürfnissen an den Markt treten. Eine Ermäßigung des Zinsfußes und eine Verstärkung des Geldangebots sind daher für längere Zeit noch nicht zu erwarten.

Die Geldmarktlage ist noch wie vor die größte Sorge von Handel und Industrie. Der eben vorübergegangene Ultimo mit seinen hohen Geldsätzen brachte diese Sorgen allen auf den Markt Angezogenen recht nahe. Nurte doch für über den 1. d. Mts. hinaus geliehenes Geld 15 und mehr Prozent gezahlt werden. Die Reichsbank ist daher noch mehr wie in früheren Konjunkturaufjahren in Anspruch genommen worden. Ende März d. J. hatte sie für 2,3 Milliarden Noten im Umlauf gegen 2,09 im Jahre 1912 und 1,73 Milliarden im Jahre 1907. Die Geldknappheit tritt auch deutlich in der Verringerung der Kapitalerhöhungen zutage. Im

ersten Quartal 1913 betragen die Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften nur 66 Millionen gegen 240 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Als ein Symptom der Geldmarktlage ist auch die Zunahme der Konkurse anzusehen. Im ersten Quartal d. J. wurden 2709, das heißt 302 Konkurse mehr als in den beiden Vorjahren eröffnet. Unter den Konkursen verdienen in dieser Hinsicht besonders Interesse die von Bankfirmen. Als Ursachen dieser Bankbrüche sind zweierlei Bedingungen zu unterheben. Einmal können die Zahlungseinstellungen von industriellen Unternehmungen, die durch den Balkankrieg leiden, ihre Kreditgeber mit in den Fall verwickeln. So sind die Bankkonkurse in Schlesien entstanden, deren Industrie am schwersten vom Balkankrieg betroffen worden ist. Indirekt können aber auch kleinere Banken durch die teuren Geldsätze und die erheblichen Kursrückgänge seit dem vergangenen Herbst in Schwierigkeiten geraten, die sie durch vermehrte Spekulationen auszugleichen suchen, wodurch dann der Konkurs oft nur beschleunigt wird. Das trifft auf die meisten der Zusammenbrüche von Bankhäusern in Mittel- und Norddeutschland zu. Auch der in der vergangenen Woche erfolgte Konkurs der Firma Puppe in Rastatt muß wohl im wesentlichen auf diese Ursachen zurückgeführt werden.

Das Bankhaus Puppe in Rastatt gehörte wie die Mehrzahl der in letzter Zeit verkrachten zu den alten lange anständigen Firmen des Ortes. Es konnte auf eine 80jährige Geschichte zurückweisen. Der Inhaber gehörte selbstverständlich zu den angesehensten Einwohnern der Kleinstadt, war Stadtverordneter, Vorsitzender der Rastatter Ortsgruppe des Hansabundes, Ehrenmitglied verschiedener Vereine. Wenn auch der Inhaber sich an Terrain- und Equipulationsfragen (z. B. in Berlin) beteiligte, galt doch sein Ruf als unantastlich, sein Geschäft als solide. Zahlreiche Sparer brachten ihm ihr Geld. Etwa 1500 haben jetzt Verluste erlitten. Nach einem Bericht laufen die Betrogenen mit verwinten Gesichtern in der Stadt herum und klagen um ihre Ersparnisse, die sich dort unter 100 M. bewegten, hier mehrere Tausend betragen. Die Stadt will sogar eine Art Hilfsaktion einleiten, da viele Familien infolge ihrer Verluste am 1. April keine Steuern und Mieten zahlen konnten. Auch einzelne Unternehmungen werden wohl mit in den Strudel hineingezogen werden. Den Anstoß zum Krach gab eine Erklärung des Bürgermeisters in der Stadtverordnetenversammlung, aus der bekannt wurde, daß Puppe mit den Steuern im Rückstand blieb, und sodann die Kreditperre einer Großbank. Schon vorher war das Mißtrauen gegen die Bank so gewachsen, daß die Abhebungen sich mehrten und der Zusammenbruch nur beschleunigt wurde. Alles in allem sollen die Puffen etwa 3 Millionen betragen.

In der Kleinstadt Rastatt werden nicht wenige Plätze den Inhaber und seinen Sohn, die sich auch Depotunterstellungen haben zuschulden kommen lassen, auf ihrer Flucht begleiten. Aber schließlich sind die Verluste eine Räuberlistigkeit gegenüber den Summen, die unsere Großbanken in einem Jahre, an einem Geschäft oder durch Veruntreuungen zuweilen verlieren. Wir erinnern nur daran, daß die Deutsche Bank im vergangenen Jahre rund 5 Millionen bei einem Grundstücksgeschäft offerierte, ohne daß diese Summe auch nur in der Jahresbilanz erschien. Nicht persönliche Täuschigkeit oder Gewissenlosigkeit, sondern die Höhe des Kapitals entscheidet in erster Linie über den Bestand und die Lebensfähigkeit eines Bankunternehmens. Von einer Großbank hat man, seitdem die Leipziger Bank aus (Zreber-) Tode geratet war, nicht mehr gehört, daß sie in Konkurs geriet. Allenfalls werden Sanierungen durch Begründung von Interessengemeinschaften oder Fusionen vorgenommen. Verfehlte Spekulationen, und gingen sie auch in die Millionen, bringen eine Großbank noch nicht in Konkurs. Aber die Krach der kleinen Banken dienen den Großbanken, die sofort auf dem Trümmerfeld zu fischen beginnen. Die Diskontobank und die Dresdner Bank, die ebenfalls Gläubiger Puppes sind, aber ihre gesamten Summen gerettet haben, errichten in kurzem Depotbanken in Rastatt. Der Konzentrationsprozeß im Bankwesen ist um einen neuen Schritt gefördert worden.

Gerichts-Zeitung.

Im Eifer für die Berufslehre

hat sich der Zigarettenhändler und Zahntechniker Diemer in Rosenthal-Wilhelmsruhe zu Beleidigungen hinreichend lassen, die ihn am Montag vor das Schöffengericht Pantow führten.

Die Gemeinde Rosenthal-Wilhelmsruhe hatte zur Belehrung der Eltern einen Vortrag über die Zahnpflege bei Kindern von einem Zahnarzt halten lassen. Nach dem Vortrage fand eine Aussprache statt, an der sich auch Frau Schulvis beteiligte. Sie sagte, sie habe von einem Zahntechniker einen schabhaften Zahn ihres vierjährigen Kindes plombieren lassen wollen, der Zahntechniker habe ihr aber gesagt, bei so jungen Kindern plombiere man die Zähne nicht, sondern man ziehe sie aus, wenn sie schabhaft seien. Sie habe diesen Rat nicht befolgt und freute sich, jetzt von dem Vortragenden gehört zu haben, daß auch bei jungen Kindern schabhafte Zähne plombiert werden könnten und müßten. Den Namen des Zahntechnikers, der ihr diesen Rat gegeben haben soll, nannte Frau Schulvis zunächst nicht. Erst infolge einer Zwischenbemerkung des die Versammlung leitenden Rektors nannte sie Herrn Diemer als den betreffenden Zahntechniker. Diemer, der in der Versammlung anwesend war, rief hierauf der Frau Schulvis zu: „Das ist eine stinkende Lüge.“ — Bald nachher veröffentlichte Diemer in dem Lokalblatte für Rosenthal-Wilhelmsruhe ein Inserat, worin er die Angabe der Frau Schulvis als Verleumdung bezeichnete.

Wegen beider Beleidigungen reichte der Ehemann von Frau Schulvis, dem Rechtsanwalt Siegfried Weinberg als Vertreter zur Seite stand, die Privatklage ein. Frau Schulvis bestatigte als Zeugin, daß ihr Diemer gesagt habe, bei so jungen Kindern würden schabhafte Zähne nicht plombiert, sondern ausgezogen. Diemer bestritt ganz entschieden, daß er sich so geäußert habe. Etwas so widersinniges könne er gar nicht gesagt haben.

Das Gericht hielt nur den Zwischenruf: „Das ist eine stinkende Lüge“ für beleidigend und verurteilte den Angeklagten deshalb zu einer Geldstrafe von 10 M. Den im Inserat erhobenen Vorwurf der Verleumdung erklärte das Gericht als nicht beleidigend. In diesem Falle erfolgte die Freisprechung. Die Kosten soll jede Partei zur Hälfte tragen.

Bibel und Strafprozeßordnung.

Wie leicht Bibel und Strafprozeßordnung in Konflikt miteinander kommen können, das zeigte eine Verhandlung vor dem Breslauer Schöffengericht am Freitag. In einer Diebstahlsache sollte der Kellner Jagoda als Zeuge vernommen werden. Nach den üblichen Hinweisen des Vorsitzenden auf die Heiligkeit des Eides und der Strafen bei Falschheit tritt der Zeuge noch einmal vor und fragt, ob er durchaus schwören muß, worauf ihn der Vorsitzende fragt, warum er nicht schwören wolle. „Meine religiöse Überzeugung verbietet mir das und außerdem steht in der Bibel: Eure Rede sei ja ja, nein nein. Was darüber ist, ist vom Teufel.“ Zur Bekräftigung seiner Worte zog der Zeuge eine Bibel aus der Tasche. „Lassen Sie die Bibel aus dem Spiel“, erwiderte der Vorsitzende, „wir können uns hier nicht auf die Bibel stützen, für uns ist die Strafprozeßordnung maßgebend.“ Da sich der Zeuge weigerte, den von ihm verlangten Eid zu leisten, wurde er zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Es handelt sich hier um einen überzeugten Christen. Da das Gericht von ihm den Eid auf alle Fälle verlangt, wird sich der bibelkundige und bibelbesitzende Zeuge bald davon überzeugen müssen, daß seine religiöse Überzeugung allein den irdischen Richtern nicht genügt. Gehört er der Sekte der Mennoniten an, so genügt für ihn als Eid die Bekräftigung durch: Ja ja.

Der „pathologische Kaufzustand“ des Studenten.

In Königsberg stand ein Student wegen Körperverletzung, Beamteneinbeziehung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt vor Gericht. Seine Vergehen wurden auch klar erwiesen, doch die Berichte sprachen ihn in zwei Instanzen frei, weil ihm der § 51 des Strafgesetzbuches zugunsten wurde. Der Student hatte in Begleitung eines Kollegen und eines Mädchens nach einem Streit im Café auf der Straße einen Referendar überfallen und mißhandelt. So hatte er versucht, ihm das linke Auge auszubräuen. Er hatte auch so heftig zugegriffen, daß das Auge blutete. Seine Begleiter ermunterten ihn durch Junke zu seinem brutalen Vorgehen. Der Referendar rief um Hilfe. Es eilte ein Schuttmann herbei. Doch der Student tat so, als ob er den Beamten gar nicht sehe. Er ging ins Café zurück, worauf ihn der Polizeibeamte festhielt. Voran versetzte der Student dem Beamten einen Schlag ins Gesicht. Als nun der Student nach der Wache kommen sollte, weigerte er sich. Seine Begleiter versuchten, ihn vom Schuttmann loszureißen. Schließlich gelang es mit Hilfe eines zweiten Schuttmanns, den renitenten Studenten zur Wache zu bringen. Dieser beschimpfte den Beamten folgendermaßen: Schnapspreuße, Lohpreuße, Saupreuße usw. Alle drei Personen hatten sich wegen dieses Vorfalls vor Gericht zu verantworten. Das Schöffengericht sprach sie vollkommen frei. Von den Beteiligten nahm es an, daß ihnen verurteilte Gefangenenerziehung nicht nachgewiesen sei. Der Hauptangeklagte hatte sich nach dem Gutachten eines Professors zur Zeit der Begehung der Tat in einem pathologischen Kaufzustand befunden, in dem seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen sei.

Der Anwalt legte Berufung ein. Der Erfolg war, daß die Strafkammer das freisprechende Urteil gegen den Hauptangeklagten bestätigte. Nur die beiden Begleiter wurden wegen versuchter Gefangenenerziehung verurteilt, und zwar der Student zu drei Tagen, das Mädchen zu einem Tag Gefängnis.

Wärde unter ähnlichen Umständen stets ein Professor auch bei einem Arbeiter den „pathologischen Kaufzustand“ herausfinden?

Der Riechmobauer Rassenkrach.

Vor der Darmstädter Strafkammer begann gestern der Prozeß wegen des Zusammenbruchs des Spar- und Kreditvereins Riechmobau, der im Anfang des vorigen Jahres mit einer Überschuldung von 1 600 000 Mark in Konkurs geriet. Angeklagt sind verschiedene strafbarer Handlungen der frühere Gemeinderatsherr Philipp Adam, der frühere Bankier Josef Haak, der Revisionbeamte Heinrich Sed und der Bankdirektor Kommerzienrat Karl Jörig. Es sind etwa 90 Zeugen geladen. Der Prozeß dürfte mindestens 14 Tage in Anspruch nehmen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	6. 4.	5. 4.	6. 4.	5. 4.		6. 4.	5. 4.	6. 4.	5. 4.
Wemel, Müst	295	—	—	—	Saale, Großh.	148	—	—	—
Bregel, Jüterburg	30	—	—	—	Havel, Spandau ¹⁾	45	—	—	—
Wischel, Thon	—	—	—	—	Radbenow ²⁾	98	—	—	—
Oder, Rastow	133	—	—	—	Spree, Spremberg ³⁾	80	—	—	—
Krossen	174	—	—	—	Beckom	100	—	—	—
Frankfurt	147	—	—	—	Weser, Minden	177	—	—	—
Barthe, Schrum	65	—	—	—	Rhein, Minden	278	—	—	—
Landberg	62	—	—	—	Rhein, Maximiliansau	418	—	—	—
Rehe, Bornum	50	—	—	—	Raub	225	—	—	—
Elbe, Zeitzmühl	47	—	—	—	Adl.	227	—	—	—
Dresden	—	—	—	—	Redar, Dellbronn	89	—	—	—
Berlin	228	—	—	—	Rain, Genua	172	—	—	—
Magdeburg	185	—	—	—	Wojel, Trier	—	—	—	—

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall, — ²⁾ Unterpegel.



Da **VIM** nur den Schmutz löst, nicht aber die Gegenstände angreift, verdient es unbedingt Bevorzugung vor den saurehaltigen Putz-Flüssigkeiten.

VIM

das neuzeitliche Scheuer-, Polir- und Putzpulver.

Man streut **VIM** auf den angefeuchteten Lappen oder Gegenstand und reinigt wie sonst. Nach dem Abspülen mit trockenem Tuch nachreiben!



WYBERT TABLETTEN schützen **Redner** **Sänger** **Raucher** **Sportsleute** vor **HUSTEN HEISERKEIT KATARRH** Preis 1 Mk. erhältlich in Apotheken & Drogerien

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.**

Am Sonnabend, den 5. d. M., verstarb unser Mitglied, der Schriftfuehrer
Hermann Birnbaum
Solmsstr. 14.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reußländer Gemeindefriedhofes Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**

94. Bezirk.
Am 4. April verstarb unsere Genossin, Frau
Anna Walter.
206/16

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 8. April, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Heiligenschein-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.**

Görlitzer Viertel. Bez. 202 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter
Eduard Jonischkeit,
Reichenberger Str. 114, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes in Reußländer, Hermannstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**

Am 5. April verstarb unser Genosse, der Gastwirt
Karl Bachstein
Salzwedeler Str. 16, Bezirk 138.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, mittags 12 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem städtischen Friedhof Müller, Ecke Seestraße, statt.
Am 4. April verstarb unser Genosse, der Metallarbeiter
Hermann Müller
Bielenthaler Str. 2, Bezirk 817.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37/38, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**

Am 5. April verstarb unser Genosse, der Gastwirt
Karl Bachstein
Salzwedeler Str. 16, Bezirk 138.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, mittags 12 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem städtischen Friedhof Müller, Ecke Seestraße, statt.
Am 4. April verstarb unser Genosse, der Metallarbeiter
Hermann Müller
Bielenthaler Str. 2, Bezirk 817.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37/38, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Sektion der Putzer.**

Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Putzer hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges treues Mitglied
Karl Bachstein
(Bez. Moabit) am Sonnabend, den 5. April, nach langem Leiden im bald vollendeten 73. Lebensjahre gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, mittags 12 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Salzwedelerstr. 16, aus, nach dem städtischen Friedhof Müllerstraße, Ecke der Seestraße, statt.
141/20
Bitte die Sänge pünktlich am Trauerhause sich einzufinden.
Um rege Beteiligung der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

**Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements**

liefert schnell und billig **Paul Gross,** Lindenstr. 69, Tel. Mpl. 7203.
Exzentrischer Dekorateur: Alfred Diele, Reußländer. Für den Interzessent veranlagt: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Sorowits

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bergolder
Heinrich Dürrschmidt
Reußländer, Landstr. 5, im Alter von 48 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 8. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Reußländer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Drucker
Herm. Müller
(Bielenthaler Str. 2) am 4. April an Halsleiden gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. April, nachmittags 4 Uhr, vom dem Krematorium, Gerichtstr. 37/38, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß nach längerem Leiden der Kollege
Karl Bachstein
Salzwedeler Str. 16, Bezirk I verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 8. April, mittags 12 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

**Am Donnerstag, den 3. April,
7 Uhr abends, verstarb plötzlich
am Herzschlage der Zigaretten-
fabrikant
Fritz Lobbes
im 58. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen
Marie Lobbes.
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 8. April, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Reußländer Friedhofes aus
statt.**

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, mittags 12 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem städtischen Friedhof Müller, Ecke Seestraße, statt.
Am 4. April verstarb unser Genosse, der Metallarbeiter
Hermann Müller
Bielenthaler Str. 2, Bezirk 817.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37/38, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Sektion der Putzer.**

Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Putzer hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges treues Mitglied
Karl Bachstein
(Bez. Moabit) am Sonnabend, den 5. April, nach langem Leiden im bald vollendeten 73. Lebensjahre gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, mittags 12 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Salzwedelerstr. 16, aus, nach dem städtischen Friedhof Müllerstraße, Ecke der Seestraße, statt.
141/20
Bitte die Sänge pünktlich am Trauerhause sich einzufinden.
Um rege Beteiligung der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

**Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements**

liefert schnell und billig **Paul Gross,** Lindenstr. 69, Tel. Mpl. 7203.
Exzentrischer Dekorateur: Alfred Diele, Reußländer. Für den Interzessent veranlagt: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Sorowits

Danksagung.

Für die große herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner geliebten Frau und Mutter
Ida Gunnior
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Richard Gunnior nebst Kindern.
Berlin-Nikolsburg, 8. April 1913.
Pöfener Straße 16.

**Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und Mutter
Luise Wudick
geb. Krause
plötzlich verstorben ist.
Hermann Wudick und Sohn,
Hedemstr. 7.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Luise-Kirchhofes, Fürstenbrunner Weg, aus statt.**

Danksagung.

Sage meinen Kollegen vom Transportarbeiterverband, der Schulheiß-Brauerei, Abteilung I, für die uns erwiesenen Ehrungen zu unserer Silberhochzeit unseren herzlichsten Dank.
Heinrich Reininghaus
und Frau.

**Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben
Fritz Kajeski
sagen wir hiermit besten Dank. Besonders Dank dem Ortsbeamten des Zentralverbandes der Schuhmacher Herrn Dahn für die ergreifenden Worte, sowie dem Gesangsverein.
Die trauernden Hinterbliebenen,
Familien Kajeski und Preuß.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben
Fritz Kajeski
sagen wir hiermit besten Dank. Besonders Dank dem Ortsbeamten des Zentralverbandes der Schuhmacher Herrn Dahn für die ergreifenden Worte, sowie dem Gesangsverein.
Die trauernden Hinterbliebenen,
Familien Kajeski und Preuß.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Stützpenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes
Wilhelm Horn
sagen wir allen Beteiligten sowie dem Verband der Fattier und Portofutierer unseren herzlichsten Dank.
Wilhelm Horn u. Frau.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Glumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,**

Inb.: P. Golletz
Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.

Franz Tauer's Festsäle

(vorm. Fuß)
Große Frankfurter Str. 85.
Erster Pfingstfeiertag noch frei
Saal (600 Personen) mit 1800 qm.
großem Garten und Bühne.
Telephon: Königstadt 11433.

Oskar Wollburg

Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden.
Aenderungen sofort.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Stoffe Neuheiten deutsch - engl.
für Herren und Damen.
Einzelverkauf zu selten billigen Preisen.
Tuch-Agentur, Yorekstr. 75, pt.

Kino-Theater :: Marienbad ::
Badstr. 35-36.
Heute Premiere.
Im Konzert-Restaurant:
Heute großes Militär-Konzert.

ROSETTI
VERA
3 Pfg
Cigarette

**Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher usw.**

Bureau: Weichierstraße 28, part. Fernsprecher Amt Mpl. Nr. 4787. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Rüdigerstraße 9. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Liste der vom Verbands der Maler gesperrten Firmen:

Lehmann, H. (Nudaber Mundhof), Hagelbergerstr. 46.
Gehardt, Doppelner Str. 13.
Fischer, Ernst, Carmen-Salvatorstr. 87.
Klauenberg, Joh., Nudaberstr. 107.
Karno Döcker u. Nielsch, Karlsruhstr., Schenkestr. 7a.
Philipp, Wilhelm-Alte-Str. 23.
Brünzel, Ernst, Regensburger Str. 1.
Euler, Karl, Schützenmannstr. 2.
Dietrich, Grätzstr. 56.
Strojowski, Will., Nudaberstr. 107.
Dingemastig 25.
Brühn, Emil, Frankfurter Allee 61.
Dante, G., Halensee, Karlsruhstr. 5.
Müller, Eber-Schönemeibe, Wilhelmshofstr. 43 und Berlin, Fürbringstr. 16.
Jahn, Max, Steglitzerstr. 36.

Der Original-Hackepeter Martin
Inhaber: **Martin,**
Münzstraße, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße,
ist wegen Nichtanerkennung der Organisation für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt. — Die zurzeit da beschäftigten Kellner gehören gelben Organisationen an.
31/10*
Verband der Gastwirtsgehilfen.
Ortsverwaltung Berlin.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.
Donnerstag, den 10. April 1913, abends 8 Uhr, in den „Musikerkäfen“, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m:
Branchen-Versammlung
aller in der

Zigarettenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:
1. Die Situation in der Zigarettenindustrie und der Tabaktruf. Referent: Gauleiter Wenzel-Dresden.
2. Branchenangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Branchenangehörigen ist dringend geboten.
187/5 Die Sektionsleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.
Berwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714.

Donnerstag, den 10. April 1913, abends 8 Uhr:

Monatsversammlung der Bauanschläger

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Aufgang B.
Tagesordnung:
1. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Donnerstag, den 10. April 1913, abends 8 Uhr:

Versammlung

sämtlicher in den Eisengießereien beschäftigten Kernmacher und Kernmacherinnen
in den Borussia-Sälen, Ackerstraße 6/7.
Tagesordnung:
1. Bericht über die zurzeit bestehenden Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht über die Organisationsverhältnisse. 3. Bericht über die Mitgliedsbuch leiteneriert.

Donnerstag, den 10. April 1913, abends 6 Uhr:

Versammlung

der Metallschleifer, Galvanisierer, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Da in diesen Versammlungen wichtige Angelegenheiten erörtert werden, ist es Pflicht, daß alle Kollegen erscheinen.
Die Ortsverwaltung.
115/20

Wie kochte ich am sparsamsten?

Zur Beantwortung dieser Frage veranstaltet die
Gasanstalt Köpenick
mit Unterstützung der bekannten Gasapparate-Fabrik
Junker & Ruhm, Karlsruhe
auf deren Gasherden neuester Konstruktion
Mittwoch, den 9. April d. J.
im Saale des Restaurants „Kaiserhof“, Köpenick, Grünstraße 10, von 9-5 Uhr nachmittags und von 8 Uhr abends an

großes Schankochen

mit praktischen Vorführungen im Kochen, Braten und Baden. Der verblühend geringe Gasverbrauch kann an den aufgestellten Experimentierherden von jedermann mit Leichtigkeit kontrolliert werden.
Kochen einfacher und besserer Gerichte auf dem Gasherd, Braten der verschiedenen Fleischarten usw. auf Grillrost und am Spieß, Backen von Kuchen.
Um sich von der Vorzüglichkeit dieser Brautweise überzeugen zu können, werden Kochproben abgegeben.
Zu diesen interessanten Vorführungen wird ergebenst eingeladen.

Wie brate und backe ich am billigsten?

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV. 3014.

Trinkt WERFT WERMUTH Frucht Trunk

schmackhaft — magenstärkend
Kein Branntwein — Kein Likör

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Der Polizeikampf gegen die Arbeiterjugend.

Aus P a n k o w wird uns berichtet: In Pankow war am Sonntag, den 30. März, wie wir meldeben, eine Jugendversammlung durch die Polizei gestört worden. Zu Sonnabend wurde eine Versammlung einberufen, in der gegen das Vorgehen der Polizei protestiert werden sollte. Das war für sie ein neuer Anlaß, der Arbeiterjugend ihre Schneidigkeit fühlen zu lassen. Schon vor dem Versammlungsort merkte man, daß wieder etwas im Werke war. Die Versammlungsbefucher mußten durch eine Reihe von Schutzeinheiten hindurch, die das Lokal umzingelt hielten. Drinnen erklärte der Polizeikommissar die Versammlung sogleich bei der Eröffnung für „aufgelöst“. Er rief dann in die Menge hinein, daß die Jugendlichen den Saal zu verlassen hätten. Auf einen Wink von ihm eilte ein Beamter hinaus, um „Hilfe“ herbeizuholen. Polizisten stürmten in großer Zahl in den Saal hinein, zogen ihre Säbel und jagten jung und alt hinaus. Auch der letzte Gast wurde aus den angrenzenden Räumen ausgehoben, und dann sperrete die Polizei das Lokal ab. Die Versammlungsteilnehmer begaben sich nach einem auf Berliner Gebiet gelegenen Lokal, in dem eine Versammlung angekündigt war. Diese konnte ohne Störung abgehalten werden. Die Pankower Polizei hatte schleunigst die Berliner Polizei mobil gemacht, die dann am Bahnhof „Schönhäuser Allee“ in großer Stärke anrückte. Der Demonstrationzug, den sie wohl erwartete, blieb aus. Die ganze Polizeifaktion hat wieder die Wirkung gehabt, der proletarischen Jugendbewegung neue Kämpfer zuzuführen. Nur weiter so!

Auch nach ein Streich gegen die Arbeiterjugend.

Auch in R e u d e n i t z hat die Polizei wieder für die proletarische Jugendbewegung gearbeitet. Am Sonntag sollte in den „Bürgerhäusern“ in einer Versammlung für Schulentlassene das Thema: „Freie Jugendbewegung oder Jung-Deutschlandbund?“ erörtert werden. Vor dem Lokal wurden die Versammlungsbefucher von Polizisten mit „ausgesuchtester Höflichkeit“ in Altersklassen bis zu 18 Jahren und über 18 Jahre eingeteilt. Wer noch nicht 18 Jahre alt war, dem blieb die Partie verschlossen. Da Herbruch der Versammlung vereitelt wurde, gingen die Erschienenen nach anderen Lokalen, um sich mit Spiel und Gesang zu unterhalten. Gegen das Lokal von Lobbert rückte ein etwa 30 Mann starkes Polizeiaufgebot an, um die vermeintliche Versammlung auseinanderzutreiben. Aber die Anwesenden hatten sich bereits zu einem Spaziergang aufgemacht. Ohne erkennbaren Grund wurden die Genossen Schönland und Schuch festgenommen sowie Genosse Piesch, der in den „Bürgerhäusern“ hatte referieren sollen. Dasselbe geschah einem Genossen, der vor den „Bürgerhäusern“ die Jugendlichen aufforderte, ruhig auseinanderzugehen. Die Situierten mußten auf der Wache stundenlang bleiben. Aus einer Klappe des Genossen Piesch wurde das Konzept eines Vortrages über die Jugendbewegung, den er früher in einer politischen Versammlung gehalten hatte, trotz seines Protestes einbehalten. Selbstverständlich wird Beschwerde erhoben werden. Die Jugendlichen werden nach solchen Erfahrungen erst recht einig und geschlossen für die proletarische Jugendbewegung eintreten. Wir wiederholen: Nur weiter so!

Ueber die Vorgänge auf der Polizeiwache gehen uns noch folgende Mitteilungen zu:

Auf der Polizeiwache bot sich den Verhafteten ein originelles Bild. Nicht gedrängt von den uniformierten Hütern des Polizeistates, Bierflaschen vor sich schiebend, beinahe alle mit ungefähre 5 bis 6 Scheimpolizisten. Als der Polizeileutnant auf der Wache ankam, erklärte er: Wenn hier kein Platz ist, kommen die Verhafteten in die Zellen. Von einem Polizisten wurde aber dem Wachtmeister mitgeteilt, daß die beiden verfügbaren Zellen schon besetzt seien. Darauf ordnete dieser an, daß dann zwei und zwei zusammengesperrt werden sollten. Und so wurden die Genossen, die sich völlig ruhig verhalten hatten, ohne Grund in die Zellen gesperrt. Später wurden sie alle vier in einer Zelle vereint. Während drei von ihnen sehr bald ohne jegliche Benachteiligung entlassen wurden, wurde nur der Genosse Piesch noch in der Zelle festgehalten. Zuerst wurde ihm auf seine Anfrage nach dieser Anordnung erklärt, daß von seinem Wohnort Stieglitz noch keine Nachricht über seine Wohnung zurück sei. Später wurde ihm mitgeteilt, daß er gehen könne. Als er aber seine Ledermappe verlangte, ordnete der Polizeileutnant erneut an, daß er wieder in die Zelle gesperrt werden solle. Auf einen späteren Einwand des Genossen Piesch, daß er doch nicht wegen der Durchsicherung seiner Klappe festgehalten werden könne, wurde ihm von dem wachhabenden Beamten erklärt, daß die Klappe der Grund nicht mehr sei. Schließlich, nach Verlauf von 2 Stunden, wurde Genosse Piesch entlassen, daß er gehen könne. Die Ledermappe wurde ihm mit dem Bemerkten zurückgegeben, daß man daraus ein Vortragskonzept, das von ihm für eine frühere politische Versammlung in Schöneberg benutzt worden war, zurückbehalte, weil man daran ein Interesse habe. Auf dem Polizeipräsidium könne er es später zurückholen. Dieser ganze Vorgang auf der Polizeiwache zeugt von einer Polizeimilieu sondergleichen, gegen die nicht nur Beschwerde erhoben, sondern gegen die auch die Arbeiterjugend aufs schärfste protestieren muß. Vor allem wird dadurch der Arbeiterjugend deutlich zum Bewußtsein gebracht, daß mit keinerlei Maß gemessen wird, daß ihr verboten, was den bürgerlichen Jugendvereinen erlaubt wird. Diese Drahtensaat muß Früchte zeitigen, die dem Polizeistaat zum Verderben gereichen müssen.

Partei-Angelegenheiten.

Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Auf Beschluß des Zentralvorstandes findet am Sonntag, den 13. April, vormittags 9 Uhr, eine Auserordentliche Verbands-Generalversammlung in den Germania-Prachtzügen, Chaussee str. 110, statt.

Tagesordnung:

- 1. Stellungnahme zu dem Beschluß der Verbands-Generalversammlung vom 20. August 1911 betreffend die Aufstellung der Kandidaten zur Landtagswahl.
2. Der Kampf der Berliner Polizei gegen die proletarische Jugendbewegung. Referent: Genosse Dr. Kurt Rosenfeld.
Für die Besetzung dieser Generalversammlung gilt die obige Anzahl der Delegierten. Es hat zu entsenden:

Table with 2 columns: Name and Delegates. Includes Berlin I (10), Berlin II (48), Berlin III (23), Berlin IV (194), Berlin V (19), Berlin VI (244), Teltow-Beeskow (251), Niederbarnim (184), and Summa 923 Delegierte.

Der Geschäftsführende Ausschuß.

Dritter Kreis, 5. Abteilung. Für die Bezirke 224-226a findet ein gemeinsamer Jahlabend im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße 15, mit einem Vortrag des Genossen Leo statt.
6. Abteilung. Für die Bezirke 227-229 findet ein gemeinschaftlicher Jahlabend bei Augustin, Driantenstr. 108, statt. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Vogtherr.
7. Abteilung. Die Bezirke 232-233 und 235 und 237 halten ihren Jahlabend bei Deming, Alexandrinerstraße 44, ab. Tagesordnung: Reorganisationsfragen.
8. Abteilung. Für die Bezirke 243-248 findet der gemeinsame Jahlabend im „Gewerkschaftshaus“, Saal I, statt. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Adolf Ritter.

Künstler Kreis (Abteilung 1a). Morgen Mittwoch findet für sämtliche Bezirke in den Unionsfestzügen, Greifswalder Str. 222, gemeinschaftlicher Jahlabend statt. Berichte und Abteilungsführerwahl.

Charlottenburg. Die für Dienstag geplante öffentliche Versammlung findet nicht statt.

Friedenau. Der Jahlabend findet am Mittwoch, den 9. April, abends 8 1/2 Uhr gemeinsam als außerordentliche Mitglieder-Versammlung im großen Saale des „Kaiser-Wilhelm-Gartens“, Rheinstr. 65 statt. Parteisekretär Genosse Max Groger spricht über: „Die bevorstehende Landtagswahl“. Außerdem Nominierung der Wahlmänner-Kandidaten. Am Donnerstag, den 10. April, abends 7 Uhr, von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung.

Mariensfeld. Am Mittwoch, den 9. April, abends 8 Uhr findet bei Schaffer, Kirchstraße 68 die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Grünau. Mittwoch, den 9. d. Mts., abends 9 Uhr, im Lokal Köpenicker Str. 88: Generalversammlung des Wahlvereins. Bericht des Vorstandes, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Friedrichshagen. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Lerche, Friedrichstr. 112: Gemeinsamer Jahlabend. Vortrag des Parteisekretärs Prühl über: „Die bevorstehenden Landtagswahlen und die Parteiorganisationen.“

Schmargendorf. Morgen Mittwoch, den 9. April, abends 8 Uhr, bei Pötscher, Spandauer Straße 40: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Die Bibliotheksbücher sind wegen Renovierung derselben abzugeben.

Alt-Hilmside. Mittwoch, den 9. April: Jahlabend. 1. Bezirk bei Wige, Grünauer Str. 2; 2. Bezirk bei Ehre, Köpenicker Straße. Der Jahlabend für den 3. Bezirk, Orstteil Falkenberg, findet am Sonnabend, den 12. April, pünktlich abends 8 Uhr, bei Schäfer statt.

Zeuthen-Wirsdorf. Mittwoch, den 9. April, bei Hermanowksi, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Die Landtagswahlen. 3. Der erste Mai. 4. Verschiedenes.

Spandau. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, den 8. April: Öffentliche Protestversammlung im roten Adler, Potsdamer Str. 6. Genosse Dr. Moses spricht über „Neue Waltungen, neue Steuern“. Parteigenossen, Sorge jeder für Massenbesuch.

Berliner Nachrichten.

Kientopp-Galgenhumor.

Die Kientoppbesitzer haben dem Magistrat eine Nase gedreht. Magistratus und Stadtverordnete wollten die Kientoppsteuer bei einem Eintrittsgeld von 30 Pf. ab erheben. Um wenigstens die 30 Pf. Plätze vor der Besteuerung zu retten, beantragten die Sozialdemokraten, die an sich gegen diese Steuer überhaupt waren, die Kientoppsteuer erst bei 40 Pf. Eintrittsgeld beginnen zu lassen. Die Mehrheit der Stadtverordneten setzte aber die Steuergrenze auf 30 Pf. fest und das, weil der Finanzverwalter erklärte, unter keinen Umständen auf die Besteuerung der 30 Pf.-Plätze verzichten zu können. Wenn die Steuer einen Beitrag bringen sollte, müßten aber die kleinen Eintrittspreise mit Steuern belegt werden. Er ging dabei von der auch in anderen Parlamenten herrschenden Ansicht aus, daß nur die Steuern Geld bringen, die von den breiten Massen getragen werden. Aber der Kämmerer denkt und der Kientopp lenkt. Die Kientoppbesitzer beschloßen, anstatt 30 Pfennig Eintrittsgeld in Zukunft nur noch 29 Pfennig zu erheben getreu dem Grundsatz:

Von dreißig Pfennig schon ne Steuer?
Nanu, det wird ja immer neuer.
Wat Magistratus sich jedacht,
Det wäre ensack ja jelsack.
Wir schlagen Euch ein seines Schnippchen
Und nehmen von der Zahl ein Stückchen.
Drauf sprach die schöne runde Dreißig:
Von heut' ab Reunundzwanzig heiß' ich!

Brompt mit dem Inkrafttreten der Kientoppsteuer prangte an der die Eintrittspreise angezeigten Preistafel die Ankündigung, daß anstatt 30 Pfennig in Zukunft nur 29 Pfennig erhoben werden. Der Magistrat machte ein saures Gesicht und der Kämmerer sieht sich in seiner Rechnung arg betrogen. Er muß ruhig zusehen wie der betrißene Lohgerber, wie ihm die Zelle fortgeschwimmen. Die vermalteten Kientoppbesitzer bringen den Magistrat des einen Pfennig wegen um seine fetten Einnahmen.

Auch bei den höheren Eintrittsgeldern haben sich die Kientoppbesitzer als die besseren Rechenmeister gezeigt. Der Eintrittspreis wurde in der Notwehr auf die Hälfte und weniger herabgesetzt, der Rest gegen früher für Garderobe und Zettel in Rechnung gestellt. Sankt Bureaukratus, hänge dich am eigenen Rockzipfel auf! Die Kientoppbesitzer sind dir über. Sie sehen ja auf der Leinwand so viele lustige Streiche, daß sie davon gelernt haben. Und so hat sich auch die Kientoppsteuerschraube in eine Kientopp-Nutzecke gewandelt.

Die Erbschaften der Stadt Berlin und der Oberpräsident.

Wegen einiger kleiner Legate, die die Stadt Berlin aus einer ihr zugefallenen größeren Erbschaft einer Frau Stockhaus zahlen soll, ist es zwischen der Stadt und dem Oberpräsidenten zu einer etwas energiegelassen prinzipiellen Auseinandersetzung gekommen. Es handelt sich darum, daß die Stadt aus jener Erbschaft zwei einmalige Abfindungen, die eine in Höhe von 1000, die andere in Höhe von 200 Mark, bezahlen sollte, dies aber verweigerte. Die Stadtverordnetenversammlung hatte den Magistrat ersucht, bei dem

Magistrat zu beantragen, er möge ohne Auszahlung dieser Legate die königliche Genehmigung der Erbschaftsannahme erwirken. In einem erneuten Schreiben des Oberpräsidenten an den Magistrat wird jedoch mitgeteilt, daß bezüglich des Legates von 1000 M. an eine Verwandte der Erbschafterin auf Anweisung des Ministers die Auszahlung nach wie vor gefordert werden müsse. Die Gewährung von 200 Mark an einen 70jährigen hilfsbedürftigen Mann, der mit der Erbschafterin allerdings nur verschwägert, nicht blutsverwandt ist, bezeichnet der Oberpräsident jetzt als der Billigkeit entsprechend und erwünscht, aber nicht mehr als Vorbedingung der Genehmigung. In dem Schreiben des Oberpräsidenten heißt es fobann wörtlich:

„Zur Beurteilung der von der Stadtverordnetenversammlung mit Bezug auf die gesamte Praxis der Staatsbehörden gegenüber Berlin in Anwendungslagen erhobenen Klagen habe ich eine Statistik über die in den letzten fünf Jahren der Stadt Berlin zugefallenen letztwilligen Zuwendungen und Schenkungen und die gelegentlich der allerhöchsten Genehmigung der Stadt auferlegten Abfindungen aufstellen lassen.“

Ich bemerke zu dieser Statistik, daß in ihr nur diejenigen Kapitalabfindungen und Jahresrenten verzeichnet sind, die nicht von den Stiftern oder Erbschaften angeordnet waren, sondern von der Stadt auf Verlangen der Staatsbehörden übernommen worden sind. Wie die Statistik zeigt, hat die Stadt in den 5 Jahren 42 Zuwendungen erhalten. In 33 dieser Fälle sind ihr keine Abfindungen auferlegt worden, nur bei 9 Zuwendungen ist es dazu gekommen.

Hernach hat sich die Staatsbehörde bei den Vorschlägen für Allerhöchste Gnadenakte in den engsten Grenzen gehalten, und ich kann es der dortigen Beurteilung überlassen, ob bei dieser Sachlage der Vortritt einer Verletzung der Testierfreiheit durch die Verwaltungsbehörden nicht doch eine Liebertreibung darstellt, die vielleicht der Magistrat auch schon aus seiner bisherigen Kenntnis der Vorgänge auf das richtige Maß hätte zurückführen können.

In dem Verichte vom 26. November v. J. wird eine gewisse Beurteilung der Bürgerchaft durch die sich häufenden Fälle von geforderten Abfindungen für nicht bedacht oder ausdrücklich ausgesprochene Verwandte oder nur Verschwägerter“ erwähnt. Ich glaube, mich nach vorstehendem der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß es dem Magistrat durch eine auch den Standpunkt der Regierung würdige Darstellung des vorliegenden Falles, wie er sich nach den Akten ergibt, sowie der allgemeinen oben dargelegten Gesichtspunkte gelingen wird, eine solche Beurteilung vollkommen zu beseitigen.“

Der Berliner Magistrat beantragt nun bei der Stadtverordnetenversammlung, dem Zwange nachgebend, die Auszahlung der Kapitalabfindung von 1000 M., um nicht die mögliche Zuwendung dann zu gefährden“. In einem an den Herrn Oberpräsidenten gerichteten Schreiben schrie der Magistrat jedoch aus:

„Bei dem Vorgehen der Staatsregierung sehen wir die Gefahr nicht so sehr in der Schmälerung des einzelnen Stiftungskapitals oder der Stiftungsereveniten, als vielmehr in der Vernichtung der Bevölkerung, die geneigt sind, letztwillig oder unter Lebenden für ihre bedürftigen Mitbürger oder Wohlhabende Einrichtungen zu sorgen. Wir hegen die Beforgnis, und das diese nicht grundlos ist, ist uns aus der Bürgerchaft bestätigt worden, daß manche aus Furcht, daß ihr Wille nicht zur Durchführung kommt, Abstand davon nehmen, eine Zuwendung an die Stadt zu machen oder eine Stiftung ins Leben zu rufen. Insbesondere wirkt es verstimmend, daß nicht nur solche Personen, welche dieserhalb Anträge stellen, Verächtlichung finden, sondern daß die Polizeibehörden erst entfernte Verwandte ermittelt, und daß die Verächtlichung solcher Verwandten, die mit den Stiftern keinerlei Beziehungen unterhalten haben, gefordert wird.“

Allzugroße Jagdlust.

Berechtigtes Aufsehen unter den Bewohnern einiger Häuser der Mühlentstraße, die mit ihren Hinterfronten an der Spree liegen, erregte am Sonntagvormittag das Gebahren zweier Unteroffiziere der Gardepioniere. Die beiden Vaterlandsverteidiger hatten von der in der Spree gelegenen Badeanstalt aus auf zwei im Wasser schwimmende wilde Enten geschossen und diese aufgetroffen. Während sie die eine mit einem Stoß aus dem Wasser herausholten, stüßten in einem kleinen Kahn fahrende Knaben die andere noch zappelnde heraus und luden damit vergnügt von dannen. Aus den Häusern der Mühlentstraße, die der Badeanstalt gegenüber liegen, gaben sich über das Treiben der beiden Vaterlandsverteidiger bald Entrüstungsgrufe kund. Bekanntlich darf in der Nähe menschlicher Wohnungen nicht geschossen werden und ist strafbar. Die beiden Unteroffiziere begaben sich nun mit ihrem Kanne in die Kaserne. Der eine trug ein Militärgewehr über der Schulter. Nach einer Weile kehrten sie zurück und als wieder Entrüstungsgrufe erschollen, drehte der eine der beiden Träger des Königsgroß den Ausern sogar eine lange Nase.

Mit den Arbeiten zum Spielplatz an der Schönhäuser Allee auf dem Exerzierplatz zur Einsamen Pappel ist begonnen worden. Zunächst wurde etwa der vierte, nordöstlich an der Gaudy- und Cantianstraße gelegene Teil des jetzigen Magistratsgeländes eingezäunt. Weite Strecken werden, da das ganze Gelände sehr uneben ist, aufgeschüttet und planiert. An der Cantianstraße wird eine große Bauhütte errichtet. Der Firkusbau Sarajant ist seit einigen Wochen glücklich verschwunden, die Fläche immer noch gesperrt. Durch die gärtnerischen Arbeiten wird allerdings auf mehrere Jahre hinaus ein erheblicher Teil des Geländes dem Spielbetrieb entzogen, was indes nicht zu ändern ist. Dafür werden hoffentlich die Arbeiten möglichst beschleunigt.

Ueber Militärdienst mit Damen

regt sich schon tagelang die Presse auf. Es ist immer häufiger beobachtet worden, daß namentlich bei den ersten Garbedragonern mitten in der Truppe zwischen den Offizieren auch Offiziersdamen durch die Strophen Berlins reiten. Diese Erscheinung paßt wie die Faust aufs Auge in unser heutiges militärisches Milieu, in die moderne Soldatenpielerlei mit Prunk und Vergnügen. Im Westen der Sache ist aber kein so großer Unterschied, ob da in der Truppe ein paar simple Offiziersdamen in schwarzer Kleidung ohne Berechtigung reiten oder höchst offiziell gefürstete Damen mit weiblich zurechtgeputzter Soldatenuniform. Vor der Uniform schreit man byzantinisch hurra, das schwarze Reitkleid wird als Unflug empfunden — sie spotten ihrer selbst, diese Liberalen, und wissen nicht wie. Und sind doch auch mit dabei, die für bunten militärischen Schmuck widerstandlos bewilligen, was der Generalstab verlangt. Wozu also so viel Lärm um eine Sache, die man am besten mit überlegenem Lächeln abtut?

Gegen den Anflug der Selbstgefälligkeit in den höchsten Irrenanstalten werden die Anstaltsverwaltungen jetzt schärfere Maßnahmen an. War jemand erst einmal in der Irrenanstalt, so hat er das zweifelhafteste Recht, im Krankheitsfall sich nach der Anstalt hinzubegeben und seine Wiederaufnahme zu beantragen. Es sind hauptsächlich unverbesserliche Alkoholiker, die dieses Recht seit Jahren in der argsten Weise mißbraucht haben. Sie betrinken sich und lassen sich aufnehmen, sobald sie kein Ciddach haben oder irgend ein „Ding drehen“, das sie mit der Polizei in Konflikt zu bringen droht. Wurde die Aufnahme verweigert, so spielten sich oft in der

Umgebung der Irrenanstalten die widerlichsten Szenen ab, da die Trinker alles darauf anlegten, die Aufnahme zu erzwingen. Bekannt ist, daß Schloßbetretene per Auto vorfahren und der Chauffeur aus der Anstaltskasse bezahlt werden muß. Zeitweise fanden an einem einzigen Tage, besonders in Herzberge, ein Duzend und mehr Aufnahmen von Selbsttöttern statt. Schließlich haben sich die Verhältnisse derart zuspitzt, daß jetzt gründlich aufgeräumt wird. Die schlimmsten und unverbesserlichsten, vielfach vorbestraften und gewalttätigen Alkoholiker werden auf die gefährlichsten festen Häuser gelegt und hier monatelang festgehalten. Die Folgen sind deutlich erkennbar. Es zeigt sich hierbei nur von neuem die Notwendigkeit der Errichtung öffentlicher Trinkerheilstätten, da die Irrenanstalten zur Heilung von Trinkern gänzlich ungeeignet sind.

Ein Opfer der Maleraussperrung.

In dem Malereibetrieb von Arnold & Co., Brenzlauer Allee 23, sind mehrere Arbeitswillige damit beschäftigt, auf dem Postenbau in der Lindenwalder Straße, am Gleisdreieck, die Eisenkonstruktion zu streichen. Nun sind die Arbeitswilligen Leute, die mit den Gehäusen im Malerbetriebe keineswegs vertraut sind. Das ist auch wohl der Grund dafür, daß am Freitag, den 4. April, einer derselben, ein 20jähriger junger Mann, aus einer Höhe von zirka zehn Meter abstürzte und so schwer verletzt wurde, daß er am Sonnabend im Krankenhaus am Urban verstorben ist.

Wie uns zu diesem Unglücksfall noch mitgeteilt wird, haben die Arbeitswilligen sich die Gerüste allein gebaut und der Berufslieferant hatte unter der Decke auf den horizontalen Trägern ein Brett gelegt und mußte nach diesem Brett ausarbeiten. Um das Brett weiter zu transportieren, hatte der Ausstreicher einen Fuß auf die Träger gestellt und mit dem anderen Fuß das Brett fortgeschoben. Dabei ist dieses hinter seinem Rücken von dem Träger abgerutscht und hat den Mann mit in die Tiefe gerissen.

Polizei Herrschaft in der Hledomstraße.

Jeder Streik der Arbeiter scheint nachgerade bei der Polizeibehörde eine Herdostität auszulösen, die in den Geschehnissen selbst absolut keine Begründung findet. Hinter jedem Streik lauert die Revolution — also, scharf vorgegangen. In der Hledomstraße, wo bei der Firma Raabe immer noch gestreikt wird, scheinen die Polizeibehörde von einer ganz besonderen Unruhe ergriffen zu sein, worauf ein Vorang schließen läßt, der sich am gestrigen Tage ereignete. Um die zweite Nachmittagsstunde erschien in der Gastwirtschaft von Schürt, Hledomstraße 21, ein Schutzmann, während ein anderer vor der Tür stehen blieb. Der erste Beamte ging auf einen ruhig dastehenden Gast los und erklärte ihm, daß er ihn mitnehmen müsse. Die Umstehenden waren natürlich sehr erstaunt und suchten von dem Schutzmann Auskunft über seine Maßnahmen zu erhalten. Dieser aber scheint, wie das gewöhnlich der Fall ist, der Meinung gewesen zu sein, daß er sich der Fragesteller erwehren müsse, denn er zog den Revolver heraus und erklärte: „Bahn frei, wer mir zu Leibe geht —“ und „mit mir ist nicht zu spaßen.“ Inzwischen hatte sich der Gast, der verhaftet werden sollte, entfernt, worauf an seiner Stelle einfach ein anderer den Weg zur Wache antreten mußte. Ein dritter Gast, der sich als Zeuge anbot, wurde schlankwegs auch mitgenommen. Die beiden Männer saßen von 2 bis 7 Uhr auf der Wache, ehe man sie entließ. Dem Gastwirt wurden alle Räume nach den ersten und verschwendeten Gast durchsucht, allerdings ohne Erfolg.

Den Schutz, der betrieblernen Unternehmern und Arbeitswilligen zuteil wird, nimmt nachgerade beängstigende Formen an. Jedenfalls steht das eine fest, nämlich, daß dieser „Schutz“ nicht auf Kosten der Sicherheit und des Friedens anderer Staatsbürger erfolgen darf. Hier gewinnt der bekannte Ausspruch: „Schutz vor den Schutzleuten!“ wieder einmal seine volle Berechtigung. Wer's nicht glaubt, der frage nur nach bei der Anwohnerschaft in der genannten Straße. Insbesondere einzelne Gastwirte können ein Lied singen von dem „Schutz“, den die Polizei dort ausübt. Ja, selbst Leute, die gar nichts wissen von dem Streik bei Raabe, werden aus der Straße geweichen und dürfen sich nicht mehr in der Gegend sehen lassen. Ein Sittlicher wurde auf der Wache gefragt, ob er Soldat gewesen sei. Als er von den Beamten den Grund zu dieser sonderbaren Neugierde zu wissen wünschte, gebot der Wachtmeister: „Bringen Sie den Mann in die Zelle.“ Dort mußte er zirka fünf Stunden bleiben. Ein Glück, daß der Betroffene nicht Soldat war, sonst bekäme er wohl noch eine Anklage wegen Insubordination? Was sollte die eigentümliche Frage sonst für einen Zweck haben.

Einem Streikenden, der in eine Gastwirtschaft gehen wollte und mitgenommen wurde, sagte man auf der Wache sofort, daß er bis 11 Uhr (neun Stunden) daselbst werden sitzen müssen. Und das alles im Staate der vollendeten Rechtsstaatlichkeit!

Ein tödlicher Unglücksfall.

ereignete sich gestern mittag in der Müllerstraße, Ecke Burgdorferstraße. Dort wurde ein fünfjähriges Kind des Klempners Emil Raab von einem Brauerwagen überfahren. Die Räder gingen dem Kleinen über den Kopf. Auf der Unfallstation in der Lindower Straße, wohin er gebracht wurde, konnte nur der Tod konstatiert werden.

Ein aufregender Vorgang spielte sich gestern vormittag in der Göttinger Straße ab. Vor dem Grundstück Nr. 104/105, in der Nähe der Brücke, sprang plötzlich ein älterer Mann in den Landwehrkanal und ging unter. Der Führer eines Kraftwagens, der in der Nähe war, machte rasch den Rettungslauf los. Als der Lebensmüde wieder auftauchte, gelang es ihm auch, ihn zu fassen und in das Fahrzeug zu bringen. Der Mann hatte aber schon die Besinnung verloren. Wiederbelebungsversuche, die der Retter und ein Schutzmann am Ufer machten, blieben erfolglos. Ein Arzt, der von der Hilfswache am Tempelhofer Ufer gerufen wurde, konnte nur noch den Tod feststellen. Bei der Leiche fand man ein Krankenlassenbuch auf den Namen eines 63 Jahre alten aus Jüterbog gebürtigen Maurers Karl Mangelsdorf, der früher einmal in der Schönleinstrasse gewohnt hat, dessen Verhältnisse aber von dieser Zeit an nicht mehr bekannt sind. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Zuwelendiebstahl.

Für 10 000 M. Juwelen erbeutete ein Dieb am Sonntagmorgen in einem der ersten Hotels der Friedrichstadt. In der Zeit von 8—9 Uhr nachmittags schlich sich der Spitzbube in das Zimmer eines Russen und stahl ein Kästchen, das für nicht weniger als 10 000 M. Juwelen enthält. Unter diesen befindet sich u. a. eine Brosche in Schleifenform, die mit Brillanten besetzt ist und einen Wert von 4 000 M. hat, eine Brosche in Stadtförm, die an den Seiten je einen großen Brillanten und in der Mitte einen Rubin trägt, im Werte von 2 000 M., sowie zwei Ohrringe mit je einer Perle, die zusammen 1 200 M. wert sind. Charakteristisch ist eine Brosche, die aus drei Miniaturspanischen russischer Kadelten gefertigt ist und in russischer Schrift und Sprache die Inschrift: „Ihrer lieben Mutter, von den drei Söhnen“ trägt. Außer diesen Schmuckstücken stahl der Spitzbube, wahrnehmlich ein internationaler Hoteldieb, zwei Tische ungestempelte russische Jubiläumsmarken. Auf die Wiederherbeischaffung der Sachen ist eine Belohnung von 10 Proz. ihres Wertes ausgesetzt. — Brillantohrringe im Werte von 3 000 M. wurden einer Dame in einem vornehmen Pensionat des Westens

gestohlen. Die Steine des Schmuckstückes sind in Gold gefaßt. Der größte Stein ist zu unterst angebracht. Auf die Wiederherbeischaffung der Ohrringe ist eine Belohnung von 200 M. gesetzt.

Die Leiche eines neugeborenen Knaben wurde am Sonnabendmorgen vor dem Grundstück Börliger Ufer 17 aus dem Landwehrkanal gefischt. Die völlig unbekleidete kleine Leiche scheint von der Mutter gleich nach der Geburt in das Wasser geworfen worden zu sein. — In Postenwinkel wurde am Sonnabend im Walde ein ungefähr 65 Jahre alter Mann, der seinem Neuzugern nach den bestgestellten Kreisen angehört zu haben scheint, vergiftet aufgefunden. Der Tote, der nach der Leichenhalle in Rahnsdorf gebracht wurde, hat einen grauen Schnurr- und Spitzbart und trug einen grauen, gestreiften Anzug und schwarze Schürzhüte. In seinen Taschen fand man nur zwei Kassenschlüssel und einen Hund mit sechs anderen Schlüssel.

Ein tödlicher Straßenfall. Gestern abend kurz nach 6 Uhr wurde vor dem Hause Rosenthaler Straße 54 eine bisher noch unbekannte, etwa 45 bis 50 Jahre alte Frau, die ihrem Neuzugern nach dem Mittelstande angehört zu haben scheint, beim Ueberfahren des Fahrdammes von einem Pferdeomnibus umgeworfen und überfahren, so daß sie so schwere innere und äußere Verletzungen erlitt, daß sie noch auf dem Transport nach dem Hedwig-Krankenhaus verstarb. Die unbekanntete Tote hatte in einem Wollwarengeschäft in der Königstraße Einkäufe gemacht und besaß sich wahrscheinlich auf dem Nachhausewege. In einer Tasche, die sie bei sich trug, hatte sie mehrere Strahlen Strickwolle, eine neue Bluse u. a. m. Bekleidet war sie mit einem schwarzen Rock, einem schwarzen Mantel, eine braune Pelzhaube und einen schwarzen Hut mit schwarzen Federn. Ihr weißes Taschentuch ist A. P. gezeichnet.

Zeugen gesucht! Am Sonnabendabend gegen 6 Uhr wurden in der Frankfurter Allee, Ecke Weichselstraße, zwei Arbeiter von Arbeitswilligen aus dem Betriebe von Brämer angefaßt und einer der Ueberfallenen mit einem harten Gegenstande an der linken Schläfe verletzt. Wegen der Täter ist Strafantrag gestellt. Da die Ueberfallenen durch die Polizei an der Feststellung von Zeugen verhindert wurden, werden Augenzeugen des Vorfalls gebeten, ihre Adressen an Raab, Rigaer Str. 60, gelangen zu lassen.

Vorort-Nachrichten.

Das Schulwesen Neuköllns

hat in neuerer Zeit eine Entwicklung genommen, die hauptsächlich den höheren Schulen zugute gekommen ist. Die bemittelte Bevölkerung wird finden, daß sie „nur in der Ordnung“, weil Neukölln das höhere Schulwesen lange genug vernachlässigt habe. Daß aber auch das Volksschulwesen hier noch keineswegs „auf der Höhe der Zeit“ steht, davon weiß die minderbemittelte Bevölkerung ein Lied zu singen.

Wer die Kosten als Maßstab nehmen will, der wird in dem die Jahre 1910 und 1911 behandelnden Verwaltungsbericht der Stadt Neukölln eine Zusammenstellung für das ganze letzte Jahrzehnt mit Interesse lesen. Die darin mitgeteilten Zahlen geben allerdings kein völlig klares Bild, weil sie nicht die gesamten Ausgaben für das Schulwesen, sondern nur die Zuschüsse aus dem Stadtsäckel nennen. In den Etatsjahren 1910 und 1911 wendete Neukölln für Schulen 2 537 352 M. und 2 822 908 M. auf, gegenüber 808 082 M. in 1901. Das bedeutet eine Steigerung in zehn Jahren auf etwa das 3½fache, während zwischen den Volksschulzählungen von 1900 und von 1910 die Bevölkerungszahl von 90 422 auf 237 280, also auf nicht ganz das 2½fache, stieg. Aufgewendet wurden im besonderen für die Volksschulen in 1901 nur 752 207 M., in 1910 und 1911 aber 2 206 230 M. und 2 384 532 M., andererseits für die höheren Schulen (zu denen der Bericht auch Real- und Mittelschulen sowie die Vorschule zählt) in 1901 nur 55 825 M., in 1910 und 1911 aber 331 113 M. und 438 376 M. Im Laufe dieses einen Jahrzehnts erhöhten sich die Jahresausgaben für die höheren Schulen auf das reichlich Dreifache, dagegen für die höheren Schulen auf das annähernd Achtfache. Man sieht, wie sehr Neukölln sich beeilt hat, bei den höheren Schulen das Verfallene nachzuholen.

Es klingt sehr großartig, daß die Stadt in 1911 für ihre Volksschulen fünf- bis sechsmal so viel wie für die höheren Schulen — hier 438 376 M., dort 2 384 532 M. — zugeflossen hat. Aber dabei darf nicht übersehen werden, daß die Zahl der Zöglinge, für die diese Zuschüsse geleistet wurden, bei den Volksschulen neun- bis zehnmal so groß wie bei den höheren Schulen war. Das Volksschulwesen hatte bis Ende 1911 es auf 36 Schulen gebracht, 34 Gemeindeschulen nebst 2 Hilfsschulen. Von höheren Schulen gab es in 1911 ein Realgymnasium, eine Oberrealschule, eine Realschule, für diese drei Anstalten eine gemeinsame Vorschule, ferner eine höhere Mädchenschule, eine Mittelschule für Mädchen. (Die beiden Mädchenschulen bestehen erst seit 1907, die Realschule wurde erst 1908 eröffnet; in 1912 kam dann noch eine Mittelschule für Knaben hinzu.) Bis Ende 1911 war die Kinderzahl der 36 Volksschulen auf 33 500 gestiegen, wovon in den 34 Gemeindeschulen 33 108 Kinder, in den 2 Hilfsschulen 392 Kinder saßen. Dagegen hatten zu demselben Zeitpunkt die 6 höheren Schulen zusammen nur 3573 Schüler und Schülerinnen, im einzelnen das Realgymnasium 589, die Oberrealschule 501, die Realschule 409, die Vorschule 602, die höhere Mädchenschule 607, die Mittelschule für Mädchen 865. Die Realschule sowie die beiden Mädchenschulen haben noch Jahr für Jahr eine bedeutende Frequenzsteigerung gehabt, was sich daraus erklärt, daß sie noch junge, in der Entwicklung begriffene Anstalten sind. In dem Realgymnasium und in der Oberrealschule ist in den letzten Jahren die Schülerzahl etwas zurückgegangen, wohl hauptsächlich infolge Entlastung durch die neu eröffnete Realschule. Die Vorschule, die den höheren Schulen den größten Teil ihres Nachwuchses liefert, fällt auf durch eine ununterbrochene und sehr bedeutende Frequenzsteigerung. Diese betrug für den Zeitraum der letzten 4 Jahre fast 50 Proz. In derselben Zeit stieg die Kinderzahl der Volksschulen um noch nicht 27 Proz., von 26 443 auf 33 500. An sich ist aber, wie schon gesagt, die Zahl der Volksschulkinder so sehr viel höher als die Schüler- und Schülerinnenzahl der höheren Schulen, daß der für die Volksschulen geleistete Zuschuß aus dem Stadtsäckel, pro Schultag berechnet, ganz und gar nicht großartig ausfällt. In 1911 ergibt bei den Volksschulen die Aufwendung von 2 384 532 M. für 33 500 Kinder, 71,18 M. pro Kind. Bei den höheren Schulen, für die aus dem Stadtsäckel 438 376 M. zugeflossen wurden, rechnet der Bericht pro Schüler und Schülerin in 120,10 M. heraus. (Zugrunde gelegt ist hier der Jahresdurchschnitt der Schüler- und Schülerinnenzahl, zusammen 3550.) Die Schulgebührenten der höheren Schulen werden etwa ebenso hoch wie der ihnen gewährte Zuschuß gewesen sein, so daß ihre gesamte Ausgabe sich auf das Doppelte, auf etwa 240 M. pro Schüler und Schülerin, belaufen haben dürfte. 240 M. ist mehr als dreimal so viel wie hier für die Volksschulkinder geleistete Zuschuß von 71 M., der ja hier zugleich die gesamte Ausgabe darstellt. Dieser Unterschied erklärt sich nur zum Teil daraus, daß im allgemeinen in den Volksschulen geringere Gehälter als in den höheren Schulen gezahlt werden. In der ganzen Einrichtung der Volksschule ist alles und jedes so sorgfältig bemessen, daß pro Kind ein sehr viel geringerer Kostensatz herauskommen muß. Eine wichtige Rolle spielt hierbei z. B. die Klassenbesetzung, die in

den Volksschulen viel zu hoch ist. Ende 1911 war in Neuköllns Volksschulen die durchschnittliche Klassenbesetzung noch 33,7 Kinder pro Klasse, zu derselben Zeit war sie aber z. B. in der Vorschule nur 16,3 Kinder pro Klasse. Die Volksschulen müssen sich gefallen lassen, daß man in ihre Klassen hineinstreift, soviel sich irgend hineinsetzen läßt. In den Volksschulen soll ja gespart werden, gespart an Lehrpersonen und Gehältern, an Klassenzimmern, Schulhäusern und Grundstücken. Denn in den Volksschulen darf ein Schultag nur den dritten Teil von dem kosten, was in den höheren Schulen pro Zögling ausgegeben wird.

Charlottenburg.

In der letzten Sitzung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission wurde auf die am 14. April er. wiederum stattfindenden „Freien Fortbildungskurse für Arbeiter“ aufmerksam gemacht. Der Vertreter der Studenten der hiesigen Technischen Hochschule, Herr Scheer, legte die Bedeutung der Kurse in einigen Ausführungen dar, worauf sich die Anwesenden verpflichteten, für eine ausreichende Teilnahme an den Kursen unter den einzelnen Gewerkschaften Sorge tragen zu wollen.

Hierauf referierte das Ausschussmitglied Genosse Hlemming über das Thema: „Gewerkschaftliche Beitragslaffsysteme.“ Redner betonte, daß nach den bisherigen Erfahrungen das System der Hauslaffierung der Beiträge und damit auch zugleich die Aufstellung des Gewerkschaftsblattes sich zu bewährt habe. Dieses System trage den guten Kern in sich, daß eine Stabilität der Mitgliederzahl gewährleistet wird.

In der sehr lebhaften Debatte, in der 16 Redner hierzu das Wort nahmen, wurden die Ausführungen des Referenten unterstrichen; namentlich von den Vertretern derjenigen Gewerkschaften, die schon das Hauslaffsystem eingeführt haben, wurde die Zweckmäßigkeit desselben herbeigehoben und gewünscht, daß dasselbe in allen Gewerkschaften eingeführt werden möge. Nur die Vertreter der Zimmerer nahmen einen abweichenden Standpunkt ein. Die Mitteilung des Vertreters der Metallarbeiter, Genossen Kano, daß, nachdem für Groß-Berlin die Einführung der Hauslaffierung im Metallarbeiterverbande abgelehnt worden sei, die Charlottenburger Zahlstelle dieselbe nun versuchsweise einführen wolle, wurde mit Freuden begrüßt.

Alsdann wurden vom Obmann Genossen Richter die Veranstellungen zur kommenden Reiseer besprochen. Geplant sind drei Versammlungen: im oberen und unteren Saale des Volkshauses sowie eine unter freiem Himmel im Garten desselben.

Die Vertreter der Bäcker, Brauereivertreter und Schuhmacher waren nicht erschienen.

Ober-Schöneweide.

Der Fleischverkauf der Gemeinde wird allem Anschein nach in der nächsten Zeit eingestellt. In der Hauptsache ist dies dem Umstande zuzuschreiben, daß bei Beginn der warmen Jahreszeit die Kühlräume fehlen, ohne die der Verkauf nicht bewerkstelligt werden kann; der einzige Ausweg wäre, das Fleisch in kleinen Quantitäten von der Stadt Berlin täglich abzunehmen. Die Mietung von Kühlräumen bei anderen Schlächtern am Ort scheitert, abgesehen von damit verbundenen sonstigen Unzulänglichkeiten, an den übertriebenen Forderungen der Besitzer, so daß die Fleischpreise äußerst belastet würden. Andererseits ist ein solch ständiger Verkauf des Fleischverkaufs zu bezweckeln. Während der Umsatz in der ersten Zeit 33 bis 36 Zentner pro Woche betrug, ist er jetzt auf 8 Zentner heruntergegangen. Die Gemeinde ist noch mit der Konsumgenossenschaft Berlin wegen Weiterführung des Verkaufes in Verbindung getreten, hat von dort aber den Bescheid erhalten, daß im Hinblick auf die doch bald zu erwartende Einstellung der Zufuhr russischen Fleisches jetzt die Übernahme nicht mehr tunlich erscheine. In der letzten Zeit ging der Fleischverkauf für Rechnung des ausführenden Fleischermeisters; auf Vorschlag der Feuerungskommission soll der Verkauf nunmehr in den nächsten Wochen eingestellt werden. Auch die Seefisch-Lochkurie werden jetzt beendet; letztere sollen jedoch, da ihnen recht lebhaftes Interesse entgegengebracht wurde, im Herbst wieder aufgenommen werden. Es haben bisher drei Kurse mit zusammen 55 Teilnehmerinnen stattgefunden.

Bruchmühle.

Aus der Gemeindevertretung. Mit 7 von 8 Stimmen — die übrigen Vertreter fehlten diesmal, jedenfalls aus Furcht vor der Abstimmung — wurde der Gemeindevorsteher ermächtigt, den Vertrag mit dem neuen Kreiswasserwerk abzuschließen. Desgleichen erhielt er die Ermächtigung, mit einem Abbederbesitzer zwecks Beseitigung von Tierkadavern einen Vertrag abzuschließen. Mit der gesundheitlichen Bewaffnung der Schulkinder wurde Dr. Grunius aus Alt-Landberg betraut.

Syandau.

Die Landtagswählerlisten liegen heute den letzten Tag bis nachmittags 5 Uhr zur Einsichtnahme aus. Da sich herausgestellt hat, daß eine erhebliche Anzahl Wähler, bei denen die Voraussetzungen des Wahlrechts gegeben, nicht in der Liste vermerkt sind, wollen die Wähler heute noch durch die Nachprüfung der Listen sich das Wahlrecht sichern.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Miersdorf. Am Donnerstag, den 10. April, nachm. 6½ Uhr, im Gemeindeamt, Bismarckstr. 1 (Sitzungssaal). Tagesordnung unter anderem: Einbringung des Reichs- und Provinzialhaushalts durch die Gemeinde, sowie ein Antrag unterer Genossen auf Aufstellung amtlicher Anzeigen zu den Landtagswahlen und die Errichtung des Freibades bei Reptunsdamm.

Grünau. Mittwoch, den 9. April, abends 7 Uhr, im Gemeindeamt, Gebäude, Zimmer 1.

Wilmersdorf. Freitag, den 8. April, nachm. 5 Uhr, im Rathaus, Breitestr. 24/25.

Kaifberg-Rudersdorf. Dienstag, den 8. d. M., abends 8 Uhr, im Köppchen-Saale.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Wartypreise von Berlin am 5. April 1913, nach Ermittlung des künftl. Vorkaufspreises. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,74 bis 19,90, mittel 19,42—19,58, geringe 19,10—19,26. Roggen, gute Sorte 15,95, mittel 16,00—16,10, geringe 16,00—16,10 (ab Bahn). Getreidegerste, gute Sorte 16,20—16,50, mittel 15,90—16,10, geringe 15,00—15,20. Hafer, gute Sorte 17,40—19,70, mittel 16,30—17,30 (ab Bahn) und ab Bahn. Mais (mitgel), gute Sorte 14,40—14,80. Mais (rund), gute Sorte 15,20—15,60. Rapskörner 4,50—5,00. Gerst 5,00—7,20. Kartoffelpreise. 100 Kilogramm. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Spelbschoten, weiße 35,00—60,00. Linser 35,00—60,00. Kartoffeln (kleinbl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—2,40. Schweinefleisch 1,60—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—5,00. 1 Kilogramm Karpen 1,20—2,40. Kalle 1,60—3,20. Sandter 1,40—3,60. Dohle 1,40—2,60. Bratke 1,20—2,40. Schote 1,60—3,20. Biere 0,80—1,00. 60 Stück Aechte 2,40—4,50.

Witterungsübersicht vom 7. April 1913.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur °C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur °C
Stinnes	751,90	6	halb	10	Kaparraude	758,93	4	Seiter	—0
Hamburg	752,99	5	bedekt	5	Petersburg	751,00	2	Regen	—2
Berlin	748,9	5	bedekt	7	Sibirien	759,00	8	Wolke	6
Kranib. a. M.	750,85	1	bedekt	7	Aberdeen	766,82	3	bedekt	6
München	750,25	4	Wolke	7	Paris	753,92	5	bedekt	6
Wien	747,6	3	Regen	7					

Wetterprognose für Dienstag, den 8. April 1913.

Ziemlich kühl, zeitweise heiter bei fischen nördlichen Winden; Regen oder unerhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Möbel-Cohn

1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58
2. Geschäft: Grüner Weg 109

Bitte genau auf Hausnummern zu achten.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche:
Mark 15 bis 25 30 bis 45 50 bis 70 75 bis 100

Moderne
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.
Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags 12-2 geöffnet.

1 M.

wöchentl. Teilzahlung
liefere elegante

Herren-Moden

Ersatz für Mass
Mass-Anfertigung
Feinste Verarbeitung.
Garantie: tadel-
loser Sitz



J. Kurzberg, Mass-Schneiderei

Rosenhaler Str. Nr. 36, I. Hackescher Markt
Frankfurter Allee 104, parterre Ecke Lindenstr.
Reinickendorfer Str. Nr. 4, I. am Weddingplatz

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Veneug auf 10 Pf. Anweisung frei.
Ohne Mittel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Santalein.)

Dr. H. Unger in Würzburg

Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 24. — Groß-
Apothek, Barnimstr. 33. — So nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Erstklassig!

Unsere "Marine"

2 Pfg.

CIGARETTE



Georg A. Jasmatzki Akt. Ges.
Dresden
Grösste deutsche
Cigarettenfabrik

Dr. med. Rud. Weil's

Nährsals - Bananen - Kakao

ist mahlmedend, äußerst nahrhaft und kopft nicht. Bette
Kraftnahrung bei Magen- und Darmleiden, bei Schwäche
auslösend, bei Unterernährung und Nervosität. Angenehmstes
Frühstücksgetränk für Gelante und Kranke. 1/2 Pfund 50 Pf.,
1/2 Pf. Paket 1.— M., 5 Pakete 4,75 M., 10 Pakete 9.— M.
In haben in Apotheken, Drogerien, in den Verkaufsstellen
der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung,
in den Niederlagen der Kaffeehäuser "Rocca", oder vom
Alleinigen Fabrikant: D. Mader, Berlin S, Prinzenstr. 80.
Vorlesen Sie aber ausdrücklich Dr. Rud. Weil's.

Der JAHN TURNSCHUH



Zu haben in den einschl. Geschäften.
auch wird Bezugsquelle nachgew.
Alleiniger Fabrikant:
H. Jacobowski, Neukölln.

Gardinen- Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S., Oranienstr. 158.

Wunderbare Neuheiten.
Gardinen, Stores, Vitrages, Tüll-
bettdecken etc. in allen Stilart.
Portieren, Möbelstoffe,
Tischdecken,

1 Posten reich-
gestickter Erbstüll-
Bettdecken mit Volant
à 335 485 (bisher
6 bis 8 M.)

Erbstüll-Stores mit
Volant
à 335 475 (bisher
6 bis 8 M.)

Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko

Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalter, Irrigateure, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfehlen

Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für
Krankenkassa. Fachgen. Bedienung.

Spezialarzt

f. Haut-, Genu-, Frauenleiden,
neu. Schwäche, Beinfraktur jeder
Art, Ehrlich-Hata-Kuren in
u. Co. Lang-
Laborat. 1.
Bismarck-
unterführung, Haben I. Garmisch,
Friedrichstr. 81, gegenüber
Ept. 10-2, 5-9, Sount. 11-2.
Honorar mäßig, auch Leihstuhl.
Separates Damenzimmer.

Vorjährige

feinste Anzüge, Paletots, schicke
Ulster, Gehrockanzüge, Smoking,
Fracks auf Seide
30-70 M.
Versandhaus "Germania",
21 Unter den Linden 21
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 8. April 1913.

Anfang 7 Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Walküre.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Schauspielhaus. Die

Journalisten.

Deutsches. Der lebende Leichnam.

Dirig. Albert Schumann. Gala-

vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Hohenzollern-Fahrten.

Bestung. Das Konzert.

Mammerpiele. Mein Freund

Lebby.

Königsgräber Straße. Das Buch

einer Frau.

Deutsches Schauspielhaus. Alt-

Heidelberg.

Theater des Westens. Der liebe

Augustin.

Berliner. Himmelskinder.

Stieues. Professor Bernhardt.

Auriferenoper. Rigoletto.

Deutsches Opernhaus. Die lustigen

Weiber von Windsor.

Schiller O. Gyges und sein Ring.

Schiller-Charlottenburg. Der

Andere.

Groß-Berlin. Das Kammermädchen.

Romdienhaus. Hochherzogliche

Wohnungen.

Metropol. Die Kino-Königin.

Trianon. Wenn Frauen reisen.

Reizend. Die Frau Präsidentin.

Thalia. Buddenbrook.

Montis Operetten. Der Zigeuner-

primas.

Lilien. Vor hundert Jahren.

Rose. Verlassene Frauen.

Herrnfeld. Die Schreyzeitjäger.

Liebesprobe.

Casino. Arturs Flitterwochen.

Wintergarten. Spezialitäten.

Reichshallen. Der Goldfuchs.

Schiller-Theater O. Ballner-

Theater.

Dienstag, abends 8 Uhr:

Gyges und sein Ring.

Wittwoch, abends 8 Uhr:

Klein Dorrit.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Gyges und sein Ring.

Schiller-Theater Charlotten-

burg.

Dienstag, abends 8 Uhr:

Der Andere.

Wittwoch, abends 8 Uhr:

Cyranus von Bergerac.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Hedda Gabler.

Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Alt-Heidelberg.

(Karl Deins: Harry Walden.)

Berliner Theater.

8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königgrätzer Straße

Abends 8 Uhr:

Das Buch einer Frau.

Theater des Westens.

8 Uhr: Der liebe Augustin.

Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Frauenfresser.

Residenz-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Die Frau Präsidentin.

(Madame la Présidente).

Schwanz in 3 Akten

von R. Hennequin u. F. Weber.

Morgen und folgende Tage:

Die Frau Präsidentin.

Theater am Nollendorplatz

Abends 8 1/2 Uhr:

Extrazug nach Nizza.

Sonntabend, 12. April, nachm.: 2. Auff.

der Opernreihe d. Sternschen Kontern.

Luisen-Theater

Dienstag, abends 8 Uhr:

Vor 100 Jahren

Urania

Taubenstraße 48/49.

Wissenschaftliches Theater.

Abends 8 Uhr:

"Hohenzollern"-Fahrten.

Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater). Am Nordend 1141.

Abends 8 Uhr:

Der Zigeunerprimas.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Verlassene Frauen.

Sonnt. in 5 Akten u. 20. Pingen.

Anfang 8 Uhr.

Wittwoch: Sherlock Holmes.

Walhalla-Theater.

Weinbergsweg 19/20. Täglich 8 1/2 Uhr

Parole: Walhalla!

Große Hofredresse.

Besuchsstunden haben täglich Gültigkeit.

Passage-Panoptikum

DER LEBENDE

LEICHNAM

Das Wunder atavistischen Ver-

scheidens. LEBEND!

FUSSKÜNSTLER SARTON

Der armlose

PAGANINI

Alles lebend!

Alles ohne Extra-Entree!

Metropol-Theater.

Die Kino-Königin.

Operette in 3 Akten von Jul. Freund

und G. Clantonoff.

Ruft von Jean Gilbert.

In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schuyt.

Karl Bachmann J. Giampietro

G. Thielscher V. Korbert

H. Ballot J. Russka Ly Winter

Anfang 8 Uhr.

Herrnfeld

Theater

Schonzeit-

Jäger.

Komödie in 2 Akten von

Anton u. Donat Herrnfeld.

Liebesprobe.

Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Theater Königstadt-Casino.

Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße.

1 Minute v. Bahnh. Jannowitzbrücke

Ich komme

von Herrn

Meyer!

und das erstklassige

Spezialitäten-Programm.

Circus Carré

Neukölln, Pflügerstraße.

Dienstag, den 8. April:

Große Gala-Festspiele.

Mittwoch, den 9. April:

2 Vorstellungen

4 Uhr Nachmittags

8 Uhr das umgekehrte

Abendprogramm.

35 Attraktionen 35

Täglich vorm. 11-1 Uhr:

Große Proben mit Konzert.

Billet - Vorverkauf bei

A. Wertheim.

Boigt-Theater.

Dienstag, den 8. April 1913:

Gastspiel in der "Neuen Welt",

Sachsenstraße 108-114:

Lassalles Ende.

Drama in 4 Akten von J. Rheinhold.

Kassenerstr. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.

Stürze der Heiterkeit erregt

die neue urtonische Welle

Arturs Flitterwochen.

Dazu der erstklassige bunte Teil.

Nur Attraktionen 1. Ranges.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

"Der Goldfuchs"

Militärische

Humoreske.

Anfang

8 Uhr.

Nur noch 8 Tage!

Zirkus

Albert Schumann.

Heute Dienstag, den 8. April,

abends 7 1/2 Uhr:

Große Gala-Vorstellung.

U. a.:

Dir. Albert Schumann

m. sein. neuesten Kreationen.

Acrobatic - Doppel-Jockey-Act.

Gebr. Powell.

10 Lio-Hoi-Tsch's 10

chinesische Gaukler.

Wettkegeln zu Pferde,

geritten von 8 Herren.

Um 9 1/2 Uhr:

Der unsichtbare Mensch.

4 Bilder aus Indien.

Trianon-Theater.

Täglich 8 Uhr:

Wenn Frauen reisen . . .

Sonntag 3 Uhr: Der selbige Toupinel.

Folies Caprice.

Des Löwen Erwachen.

Poße von Bernhard Habel.

Der Rehböck.

Poße mit Gesang von Theo Galton.

Hoch Seitenprünge.

Poße von Glinger und Zaunig.

Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.

Admiralspalast

Eis-Arena

Abends 9 Uhr:

Das sensationelle Eisballett

Flirt in St. Moritz.

Die kleine Charlotte.

Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr

hatte Kassenpreise.

Restaurant 1

